

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Rußland
 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (voll-
 gebrochene) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 30. August 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Frieden gesichert!

Portsmouth (New Hampshire), 29. Aug.
 Laut offizieller Mitteilung wurde in der
 heutigen Sitzung der Friedenskonferenz volle
 Uebereinstimmung in allen Fragen erzielt
 und beschlossen, zur Abarbeitung des Friedens-
 vertrages zu schreiben. Die Konferenz vertagte
 sich dann auf 3 Uhr nachmittags. Nach einer
 Meldung der „Associated Press“ haben die
 Japaner tatsächlich alle Kon-
 zessionen gemacht.

Es ist also gekommen, wie wir das vorausgesagt haben.
 Der Friede ist schließlich dadurch gesichert worden, daß Japan
 nachgegeben hat. Foliert, finanziell erschöpft und auf die
 höchst zweifelhafte finanzielle Unterstützung des Auslandes
 angewiesen, blieb ihm schließlich nichts anderes übrig, als sich
 mit dem zu begnügen, was sich erreichen ließ. Wiederholt
 haben wir in den letzten Tagen darauf hingewiesen, daß es
 höchst wahrscheinlich sei, daß trotz aller Drohungen, aller
 scheinbaren Ummachgiebigkeit auf beiden Seiten der Frieden
 dennoch auf dieser Grundlage zustande kommen werde.

Genauer über die ausschlaggebenden Konzessionen
 Japans ist noch nicht bekannt, doch kann es sich jedenfalls
 nur darum handeln, daß Japan in erster Linie auf jede
 Kriegsschädigung in der Vergangenheit hat.
 Diese Forderung Japans war eine der wichtigsten, aber trotz-
 dem keine solche, daß von ihr ein Scheitern des Friedens zu
 erwarten war. Welche Previsionsmittel hätte Japan anwenden
 können, um Rußland zur Leistung der Kriegsschädigung zu
 zwingen? Es hätte Linewitsch schlagen, Charbin besetzen und
 Wladiwostok erobern können. Das hätte aber weitere hundert-
 tausend Mann und weitere Hunderte von Millionen kosten
 können, ohne daß Rußland nunmehr zur Zahlung der Kriegs-
 entschädigung gezwungen gewesen wäre. Im Gegenteil: Ruß-
 land hätte dann erst recht stolz die Arme verstärken können.
 So war es für Japan nur ein Gebot der politischen Klugheit,
 im letzten Augenblick nachzugeben. Dieser Augenblick war
 gekommen angesichts des Drängens der neutralen Mächte
 und der unerklärlichen Beharrlichkeit Rußlands, das sogar
 eine neue Mobilisierung vorzunehmen sich anschickte.

Japan wird es ohne Kriegsschädigung freilich schwerer
 fallen, seine neu errungene Groß- und Vormachtstellung in
 Ostasien militärisch so zu festigen, wie es gerne gemacht hätte.
 Aber auch so kam es mit dem Ausgang des denkwürdigen
 Krieges durchaus zufrieden sein. Hat es doch mehr erlangt,
 als es bei Beginn des Krieges erreichen zu können vielleicht
 selbst gehofft hatte. Ist es doch jetzt im Besitze von
 Liautung mit Port Arthur, untersteht doch Korea
 seinem Protektorat und ist doch endlich auch Sachalin
 an Japan zurückgefallen. Ein glänzender Erfolg,
 der ihm durch keine Eifersucht scheelsüchtiger Rivalen strittig
 gemacht werden konnte.

Diese politische Expansion wird zweifellos den Beginn eines
 neuen, imponierenden wirtschaftlichen Aufschwungs
 bedeuten, der Japans Vormachtstellung in Ostasien erst eigent-
 lich festigen und seinen Einfluß auf China ins Ungemessene
 steigern wird. Von hier beginnt eine neue Epoche
 der Weltgeschichte und wir können sagen, wir haben
 es miterlebt!

So glänzend trotz alledem das Ergebnis des Friedensschlusses
 für Japan ist, so vernichtend ist es für die zaristischen
 Weltberoberungspläne in Ostasien. Mit Ruß-
 lands ostasiatischer, vielleicht sogar asiatischer Suprematie
 ist es für immer vorbei. Es ist ausgeschlossen, daß diese
 Katastrophe nicht mächtig auf die innere Lage Rußlands zurück-
 wirken würde. Welche Stimmung muß auch die politisch
 rückständige Bevölkerung Rußlands ergreifen, wenn die
 Hunderttausende der ost geschlagenen russischen Hauptarmee
 in die Heimat zurückkehren und dort ihre wahren Erlebnisse
 erzählen! Die Hungersnot und der finanzielle Ruin des
 Landes wird trotz des Friedensschlusses der Revolution neue
 Feuerbrände liefern. So wird der blutige Dünst der
 mandchurischen Schlachtfelder vielleicht doch noch die junge
 Freiheitsaat in Rußland in die Halme schießen lassen!

Der japanisch-russische Krieg.

1. Seine Vorgeschichte.

Ein junger japanischer Student, der in der englischen Universität
 Cambridge unter Professor Seeley, dem Geschichtsschreiber des
 englischen Imperialismus, moderne Geschichte lernte, veröffentlichte
 im Jahre 1880 in London einen Aufsatz über „Japan und den
 Stillen Ozean“, in dem gesagt wurde: „Der Stillen Ozean wird
 zweifellos im kommenden Jahrhundert der Schauplatz kommerzieller
 und politischer Unternehmungen sein. . . Der Kampf wird sich da

wahrscheinlich zwischen Rußland und England abspielen, aber Eng-
 land könnte keinen Angriff auf Wladiwostok unternehmen, ohne
 vorher ein Bündnis mit Japan abgeschlossen zu haben. Denn die
 Tür, die vom Gelben zum Japanischen Meer führt, wird von
 Japan bewacht. Der Schlüssel zu dieser Tür ist die Insel Tsushima.
 Japan hat diese Insel stark besetzt und sie in direkte Ver-
 bindung mit dem Kriegshafen Sasebo gebracht, ebenso mit dem
 militärischen Mittelpunkt Kumamoto. Auf diese Weise könnte Japan
 der britischen Flotte den Weg nach Wladiwostok und nach der
 Amurmündung sperren. Und wenn es auf eigene Faust dies nicht
 tun könnte, so doch sicherlich im Vereine mit Rußland. Und sollte
 Japan noch zögern, an der südöstlichen Küste Koreas, besetzen, dann
 wäre der Zugang zum japanischen Meer uneinnehmbar. . . Japan
 ist der Schlüssel zum Stillen Ozean.“

Nach den erschütternden Ereignissen, die die Welt in den letzten
 achtzehn Monaten in Spannung hielten, ist es unmöglich, dem Scharf-
 sinn und der Voraussicht des jungen japanischen Studenten nicht die
 größte Achtung zu zollen. Aber seine so klar ausgesprochenen Ge-
 danken beweisen doch etwas mehr. Sie beweisen, daß die gebildeten
 Schichten der japanischen Bevölkerung sich über die geographischen,
 politischen und wirtschaftlichen Probleme ihres Landes gleich
 vom Anfang der neuen Ära klar gewesen sind. Und nicht
 nur klar waren sie sich, sondern sie besahen auch die Latkraft gemäß
 der gewonnenen Erkenntnis zu handeln.

Diese Gedanken und Handlungen, die die Politik Japans bilden,
 lassen sich auf folgende zwei Formeln bringen:

1. Der Stille Ozean wird zum Mittelpunkt des Weltverkehrs.
 Japan kann von diesem Umstande nur den Nutzen ziehen, wenn es
 der industriellen und kommerziellen Tätigkeit seiner Bürger die
 größte Unterstützung und freie Entfaltung gewährt. Daraus folgten
 der politische Liberalismus, die Freiheit der Forschung und die
 Förderung des Schulwesens.

2. Die Wichtigkeit des Stillen Ozeans wird einen Kampf um
 dessen Beherrschung zur Folge haben. In diesem Kampfe wird Japan
 eine große Rolle spielen, da es an einem Punkte liegt, wo die
 Interessen Chinas, Englands und Rußlands konvergieren. Japan
 kann aber seiner Rolle nur dann gerecht werden, wenn es zu Wasser
 und zu Lande stark ist. Seine Stärke zu Wasser ist zum großen
 Teile von Korea abhängig, da der Süden dieser Halbinsel die
 Straße zwischen dem Gelben und dem Japanischen Meer beherrscht.
 Daraus folgte die Notwendigkeit der Rüstungen sowie das Bestreben,
 Korea unter seinen Einfluß zu kriegen.

Daß ein asiatisches Volk, welches soeben den Feudalismus
 abgestreift hatte, sich so schnell mit den Grundsätzen und
 Motiven der europäischen Politik bekannt machen und sich
 die europäische Denkweise so rasch aneignen konnte, ist
 sehr merkwürdig. Dieses Vermögen hat es auch vor dem
 Schicksale bewahrt, das der europäische Imperialismus, diese sehr
 greifbare „weiße Gefahr“, den farbigen Völkern bereitet hat. Dieses
 Vermögen beweist aber auch, daß der japanische Geist nicht asiatisch
 ist, das heißt, daß er noch nicht jene Erfahrungen, Spekulationen
 und Torturen durchgemacht hat, die China und Indien zur Ver-
 achtung der materiellen Macht, zur geistigen Sättigung, zur glück-
 seligen Passivität führten. In seiner Individualität hat Japan sich
 jung erhalten und hat von der asiatischen Kultur nichts weiter über-
 nommen, als die stitliche Disziplin, die es richtig und
 nüchtern im Momente des Sieges und aufopferungsboll
 und entschlossen im Momente der Gefahr macht. Diese
 Verbindung zwischen der stitlichen Disziplin Asiens und der
 geistigen Regsamkeit und Schwungkraft Europas gab Japan das
 Vermögen, in einem der kritischsten Zeitabschnitte erfolgreich um seine
 Existenz zu ringen.

Daß die letzten Jahrzehnte des neunzehnten Jahrhunderts für
 Ostasien sehr kritisch waren, ist jetzt jedermann klar. Die ganze Welt-
 politik konzentrierte sich auf die Verraubung Chinas. Aber keine
 Weltmacht war den Ostasiaten so gefährlich geworden, wie die
 russische. Bald nachdem England im Jahre 1802 die Eröffnung von
 chinesischen Häfen erzwungen hatte, begann sich Rußland in
 Ostasien festzusetzen. In den vierziger Jahren wurde ein
 Murawiew zum General-Gouverneur Ostasiens ernannt.
 Im Jahre 1849 baute er die Festung Petropawlowsk in Kamtschatka;
 ein Jahr später Nikolajewsk an der Mündung des Amur; im Jahre
 1858 erhielt er von China das pazifische Küstengebiet zwischen dem
 Amur und Uur; zwei Jahre später war das ganze linke Ufer des
 Amur in russischem Besitz; im selben Jahre (1860) wurde Wladiwostok
 gebaut. Gleichzeitig setzte Rußland Fuß auf Sachalin, das Japan
 gehörte. Die Russen waren ganz nahe daran, auch Tsushima in
 der Koreastraße zu besetzen, wenn die Briten nicht so rasch ab-
 gewiesen wären. Im Jahre 1891 wurde der Bau der transsibirischen
 Bahn in Angriff genommen. In Japan wurden die russischen Erober-
 ungen in Asien mit großer Sorge verfolgt, denn man wußte, daß
 der Grundgedanke der äußeren Politik Rußlands die Seeherr-
 schaft ist. Die Japaner lernten fleißig Russisch, lasen russische Ge-
 schichte, studierten die orientalische Frage und fanden überall diesen
 Grundgedanken, an dessen Verwirklichung die russische Diplomatie
 seit Peter dem Großen vergeblich gearbeitet hat. Die Ostsee, nach
 deren Beherrschung Peter der Große strebte, ist nichts weniger als
 ein russisches Meer. Die orientalische Frage, die ebenfalls durch das
 Streben nach der Beherrschung des Schwarzen Meeres geschaffen
 wurde, ist trotz aller russischen Opfer und Kriege noch ungelöst. Am
 Persischen Meerbusen hält die britische Flotte Wacht. Wenn
 man die Geschichte der russischen Diplomatie von diesem
 Standpunkte aus betrachtet, so ist sie die Geschichte eines
 langen und opferreichen Mißerfolgs. Nur selten die Japaner den
 Bau der Transsibirischen und taunten gleichzeitig die Schwäche
 Chinas. Sie waren keinen Augenblick im Zweifel, daß Rußland,
 dem allen Grundgedanken folgend, nach der Beherrschung des

Stillen Ozeans strebt und daß diese Beherrschung nur möglich ist,
 wenn Korea und Japan unter die zarische Macht gebracht sind. Es
 war tatsächlich diese Furcht, die Japan veranlaßte, China im
 Jahre 1894 den Krieg zu erklären, als dieses sich dem Einflusse
 Japans in Korea widersetzte. Die japanische Regierung
 wollte den Russen zuvorzukommen und sich Korea und die
 Existenz ihres eigenen Landes sichern, ehe die Transsibirische
 fertig war, die keine andere Bestimmung hatte, als Ostasien
 zu unterwerfen. Japan ging in den Krieg, besetzte China zu Wasser
 und zu Lande und war im Begriff, Liautung und Korea unter die
 Flagge der aufgehenden Sonne zu bringen, als Ende April 1895
 Rußland, Frankreich und Deutschland dem japanischen Siegeslauf
 ein Halt zuriefen. Man darf es mit großer Bestimmtheit sagen
 daß Japan damals den ihm hingeworfenen Fehdehandschuh auf-
 gehoben hätte, wenn es über eine stärkere Flotte verfügt hätte.
 Allein diese fehlte ihm und es mußte sich deshalb fügen. Mit
 ihrem klaren Verstande und ihrer großen Kenntnis der europäischen
 Diplomatie konnte es den Japanern nicht entgehen, daß
 die Friedensversicherungen der eingreifenden europäischen Mächte
 große Lügen sind. Das Memorandum des Fürsten an den Mikado
 lautete wörtlich: . . . Die japanische Besetzung der Halbinsel
 Liautung würde nicht nur die chinesische Hauptstadt bedrohen,
 sondern auch die Unabhängigkeit Koreas illusorisch machen. Wir
 betrachten deshalb die Besetzung von Liautung als ein Hindernis
 für den Frieden Ostasiens.“ So kam der zweite Friede von
 Schimonoseki im Mai 1895 — genau zehn Jahre vor der Seeschlacht
 bei Tsushima — und Japan verließ Port Arthur. Es war das
 japanische Glück, das aber zehn Jahre später durch ein schreckliches
 Königsglück gerächt wurde.

Wie die internationalen europäischen Mächte ihr Friedenswort
 hielten, ist weltbekannt. Ende des Jahres 1897 besetzte Deutschland
 Kiautschou, Rußland Port Arthur, Frankreich dehnte seine Einfluß-
 sphäre in Südschina aus. Dann kam der Boxeraufstand, der durch
 die unerfütterliche Raubsucht der christlichen Länder hervorgerufen
 wurde, und die Hüter der christlichen Missionen zogen aus, um mit
 Feuer und Schwert die „gelbe Gefahr“ anzurotten. Während dieses
 Anreizung besetzte Rußland die Mandchurei, verpflichtete sich aber
 in einem separaten Friedensvertrag mit China, das besetzte Gebiet
 in drei sechsmonatlichen Terminen zu räumen. Der letzte
 Termin war der 8. Oktober 1903, aber Rußland machte
 keine Anstalten, den Vertrag einzuhalten. Noch mehr: im
 Frühjahr 1903 stellte es an China acht Forderungen, die auf eine
 Befestigung der russischen Okkupation hinausliefen. Dieses Vorgehen
 in Verbindung mit der Ernennung Alexejewsk zum Statthalter des
 Amurgebietes, oder richtiger der Mandchurei und Koreas, über-
 zeugten die Japaner, daß Rußland auf friedlichem Wege das
 chinesische Gebiet nicht verlassen wird. Um die Frage zur Ent-
 scheidung zu bringen, begann die japanische Regierung im Juli 1903
 Unterhandlungen mit Petersburg, die bis zum 5. Februar 1904
 dauerten. Da die russische Regierung irgendwelche nennenswerte
 Konzessionen nicht machen wollte, dafür aber Kriegserklärungen
 eifrig betrieb, brach die japanische Regierung die Verhandlungen
 ab. Aus den Unterhandlungen sind zwei Dokumente beachtenswert:
 die Einleitung und das endgültige Verlangen Japans.

Am 23. Juli 1903 sandte Baron Komura, der Staatssekretär
 des Auswärtigen in Tokio, an den japanischen Vertreter Herrn Kurino
 folgende einleitende Note nach Petersburg: „Die japanische Regie-
 rung verfolgt mit aller Aufmerksamkeit die Entwicklung der Dinge
 in der Mandchurei und betrachtet die gegenwärtige Lage als sehr
 ernst. So lange noch zu hoffen war, daß Rußland seine Vertrags-
 pflichten gegenüber China und anderen Mächten erfüllen werde, be-
 obachtete die japanische Regierung eine reservierte Haltung.
 Aber die kürzlich unternommene Aktion Rußlands in Peking,
 wo neue Forderungen an die chinesische Regierung gestellt wurden,
 beweist, daß Rußland darauf bedacht ist, seine Stellung in der
 Mandchurei eher zu befestigen als aufzugeben; dann läßt seine
 zunehmende Tätigkeit an der koreanischen Grenze ernste Zweifel
 darüber entstehen, wie weit dem eigentlichen Ehrgeiz Rußlands
 reicht. Die unbefristete und permanente Besetzung der Mandchurei
 durch Rußland schafft einen Zustand, der der Sicherheit und den
 Interessen Japans schädlich ist. Eine solche Besetzung würde
 das Prinzip der gleichen wirtschaftlichen Gelegenheit für alle
 Nationen sowie die Unantastbarkeit Chinas verletzen. Aber
 noch wichtiger ist, daß Japan von einer beständigen Ge-
 fahr bedroht wird, wenn Rußland an der Hanke Koreas
 stationiert ist. Korea würde soeben vollständig unter
 russischen Einfluß fallen. Korea ist aber ein wichtiges Auenwerk
 in der Verteidigungslinie Japans. Die Unabhängigkeit Koreas ist
 deshalb eine absolut notwendige Bedingung für unsere Ruhe und
 Sicherheit. Dann hat Japan dort überwiegende politische und wirt-
 schaftliche Interessen, die es keiner anderen Macht überlassen und
 mit keiner anderen Macht teilen kann. Die Regierung ist deshalb
 zum Entschluß gelangt, sich darüber mit der russischen Regierung in
 aller Freundschaft und Offenheit auseinanderzusetzen, um zu einem
 Einverständnis über Fragen zu gelangen, die uns viel Sorge
 bereiten.“

Nach langen Unterhandlungen, die teils in Petersburg zwischen
 Kurino und Lambdork, teils in Tokio zwischen Komura und Rosen
 geführt wurden, reduzierte sich das Verlangen Japans auf folgende
 Punkte: 1. ein Protektorat über Korea bis zum 39. Breitengrad;
 2. gegenseitige Verpflichtung, die Verbindung der koreanischen und
 transmandchurischen Eisenbahnen nicht zu hemmen, wenn diese den
 Hals, den Grenzfluß zwischen Korea und der Mandchurei, erreicht
 haben werden; 3. Wahrung der Vertragsrechte Japans in der Man-
 churei. Da Rußland den 1. und 3. Punkt nicht bewilligen wollte,
 brach Japan am 5. Februar 1904 die Verhandlungen ab und schloß
 die betreffende Note mit folgenden Worten:

„Indem die japanische Regierung diese Maßregel ergreift, behält sie sich das Recht einer solchen selbständigen Aktion vor, die ihr als die geeignetste erscheint, ihre bedrohte Stellung zu befestigen und zu verteidigen sowie ihre legitimen Rechte und Interessen zu schützen.“

Dies war eine Kriegserklärung, und drei Tage später war der Krieg durch eine geschickte und erfolgreiche Flottenaktion eröffnet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. August.

Neue Sittenlehre.

Professor Anton Wenzger, der berühmte Verfasser der neuen Staatslehre, ergänzt jetzt sein wirtschaftlich-politisches System durch eine „Neue Sittenlehre“. (Jena, Verlag von Gubas Fischer.) Indem wir uns eine Besprechung der knappen, aber inhaltsreichen Schrift vorbehalten, geben wir heute als Probe — ohne weitere Auseinandersetzung — das Kapitel von der „Demokratisierung der wirtschaftlichen Machtordnung“ wieder:

Die Demokratisierung des wirtschaftlichen Lebens ist der Sozialismus. Sein Grundgedanke ist das Recht auf Existenz, dessen Wesen darin besteht, daß jedem Mitglied der Gesellschaft die zur Führung eines menschenwürdigen Daseins erforderlichen Sachen und Dienstleistungen nach Maßgabe der vorhandenen Mittel zugewiesen werden müssen, bevor minder dringende Bedürfnisse anderer befriedigt werden. Der Sozialismus will also nur eine weitgehende wirtschaftliche Gleichförmigkeit, nicht die völlige Gleichheit aller Mitglieder bewirken. Freilich gibt es manche sozialistische Systeme, welche auch dieses letztere Ziel anstreben, aber es ist sehr unwahrscheinlich, daß sie jemals zu dauernder Geltung gelangen werden.

Der Sozialismus muß nun, gerade so wie die politische Demokratie, die geltende Gemeinschaftsmoral erheblich beeinflussen. Unter seiner Herrschaft werden die militärischen, politischen und religiösen Ideale unserer Zeit verwirren oder stark abgeschwächt werden und an ihre Stelle als letztes Ziel die sittliche, wissenschaftliche und künstlerische Vervollkommnung der Menschheit treten. Heute muß jede Gemeinschaft vor allem stark sein, um ihre eigenen Interessengebiete zu behaupten und fremde zu erobern; morgen wird sie sich damit begnügen können, für sich und ihre Mitglieder die höchste erreichbare Vollkommenheit zu erstreben. Freilich wird der Streit unter den Gemeinschaften auch unter der Herrschaft des Sozialismus niemals vollständig aufhören, aber er wird dann gewiß minder grausam und selbsttätige Formen annehmen.

Noch viel tiefer muß der Sozialismus die Einzelmoral beeinflussen, da er, hierin der Politik unähnlich, den einzelnen in seinem täglichen Leben auf Schritt und Tritt begleitet wird.

Vor allem wird der Sozialismus eine wahre Nächstenliebe und Brüderlichkeit erst möglich machen. Vergesslich hat das Christentum seit zwei Jahrtausenden eine überhöfliche Nächstenliebe gepredigt, da es gleichzeitig die Eigentumsordnung, den Militarismus, den Absolutismus, kurz alle Einrichtungen segnete, welche die Menschen von den Menschen trennen. Erst wenn der Sozialismus die wirtschaftlichen Gegensätze mildert oder beseitigt und dadurch in der Gesellschaft die trennenden Scheidewände niederreißt, wenn das ganze Volk sich als eine große Arbeitsgemeinschaft fühlt, wo der gemeinsame Erfolg den Nutzen jedes einzelnen bedeutet, wird die wichtigste Grundlage für die Entwicklung wahrer Nächstenliebe geschaffen sein. Freilich wird der Egoismus auch dann noch die vornehmste Triebfeder aller menschlichen Handlungen bleiben, und niemals wird ein Mensch seine zahllosen Nächsten so sehr wie sich selbst lieben; dennoch wird unter der Herrschaft des Sozialismus in den Gemütern der Menschen ein breiter Raum auch für die Befähigung der Brüderlichkeit und der Nächstenliebe offenstehen.

Aber auch auf anderen Gebieten des sittlichen Lebens wird die Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung tiefgreifende Wirkungen ausüben. So vor allem auf das Leben der Hausfrau, welche mit ihren weiten Verzweigungen vielleicht als die wichtigste Triebfeder unserer heutigen Gesellschaft betrachtet werden kann. Ihre Würde der Sozialismus durch Abschaffung des arbeitsteiligen Einkommens den besten Nährboden entziehen und über alle Klassen der Gesellschaft jene nüchternen und genügsamen Denkungsart verbreiten, die wir schon heute bei Beamten, Offizieren und anderen Familien mit festem Einkommen bemerken können. Und auf dem Gebiete des öffentlichen und außerehelichen Geschlechtslebens würde wenigstens der widerwärtigste und unfruchtbarste Bestandteil, die geschlechtliche Hingabe für Geld oder mit Rücksicht auf das Geld, so gut wie vollständig verschwinden.

Das alte Band zwischen Recht und Moral, welches in unserer Zeit fast zerrißnen ist, würde also durch Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung wieder enger geknüpft werden. Der mittelalterlichen Kirche war der Gegensatz zwischen Recht und Moral fast fremd; die noch heute geltenden kirchlichen Gesetzbücher, die aus dem 12. bis 14. Jahrhundert stammen, enthalten rechtliche und sittliche Vorschriften in dünnem Durcheinander. Später entwickelte sich das Recht zu einem gewaltigen, bis in die kleinsten Einzelheiten durchgearbeiteten Organismus, während die Sittenlehre allmählich zu einem kümmerlichen, im praktischen Leben beachteten Anhängsel herabsank. Dies darf und nicht wundernehmen, weil das Recht und die offizielle Moral des Christentums sich fortwährend in den schroffsten Widersprüchen bewegten. Erst durch die Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung werden die beiden großen Gebiete der Sittlichkeit, das erzwingbare Recht und die nicht erzwingbare Moral, wieder zu einer harmonischen, widerspruchsfreien Einheit verschmelzen.

Fortschritte der liberalen Einigung in Bayern.

Seit sich im Januar 1906 die verschiedenen liberalen Gruppen in Bayern — angefangen von den Nationalsozialen und Demokraten bis hinüber zu den liberal-konservativen Agrariern und Hochschulzöllnern — zu einem Bloc zusammengeschlossen haben, seitdem hatten die Vorkämpfer dieser Koalition nur Gutes und Schönes über den bayerischen Liberalismus zu berichten. Da konnte man lesen, daß das liberale Einigungsprogramm überall mit Begeisterung aufgenommen werde, daß sich auf Grund dieses Programms in allen Landestellen starke Organisationen gebildet hätten, daß die liberalen Massen jetzt wieder in Bewegung kämen und selbst nach dem für den Liberalismus so unangenehmen Ausfall der Wahlen wurde noch behauptet, eigentlich hätten die Liberalen doch sehr ehrenvoll abgefammet. Der sozialdemokratischen Presse aber, die sich erlaubt hatte, an der Ehrlichkeit der liberalen Versprechungen zu zweifeln, gab Herr Dr. Müller-Reiningen in einer Versammlung in München die Antwort, das Einigungsprogramm sei ganz gewiß keine Bauernfängererei, es solle wirklich und wahrhaftig eingehalten werden und mit der Aufstellung dieses Programms mache der bayerische Liberalismus einen Strich durch seine — wie zuzugeben sei — allerdings sehr unruhige Vergangenheit!

Wie sieht es nun heute, einige Wochen nach den Landtagswahlen, in der liberalen Einigung aus?

Schon vor den Wahlen konnte man hier und da hören, daß die Angehörigen der linksstehenden Gruppen der Einigung das Gefühl von Leuten hatten, die man als die Eingefädelten zu bezeichnen pflegt. Kamentlich die Nationalsozialen, die zur Rechtfertigung ihres Anschlusses an den famosen Bloc anführten, es werde ihnen dadurch gelingen, den ganzen Liberalismus nach links zu führen, diese Nationalsozialen haben bald einsehen müssen, daß sie von den alten christlichen Nationalliberalen fürchterlich über das Ohr gehauen wurden. Die Nationalliberalen denken gar nicht daran, der Einigung treu zu bleiben, das Blocprogramm, auf das ihre Abgeordneten gewählt wurden, zu befolgen und ihre alle vollverräterische Schankepolitik aufzugeben. Während vor der Wahl die Abnungung getroffen worden war, daß bei Gründung neuer Organisationen alle liberalen Gruppen sich vereinigen sollen, forderte nach der Wahl der Vorkämpfer der nationalliberalen Landespartei z. B. H.

Rehr, v. Krey in Nürnberg, zur Gründung neuer nationalliberaler Vereine auf. Diefelbe Nummer des nationalliberalen „Korrespondenzblattes“, das diese Aufforderung veröffentlicht, enthält auch einen bemerkenswerten Artikel über den Ausfall der Wahlen. Darin wird direkt ausgesprochen, daß die Einigung meist gar keinen Nutzen gebracht habe; zwischen Alten und Jungen hätten sich so große Gegensätze gezeigt, daß von einer Verschmelzung zu einer einzigen liberalen Partei keine Rede mehr sein könne!

Ueber diese Verräterei wird sich niemand wundern, der die Nationalliberalen nur einigermaßen kennt. Nur die Nationalsozialen sind darüber erstarrt. Im nationalsozialen Wochenblatt „Die Hilfe“ konstatiert Graf v. Vothmer in München, daß alles so gekommen ist, wie es andere Leute vorher gesagt haben und in seinem Grimm dommeit er nun den Nationalliberalen zu: „Die Masken herunter!“

Wenn Graf Vothmer schließlich noch die Erwartung ausdrückt, daß wenigstens die liberalen Abgeordneten nicht vorübergehend werden und an dem Einigungsprogramm festhalten, so glaubt er das wohl selber nicht.

Patriotische Phantasien.

Paris, 27. August. (Fig. Ver.) Der „Patriotisme“ — das ist der größte Gassenhauer, das politische „Vions Poupou“ dieser Saison. Man hört ihn an allen Ecken und Enden, bei den erstaunlichsten Anlässen. Die „Zurückweisung der verwerflichen vaterlandslosen Doktrinen“ ist das Thema der Reden bei den Schulfeiern, der Resolutionen in den Generalräten, der Leitartikel der Ordnungspresse. Vor allem der Leitartikel. Und da der Inhalt des Gegenstandes rasch erschöpft ist, geht es wie im Liede vom Kupferdamied: „Wer das Lied nicht weiter kann, der fängt es wieder von vorne an.“ Der Pariser nennt eine solche unendliche Melodie uno scio, eine Säge. Die patriotische Säge will jetzt nicht aufhören zu kreischen.

Die unmittelbare Veranlassung dieses künstlichen Lärms ist nicht schwer zu finden. Das Land steht vor den Wahlen und die konservativen Parteien brauchen eine populäre Parole. Die Hoffnungen, die sie auf die Abneigung des Bauerntums gegen die kirchenpolitischen Besetze gestellt hatten, haben sich als eitel erwiesen. Auch in der liberalen Presse ist heute vom Verhältnis der Kirche zum Staat kaum mehr die Rede. Sie weiß, daß die Trennung keinem mehr Schrecken einjagt. Um so eifriger spielt sie auf dem patriotischen Leierkasten. Der französische Kleinbürger ist immer sehr erfreut, wenn man ihn — eben um seines Franzosentums willen — schon als „moralisch superiores“ Wesen feiert, und die unbedingte Superiorität Frankreichs ist einer der Reize des Patriotentums. Aber nicht nur die Parteien der Rechten, die ihren Kleinalismus in dieser Vernehmung durchschmuggeln wollen, halten die Debatte lebendig, sondern auch die Radikalen, die von der weiteren demokratischen Entwicklung der Republik eine Gefährdung ihres bourgeoisen Charakters befürchten, tragen eifrig ihre Scheite herbei, um den feyerlichen Internationalismus feierlich zu verbrennen. Unter dem Schlagwort des Patriotismus können sie sich am besten, ohne sich zu ihrem Verrat an der Demokratie selbst bekennen zu müssen, mit den Gemäßigten zusammensuchen. Dabei willt ihnen als Profit die Erbschaft des Nationalismus, der an der Unfähigkeit seiner Demagogen und an seinen unaussprechlichen moralischen Unglücksfällen — Speton, Jaluzot, der Intrigue gegen Drouot — zugrunde geht. Das Pariser Kleinbürgertum ist derzeit für den Reistbietenden zu haben und der Unterschied von Radikalismus und Nationalismus ist ohnehin oft nur eine Frage von Nuancen.

Eine gewisse Auffregung hat übrigens der Chauvinismus auch wirklich durch die neuesten politischen Ereignisse gefunden. Der englisch-französische Allianzrummel hat einen wenn auch matten Abglanz der Tage von Kronstadt und Compiègne hervorgebracht. Zwar hat der russische Kagenjammer den Spießblätzer erheblich ernüchert, aber dafür konnte die radikale Presse, von allen Bedenken befreit, die ihr das demokratische Programm gegenüber dem Jaren doch auferlegte, um so lauter die Jubelpaule schlagen. Tant der Englandsfeindlichkeit der Nationalisten kam diesmal der Profit der Quattrastimmung den Chauvinisten des Radikalismus zugute. Auch konnte man den naiven Parteienhänger mit der Phrasen von dem „Bund der liberalen Mächte“ gegen die „Despoten“ Sand in die Augen streuen. Die unmittelbare Folge der Feste von Portsmouth und London war eine outrierte heftige, herausfordernde Sprache gegen Deutschland. Besonders tat sich da Clemenceau hervor, dessen anglophile Politik sich immer deutlicher als widerlicher Geyhauchismus entpuppt. Clemenceau führt auch im Angriff auf die „vaterlandslosen Sozialisten“ den Chor der Linken an. Daß dieser dummsüßliche Patriotismus, der immer erst, wenn er einen mächtigen Beschützer in der Nähe sieht, Courage bekommt und zu schreiben beginnt, gerade kein Zeichen eines starken nationalen Selbstbewußtseins ist, schert den Patrioten nicht.

Im Grunde aber verbirgt sich hinter dem geschäftigen Chauvinismus der elementare Haß gegen den proletarischen Sozialismus. Man behuldigt die Sozialisten, durch Aufreizung zur Fahnenflucht das Land wehrlos zu machen, schlägt Särm über eine „Krise des Patriotismus in der Schule“, weil ein großer Teil der jüngeren Lehrerschaft den Schülern ein höheres Ideal zu zeigen bemüht ist, als die Herrlichkeit des Kriegs und wiederholt bis zum Ekel den althergebrachten Vorwurf, daß nur die Sozialisten Frankreich international, die Deutschlands aber extrem national und mit den besitzenden Klassen in patriotischer Solidarität vereint seien. Es ist dieselbe Weise, die in der entsprechenden Umkehrung von Wilow und in anderen Variationen so ziemlich in allen Ländern von den Politikern der herrschenden Schichten vorgetragen wird. Die Rede hat eben gewechselt. Einst hieß es: „Ausländer, Fremde sind es meist...“, heute werden die Inländer als die eigentlichen „Schlechtgesinnten“ bezeichnet und die Fremden ihnen als Muster vorgehalten. Die nationalistische „Liberté“ hat dieser Tage von Fernerstorfers Artikel über das Verhältnis von Nation und Sozialismus in den „Sozialistischen Monatsheften“ behauptet, seine Auffassung der nationalen Idee decke sich vollständig mit dem Nationalismus von Maurice Perrod. Das ist nun natürlich eine Entstellung und daneben wohl auch ein Mißverständnis. Es führt in diesen Streitigkeiten oft irre und es hat gewiß auch der unbesangene Beurteilung des — sicherlich utopischen und logisch unzulänglichen — Heroldschen Ideen geschadet, daß man, weil das Wörterbuch das französische „Patrie“ und das deutsche „Vaterland“ gleichsetzt, auch eine Gleichheit des begrifflichen Inhalts der beiden Wörter annimmt. Für den Deutschen aber ist der Begriff des Vaterlands, sofern er sich aus der partikulärrechtlichen Beschränktheit herausgeschält hat, im allgemeinen noch mit der Begabung der gesicherten nationalen Existenz identisch, in der Vorstellung „Patrie“ hingegen mangeln sich infolge der eigenartigen historischen Entwicklung Frankreichs Gedanken der „gloire“ und der kriegerischen Herrschaft ein. Der überkommene „Patrie“-Kultus hat im heutigen Deutschland ein Gegenstück nur bei den alldemokratischen Phantasien. Daß der Sozialismus bei diesem bourgeoisen Idol seinen kritischen Verus nicht einstellen kann, ist selbstverständlich.

Gegen die sozialistische Kritik in ihrer Gesamtheit richtet sich der Zorn der Patrioten. Gegen die Entschlossenheit des Proletariats, die Entscheidung über Leben und Gut des Volkes nicht mehr in der Hand der bürgerlichen „Staatsräte“ und der von ihnen bedienten

Handelsleute zu lassen. Und, wenn auch unausgesprochen, gegen das drohende Grundprinzip des Sozialismus, den Angriff auf das kapitalistische Eigentum, das ja doch die Hauptstütze der bourgeoisen Politik jeglicher Couleur bleibt. Denn sobald die Staatsmaschinerie nicht mehr nach Guldäusen für kriegerische Zwecke in Bewegung gesetzt werden kann, taugt sie auch für ihre Dienste im Innern nicht mehr viel und der kapitalistischen Weltens Ende dämmert herauf. —

Deutsches Reich.

Balkan-Weise. Der Kaiser hat sich am Dienstag nach Stettin begeben, um die „Laupe“ des größten Schiffes der Hamburg-Amerika-Linie zu vollziehen. Es wurde vom Stettiner Oberbürgermeister hochgradig flottenpatriotisch geredet. Wilhelm II. sprach nur privatim — zumeist mit Herrn Balkin, dessen Ordensschabz verneuert wurde. Mit der englischen Flotte ist er, wie zu erwarten, nicht in Verührung gekommen. Er fuhr gleich wieder fort.

In der patriotischen Anwesenheit des Kaiserbesuches aber werden nun am Mittwoch die „Balkan“-Aktionäre die Disposition gegen die Hamburger „Balkan“-Werft für die neue „Nordsee-Flotte“ aufgeben. —

Gegen die Fleischsteuerung. Die noch immer steigenden Fleischpreise treiben eine Erwerbsgruppe nach der anderen, gegen die Grenzpost-Politik der Regierung Stellung zu nehmen. Auch der Internationale Verein der Gasthofbesitzer zu Köln hat sich mit einer Eingabe an den Landwirtschaftsminister gewandt. Es heißt darin nach einem Hinweis auf den hohen Stand der deutschen Fleischpreise:

„Alle diese Preissteigerungen drücken gewaltig auf das Hotel- und Restaurantgewerbe als Großverbraucher, dem es verlagert ist, seine Preise für die Speisen im Hundstreck der Marktlage anzupassen, und gegen den alle Welt sofort mit aller Kraft mobil macht, wenn er nur Miese zeigt, einen Ausgleich herbeiführen zu wollen. Schon früher bei den billigeren Preisen ist die Küchenabteilung stets das Schmerzpunkt in unserem Gewerbe gewesen, und dieser für viele Geschäfte schon ruinös gewordene Zustand droht sich unter den nunmehrigen Zuständen zu einer Katastrophe von unabsehbarer Wirkung auszuweiten. Dies legt uns die gedieterte Pflicht auf, für die Interessen unseres schwer bedrohten Gewerbes entschieden einzutreten. Gleich vielen anderen Beteiligten sowie unparteiischen Autoritäten (Stadtverwaltungen usw.) sind wir der Anschauung, daß die Katastrophe durch eine entsprechende mildere Handhabung der Grenzposten unter Beibehaltung der notwendigen Vorsichtsmaßnahmen gegen die Einschleppung von Viehseuchen behoben werden könne, und schließen uns demgemäß den darauf bezüglichen, bereits von vielen anderen Stellen zum Ausdruck gebrachten Wünschen in jeder Hinsicht an.“

Vod wird diese Petition ruhig zu den vielen übrigen legen. —

Zentrum und Fleischnot. Die Stadtverordneten-Versammlung in Kachen sollte sich in ihrer jüngsten Sitzung mit der Beratung von Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung befassen, die für Kachen in noch weit größerem Maße untragbar ist als für die anderen Städte, und zwar deshalb, weil Kachen diejenige deutsche Großstadt ist, die mit den niedrigsten Arbeitslöhnen zugleich die höchsten Fleischpreise hat. Dazu ist Kachen auch die einzige deutsche Großstadt mit einer starken Zentrumsmehrheit im Rathaus. Was taten nun die Vertreter derjenigen Partei, die durch ihre Führer sich als die einzige und wahre volks- und arbeiterfreundliche Partei preisen läßt? Tropfen die für alle Gemeinden zurzeit weitaus wichtigste aller Fragen, die Frage der Fleischversorgung, auf der Tagesordnung stand, fehlten nicht weniger als zwanzig Stadtverordnete, also mehr als die Hälfte, und somit war die Sitzung nicht beschlußfähig. Zum Hohne für das hungernde und nahezu degenerierte Kachener Proletariat nahm die Versammlung zwei Mitteilungen über bevorstehende — Festessen entgegen! —

Der Zweck von Parteitagungen. „Nahgebend ist hierbei der Gesichtspunkt, daß es auf dem Parteitag nicht darauf ankommt, auf die Außenwelt durch oratorische Leistungen einzuwirken. Der Parteitag hat die Aufgabe, innerhalb der Partei die Meinungen zu klären oder auszugleichen und dadurch ein geschlossenes Auftreten der Partei anderen Parteien gegenüber vorzubereiten.“

Wer schreibt das? Es ist die „Breslauer Zeitung“ in einer Betrachtung über den freikünnigen Parteitag. Und sie zieht die Konsequenz des Verzichts auf agitatorische Wirkungen: „Abschluß der Dessenlichkeit. Es ist immerhin lehrreich, daß der Freikünn nun selbst gesteht, daß das Schaulpiel seiner „inneren Klärung“ für die Dessenlichkeit kein Interesse hat! —

Schutz des Reptilien. Ein Teil der bürgerlichen Presse beschäftigt sich jetzt mißbilligend mit der Ausweisung des holländischen Journalisten G. van Katten, ohne doch die Schimpflichkeit des ganzen Verfahrens, diese Ueberzeugungserpressungspolitik der Reptilienhändler geblüht zu sein, zu gedenken; sie sind ja alle mitschuldig.

Interessant ist eine ergänzende Mitteilung des „E. L.“, Danach ist der „Vertrauensmann“ der deutschen Regierung, der Herr G. demungierte, ein deutscher Journalist in Amsterdam, der aus dem dortigen Journalistenverein ausgeschlossen worden ist und in der dortigen „Deutschen Wochenzeitung“ — daher der gestern erwähnte Artikel — die Interessen des Berliner Prekhorcaus vertritt. Dieser Ehrenmann soll bei der Lieferung des Materials auch in den Ueberlegungen noch ein wenig nachgeholfen haben.

Für das internationale feste Prekhorcauswesen, mit dem die Berliner Politik arbeitet, ist diese Entlassung sehr bemerkenswert.

Sunnisches.

Der „Schwab. Kurier“, der seinerzeit, wie wir schon vorgestern bemerkten, den Vorschlag machte, zu Kolonialkriegen Verbrecher-Armeen zu verwenden, bekenn sich auch jetzt wieder zum kolonialen Dummheit. Er schreibt, so bedauerlich es aus wirtschaftlichen und rein menschlichen Gründen sein möge, vom militärisch-politischen Standpunkte aus wäre eine unerbittliche Degimierung der Eingeborenen unerlässlich. Je rücksichtsloser zugegriffen wird, desto früher ist der Aufstand zu Ende und desto weniger unserer braven Soldaten werden ihr junges Leben lassen müssen. Wenn Parteien vorzukommen müssen, so wird dies jeder ehrliebe Soldat im stillen bedauern, aber: à la guerre comme à la guerre.“ Schließlich mühten uns die Knochen unserer pommerischen Grenadiere“ wichtiger sein als selbst die Frauen und Kinder der aufrechteren Oerros. Aus diesem Grunde wäre es aufrichtig zu bedauern, wenn Trotha der Wählbarkeit hinter den Kulissen zum Opfer fallen mühte, ehe er gründlich reinen Tisch gemacht hätte.

Wo bleiben die Synoden und geistlichen Sittlichkeitskongile, die gegen diese entsetzliche moralische Verwahrlosung zu Felde ziehen? —

O welche Lust Soldat zu sein.

Aus Halle berichtet man uns unterm 28. August: Dualballe Tage waren es, die der Kanonier Paul Schneider von der 1. Batterie des Artillerie-Regiments Nr. 75 in seiner Militärlaufbahn durchgemacht hat und der sich nun auch noch vor dem Kriegsgericht der 8. Division wegen tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten, unerlaubter Entfremdung, Mordversuchung und Ungehorsams zu verantworten hatte. Der junge Mann ist jetzt erst 18 Jahre alt, freiwillig eingetreten und hat sich bisher gut geführt. Er lag, mit Lust und Liebe sei er zum Militär gegangen; bald habe er aber gemerkt, wie er von den sogenannten alten Männern, obwohl er glaubte, seine Schamhaftigkeit zu tun, nach allen Richtungen schikaniert worden sei, und die Vorgesetzten dübdeten dies. Wiederholt habe man ihn nachts im Bett durch Begleichen mit Wasser aufgeschreckt. Der Kanonier Girsch, der ihn oft mißhandelt hat, sei deshalb mit drei Wochen Arrest bestraft worden. Vor dem Abstrafen nach dem Döberitzer Truppenübungsplatz bei Spandau habe man ihn angekündigt, man werde ihn dort „hahnenschächtig schlagen“, damit er auf Achtung komme. Er mühte sich für die Plamtschäften die Stiefel putzen, und wenn es hieß „zum Häckel schneiden“, dann rief man immer „Schneider vor“. „Be-“ erst ara“! man ihm am 20. Juni in „-Parade in Döber“

mitgeschleift. Nachmittags, als ihm beim Ausheften seiner Sachen die Sonne auf den Rücken schien, habe man ihn auf einmal plötzlich einen Kübel Wasser über den Körper geschüttet. Abends erhielt er beim Stallwachebedienst den Befehl, Oel auf die Lampen zu gießen, und da er den Auftrag nicht sogleich ausführte, habe ihn der Gefreite Böschel mit der Fahrerpeitsche über den Kopf geschlagen. Da in seiner Aufregung sei er auf Böschel losgegangen, und was er dann getan habe, wisse er nicht genau. Jedem bekunden, der Angeklagte habe dem Vorgesetzten erklärt: „Sie haben mir gar nichts zu sagen, quatschen Sie mich nicht an“, Böschel in den kleinen Finger gebissen und den Versuch gemacht, diesen Vorgesetzten zu Boden zu werfen. Nach dem Dienst war der junge Soldat in einen in der Nähe von Döberitz gelegenen Wald gelaufen, um sich das Leben zu nehmen. Dort traf ihn zufällig bei einem Spaziergange sein Hauptmann, der ihn dann in einer anderen Baracke unterbrachte. Der Angeklagte wurde aber weiter schikaniert und lief am anderen Tage wieder in den Wald, wo er von einem Sergeanten Lindholz und dem Kanonier Hirsch aufgefunden wurde. Als er aufgefordert worden, mitzukommen, erklärte er jammernd: „Lassen Sie mich doch, ich laufe ja doch wieder weg; ich halte es nicht aus bei den Soldaten, denn sie zwickeln mich zu sehr.“

Für die verzweifelte Gemütsstimmung, in der sich der junge Mensch befand, spricht der in der Verhandlung zur Verlesung gebrachte Abschiedsbrief, den er am 24. Juni an seine Eltern richtete. Es heißt da u. a.: Ewig unvergessliche Eltern! Bevor wir nach Döberitz abrückten, sagten die alten Leute, sie wollten mich hier schmerzhaft schlagen, damit ich nicht wieder nach Halle zurück, sondern nach Lützen auf Festung läme. Sie verhaßten mich, daß ich nicht kriechen konnte. Am 20. Juni geriet ich mit meinem Gefreiten zusammen; was er mir tat, konnte ich mir nicht bieten lassen, und ich verhaute ihn ebenfalls. Dafür gibt es mindestens zwei Jahre. Das ertrage ich nicht und ich habe deshalb beschlossen, obwohl ich noch mit Lust und Liebe am Soldatenleben hänge, in den Tod zu gehen. Liebe Eltern, vergebt Eurem sterbenden Sohne den letzten Schritt. Der Angeklagte schied unter Tränen, wie man ihm sagte: „Du mußt schwimmen“, und wie man ihm nachts im Bett Eimer voll Wasser über den Kopf und ins Gesicht gegossen habe, und die Vorgesetzten hätten keine Abhilfe geschafft. Ankläger und Gericht erkannten nach stattgehabter umfangreicher Beweisaufnahme an, daß der Angeklagte schikaniert und schlecht behandelt worden sei; es liege bei dem tödlichen Angriff ein minder schwerer Fall vor, man sei aber an das Gesetz gebunden, und der Ankläger beantragte zwei Jahre und vierzehn Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte auf die niedrigste zulässige Strafe von

zwei Jahren und einem Tage Gefängnis. —

Uniformänderungen und kein Ende. Die Uniform der Jäger zu Pferde wird sich zum 1. Oktober wesentlich ändern. An Stelle des gelben Kollerbesatzes tritt roter, die gelben Knöpfe und Treppen werden weiß. Die Häftelappen erhalten eine rote Einfassung und statt der jetzigen Nummer XI wird eine gestricelte 2 getragen werden. Die neue Bewaffnung (Lanze und Karabiner) ist jetzt schon eingeführt, wird jedoch von dem ältesten, am 1. Oktober zur Entlassung kommenden Jahrgang der Mannschaften nicht getragen, sondern nur von den beiden jüngeren. Die weiße Keit- und Paradehose fällt weg; sie wird durch eine grüne ersetzt. Der Zweck dieser Uniformveränderungen, die die Kriegsbrauchbarkeit der Truppe nicht im mindesten erhöhen, ist absolut unerlässlich. Man sollte meinen, der Militarismus sei auch ohnehin kostspielig genug. —

Katzenfische Justiz. Aus Posen wird uns geschrieben: Wegen Verleumdung durch die Presse wurde der Redakteur der in Posen erscheinenden „Gazeta Polska“, Switala, von der Strafkammer in Wisa zu 100 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Haft verurteilt. Der Angeklagte hatte in seinem Blatte einen Artikel veröffentlicht, durch welchen sich der Rittergutsbesitzer Hildebrandt auf Kozorzyn beleidigt fühlte und dieserhalb gegen den Redakteur des genannten Blattes Strafantrag stellte.

Die Staatsanwaltschaft gab dem Antrage des Rittergutsbesitzers statt und erhob Anklage, indem sie ein lediglich öffentliches Interesse für vorliegend erachtete, weil der inkriminierte Artikel offenbar den Zweck hatte, einen deutschen Vorkämpfer! Dem Verleumdigen wurde ferner auf Kosten des Angeklagten Publikationsverbot zugesprochen. —

Der Fall Kalerki. Grandenz, 20. August. Gegen den Reichstagsabgeordneten Kalerki, der angeblich nach der Schweiz geflüchtet ist und gegen den die hiesige Staatsanwaltschaft einen Steckbrief wegen Aufruhr zum 1. Klassenhah erlassen hat, stand heute vormittag Termin vor der hiesigen Strafkammer an. Durch Beschluß der Strafkammer ist der Termin aufgehoben worden, weil der Aufenthalt Kalerkis unbekannt ist.

Oberschlesische Polizeifälle.

Man schreibt uns aus Deutchen: In diesen Tagen fand eine charakteristische Verhandlung vor dem Deutthener Schöffengericht statt. Die Genossen Dr. Golde, Scholtzky und Walczak waren angeklagt, unangemeldete Versammlungen abgehalten zu haben und wurden verurteilt. Hier einige der Ausfagen der Belastungszeugen:

Polizeibeamter Glogowski: Ich hatte erfahren, daß bei Walczak, der Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes ist, Versammlungen stattfanden. Ich meldete es dem Polizeiverwalter in Friedenshütte, habe mich mit seiner Erlaubnis als Bergmann verkleidet und ging zu Walczak. Ich erkundigte mich nach dem Verband und stellte mich mit falschem Namen als Bergarbeiter aus Dujakow vor. Ich versprach, ich würde mit anderen Kollegen kommen, um mich in den Verband eintragen zu lassen. Am bezeichneten Tage kam ich mit dem Bureaubeamten Wienczerz, der sich auch als Bergmann stellte, und wir ließen uns unter falschen Namen als Mitglieder des Bergarbeiterverbandes eintragen.

In der Wohnung wurde über die Gemahregelten-Unterstützung für Walczak verhandelt. Da ging der Polizeibeamte unter dem Vorwand auszutreten heraus und rief den Gendarmen Runge, der sich dranhin nach der Verabredung bereit hielt.

Der Bureaubeamte vom Polizeiamt Friedenshütte Wienczerz erzählt daselbe.

Der Gendarm — der dritte im Bunde — sagt aus, er sei von der Polizei benachrichtigt gewesen, hätte in der Nähe gestanden und sei, als der Polizist ihn rief, „amtlich eingeschritten“. Er fügt hinzu, er habe „festgestellt“, die Genossen Dr. Golde habe einige Tage vorher in demselben Hause in einer Versammlung gesprochen.

Auf das Ersuchen der Angeklagten, er solle sehen, wie er dies festgestellt habe, erwidert der Richter, die Polizei habe keine Verpflichtung, Dienstgeheimnisse zu verraten! —

Und nun etwas anderes: In diesen Tagen brachten die ober-schlesischen Blätter die Nachricht, der bekannte Grenzkommissar und Polizeirat Mädlar aus Deutthen fahre zu einer Studienreise nach Amerika, seine Vertretung habe der Polizeidirektor Korda übernommen. Der Herr Grenzkommissar i. V. steht bei den polnischen Genossen in Oberschlesien in besonderem Ansehen. Im Jahre 1902 hatten wir in Oberschlesien noch keinen Saal zur Verfügung. Am 1. Mai fuhr eine kleine Schaar polnischer Genossen aus Katowitz mit dem Abendzuge nach der galizischen Grenzstation Odwiecim, um dort an der Mahlerversammlung teilzunehmen. Im Eisenbahnwagen stellten sich zwei Fremde als Genossen vor, die mitfahren. Der eine erzählte, er sei Kutscher des Amtsvorstehers zu Scharley bei Deutthen, und forderte einbringlich, man solle ihm ein Plätzchen verkaufen. Der zweite war bescheidener und erzählte, sein Kollege — der sich als Kutscher bezeichnet hatte — sei Handwerker aus Katowitz. In Odwiecim angekommen, wurde dem „Kutscher“ schmal zu Mute. Zu Beginn der Versammlung wurde ein polnisches Arbeiterlied abgelesen. Der „Kutscher“ markierte, als ob er mitsinge,

indem er mechanisch den Mund auf- und zumachte. Dam wurden vom Vorsitzenden die anwesenden preussischen Polizeigenossen aufgefordert, freiwillig den Saal zu verlassen. Der Begleiter des „Kutscher“ rückte leise zur Tür — aber der „Kutscher“ hielt ihn mit einem befehlenden Blick zurück und regte sich nicht. Da wurden die beiden Herren von einigen Genossen gepackt und zur Tür hinausgeworfen. Sie verschwanden. Anwesend war noch der damals noch nicht entlarvte Polizeispiegel Gahner, der im Prozeß Morowski-Golde die bekannte Rolle spielte, und eine vierte verdächtige Persönlichkeit. Zwei Monate später, während der Verhandlung gegen die Genossen Morowski und Golde wurde der Polizeirat Mädlar gefragt, ob er Gahner zur Ueberwachung nach Odwiecim geschickt habe. Mädlar erwiderte, es sei nicht der Fall, dazu habe er zuverlässigere Kräfte.

Die zuverlässigste Kraft war wohl der „Genosse“ Kutscher von Scharley — Herr Korda, unser jetziger Grenzkommissar i. V. —

Ausland.

Italien.

Ein „Attentat“ auf die Königin-Mutter. Rom, den 23. August. (Fig. Ver.) Nachdem von offizieller Seite die ersten Nachrichten von einem Attentat auf die Königin Marguerite, die der hiesige „Messaggero“ am 21. brachte, dementiert worden waren, bringt die heutige „Tribuna“ eine Beschreibung eines Automobilsfalls der Königin und erklärt schließlich, es handele sich um ein Attentat. Allen Anschein nach liegt aber nur ein Vubenstreich vor, den nur die polizeiliche Phantasie zum Attentat aufstufte.

Auf der Rückfahrt vom kleinen St. Verthard nach Gressoney fuhr am Abend des 19., gegen 11 Uhr, das Automobil der Königin gegen einen Steinhaufen und prallte festig zurück, ohne daß jedoch die Insassen von den Ecken geschleudert worden wären. Man stellte sofort fest, daß über die ganze Straße eine Reihe von Steinen gelegt waren, die im Durchschnitt etwa 13 Zentimeter hoch waren. Die ersten Worte der Königin waren — wir folgen der Darstellung der „Tribuna“ —: „Das ist eine vorbereitete Sache; laßt schnell und verhaftet die zwei Personen, die wir eben gesehen haben“. Gesagt, getan. Die beiden Individuen sollen zur Feststellung von vier anderen Personen geführt haben, die bereits gefangen hätten, ein Attentat auf die Königin-Mutter beabsichtigt zu haben.

Das alles ist im höchsten Maße unwahrscheinlich. Obwohl auch 13 Zentimeter hohe Steine bei stark abfälligen Wege und der üblichen Kaserne einem Automobil ohne Zweifel gefährlich werden können, so liegt doch kein Grund vor, einen Anschlag gerade auf das Automobil der Königin vorzuschreiben. Man wußte nicht, daß dieses den betreffenden Weg einschlagen würde. Auch handelt es sich um eine statt von Automobilen heimgesuchte Straße. Wir haben wenig Vertrauen in die einem geschickten Polizisten gemachten Behauptungen. Alle Umstände sprechen vielmehr für einen der nicht seltenen Anschläge auf die Automobilsfahrer, deren brutale Rücksichtslosigkeit begreiflicherweise das Publikum erbittert und durch Exzesse hervorruft. —

Der Kriegszustand in Warschau.

Wir erhalten folgende Privatdepesche:

Die Namen der jüngst in Warschau Verhafteten sind: Duchno, Bonuszewicz, Ruffiewicz, Szamanski, Ponsiewicz, Nowakowski, Duda, Gyslein, Muszynski, Weinlein, Sabowski, Dullinger, Nirecki und die Genossinnen Reinel, Hetyn, Rogowska, Frenzl, Smielenska, Wirazow, Szpendler.

Gelegentlich der Verkündung des Kriegszustandes über Warschau macht der Generalgouverneur darauf aufmerksam, daß Hansbesitzer, Postiers usw. verpflichtet sind, von allen außer-gewöhnlichen Fällern und abgehaltenen Versammlungen in ihren Häusern die Polizei zu benachrichtigen. Das Arbeiterkomitee der P. S. S. machte darauf bekannt, daß jeder, der dementprechend handelt, dem sicheren Tode verfallen sei.

„Verfassungs“-Taten.

Petersburg, 29. August. Der Herausgeber der hier erscheinenden lettischen Zeitung „Peterburgs Avis“, die nach der kürzlich veröffentlichten amtlichen Mitteilung sich an der Agitation unter den Leuten der Disseprowinz beteiligt hat, hat seine Abonnenten davon in Kenntnis gesetzt, daß der Direktor des Zimern beim Senate die Unterdrückung des Blattes anordnet und gleichzeitig angeordnet hat, daß die Zeitung ihre Erscheinung vorläufig einzustellen habe.

Helsingfors, 29. August. Auf Befehl des Kaisers werden die finnischen Gardebataillone im Laufe dieser Woche aufgelöst werden.

Glückliche Flucht.

Petersburg, 29. August. (Telegramm des „Tag“) Aus dem Militärgefängnis zu Sewastopol ist der Revolutionär Feldmann entflohen, der als Hauptagitator unter der Befehlung des Anjäs Potemkin gilt. Die Flucht geschah unter Mithilfe des Gefängniswärters und des Wachtpostens, die ebenfalls entflohen sind.

Ein Stimmungsbild aus dem neuen „konstitutionellen“ Rußland.

Das Dialektische Komitee des „Bundes“ erläßt einen Aufruf, dem wir das folgende entnehmen:

Wiederum Ströme von Blut, wiederum ganze Berge von Menschenleichen auf dem Altare des blutigen Götzen, der russischen Selbstherrschafft! Am Sonnabend, den 30. Juli (12. August) waren die Arbeiter ruhig auf der Arbeiterbörse versammelt und die zarischen Wörder haben dort unter ihnen ein Blutbad angerichtet. Allein im südlichen Stranlenbauwe hat man schon Sonntag früh 34 Tote gezählt, und immer noch sahen Wagen auf Wagen gefüllt von Erschlagenen. Und wie viele Ermordete liegen noch in den Häusern; eine schreckliche, eine fürchterliche Schächtere!

Sofort, nachdem die Soldaten auf die Börsen gekommen waren, merkten wir, daß sie nach Blut dürsteten. . . . Sie stellten sich in eine Ecke in kleinen Gruppen von 6 Mann auf. Ein mörderischer Soldat richtete bald seine Flinte gegen die Arbeiter. Einen schlug er mit dem Kolben nieder und rief: „Heute, Verkünder, werde ich Eure dreißig erschlagen!“ Die Arbeiter flohen vor ihm; ein zweiter Soldat schoß gleich darauf in sie hinein. Ein Genosse fiel sofort tödlich verwundet.

Die zarischen Wörder erhoben ein Freudengeheul, doch bald explodierte eine Bombe, von unbekannter Hand geschleudert; Soldaten fielen tot und verwundet zu Boden. Das war das erste Signal zum fürchterlichen Blutbad. Es beginnt eine merkwürdige blutige Rache. Die Soldaten stellen sich in allen Ecken auf und schießen nach allen Seiten. Blut ergießt sich in Strömen. Ueberall hört man das Röcheln von Sterbenden, das herzerregende Stöhnen von Verwundeten, ein schreckliches Weinen der zu Witwen und Waisen gewordenen Frauen und Kinder. Doch alles dies rührt nicht das tyrannische Herz der wilden Barbaren. Verdächtig von Mordgefühlen schreien und stoßen sie nach allen Seiten. Von drei Uhr mittags bis spät in die Nacht ertönt das Schreien, und Massen von alten und jungen Männern und Frauen bedecken den Boden.

Sie schossen in die Türen, in die Fenster, man konnte glauben, daß sie die ganze Stadt vom Erdboden vertilgen wollten.

Ein alter Mann steckte seinen Kopf zur Tür hinaus, er suchte sein Kind. Sofort fiel er tot auf der Schwelle nieder. Sein Sohn läuft ihm zu Hilfe und fällt verwundet über den ermordeten Vater.

So fiel eine große Zahl von Opfern, so wurden die Straßen mit Leichen bedeckt, die Steine cölerten sich vor menschlichem Blut.

Doch mit dem Sonnabend-Blutbad haben sich die Wörder nicht begnügt. Am nächsten Morgen, als einige Familien ihren Verwandten das letzte Geleit gaben, schossen die Soldaten wieder. Neue Ermordete, neue Verwundete!

Bürger! Das alles hat sich am 30. Juli (12. August) ereignet, an dem Tage, an welchem alle das „allernächste Geschenk“ des Zaren erwarteten hatten, die langversprochene Reform. Nein, die Selbstherrschafft ist nur fähig, unschuldiges Blut zu vergießen! . . . Meheleien und Blutbäder, das ist ihre Arbeit. Jeder Tag des schändlichen Wüterbestandes der russischen Selbstherrschafft löst der Bevölkerung Hunderte von Leben und Ströme unschuldig vergossenen Blutes.

Bürger! Solch ein Leben in schrecklicher Unsicherheit vor dem morgigen Tag ist unerträglich. Laßt Euch nicht niederstoßen, laßt Euch nicht ohne Widerstand niedernehmen. Das Blut unserer Väter und Brüder, unserer Mütter und Schwestern schreit am Himmel und fordert Rache. Bewaffnet Euch, tretet hinaus gegen Eure Feinde! Mäße das ganze Land von dem lauten Rufe widerhallen: Nieder mit der blutdürstigen Bestie!

Aus Industrie und Handel.

Ein neuer Zuckertrach in Paris.

Dem Zusammenbruch der Salizotischen Zuckerspekulationen, der vor drei Wochen die Pariser Presse beschäftigte, ist alsbald ein neuer Strach gefolgt, der den ersteren an Bedeutung noch bei weitem übertrifft. Der Direktor Grosnier von der großen mit einem Aktienkapital von 38 Millionen Frank arbeitenden Zuckerraffinerie Sah hat Selbstmord begangen und die insolge dessen angestellten Nachforschungen nach dem Motiv der Tat führten zur Entdeckung, daß Grosnier unglücklich an der Pariser Getreidebörse, dem Londoner Minenmarkt und ganz besonders am Pariser Zuckermarkt spekuliert hat und seine ungedeckten Verpflichtungen eine enorme Höhe erreicht haben. Ihr Gesamtbetrag reicht noch nicht fest, doch dürften sie sich auf 40 bis 50 Millionen Frank belaufen. Als Folge des Zusammenbruchs befürchtet man eine Reihe weiterer Zahlungsbeinstellungen und Bankrotte in Paris. Mehrere Pariser Banken sollen schwer geschädigt sein; ebenso dürften verschiedene Londoner und Hamburger Firmen in starke Mittelbeschaffungen gezogen werden. Am Hamburger Zuckermarkt stellte sich bereits gestern eine gewisse Depression ein; alle Ernte wurde um 90 Pf., neue um 50 Pf. billiger.

Telegraphisch wird zu diesem neuen Riesen-Ballissement aus Paris gemeldet:

Paris, 29. August. Der Tod des Direktors der Raffinerie Sah, Grosnier, hat gestern die Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung zur Folge gehabt. Eine im Laufe des gestrigen Abends in Grosniers Bureauämtlichkeiten abgehaltene Hausdurchsuchung führte zur Beschlagnahme einer Anzahl Papiere, die jedoch nicht Wichtiges ergaben. In der Angelegenheit wird heute ein Ministerrat stattfinden. Gestern hat der Verwaltungsrat der Bank von Frankreich über den Fall beraten und die nötigen Maßnahmen beschlossen. Die Angaben der Presse über die ungedeckten Verbindlichkeiten Grosniers schwanken zwischen 20 und 200 Millionen Frank; die Familie gibt zu, daß sie mindestens 40 Millionen betragen. Man befürchtet als Folge des Falles Grosnier weitere Zahlungsbeinstellungen in Paris. Mehrere hiesige Banken sollen schwer geschädigt sein, ebenso sollen, dem „Reit Parisien“ zufolge, der Londoner und der Hamburger Platz große Verluste erleiden. „Libre Parole“ verzeichnet ein Gerücht von einer bevorstehenden Auffseher erregenden Verhaftung.

Wahrscheinlich wird die Börse in den nächsten Tagen wieder über die unerhörte Privolität Grosniers schreien; obgleich diese nur darin besteht, daß Grosnier bei seinen Spekulationen hineingefallen ist. Hätte er Erfolg gehabt, so würde er später von denselben Blättern als smarter königlicher Kaufmann gefeiert und mit den Morgan, Gould, Carnegie usw. in eine Reihe gestellt worden sein.

Bergwerksverleihung. Die großen Kohlenmagnaten des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers saßen dort, die noch unbergebenen Kohlenfelder an sich zu bringen, um sich ein völliges Monopol zu sichern. Wie die „Köln. Volksztg.“ mitteilt, ist den Herren August und Josef Hühnen in Rülbeim a. d. Ruhr vom Oberbergamt in Dortmund das Eigentumsrecht an drei in den Gemeinden Hünge und Gartrop-Wühl (im Kreise Ruhrort) gelegenen Bergwerken unter dem Namen Hiesfeld 36, Hiesfeld 39 und Hiesfeld 41 verliehen worden. Die Verleihung geschah auf Grund der Rutung vom 24. März 1906. Die Fläche umfaßt einen Raum von etwa 6 1/2 Millionen Quadratmeter. Die feinerzeit vorgenommene Rutung hat das Vorhandensein ausgedehnter Kohlenvorräte ergeben; mit ihrem Abbau soll alsbald begonnen werden.

Die bisher bestehenden Bergwerke Hiesfeld, zum Teil im Bergbezirk Oberhausen, zum Teil in demjenigen von West-Reddinghausen gelegen, gehören alle der Gesellschaft „Deutscher Kaiser“ in Bruchhausen, die ebenfalls Eigentum der Familie Hühnen ist.

Hamburgs Schifffahrt hat nach den vom Handelsstatistischen Bureau in Hamburg herausgegebenen Uebersichten des Hamburger Handels im Jahre 1904 bedeutende Fortschritte gemacht. Im Verkehr mit anderen deutschen Häfen hat sich die ein- und ausgehende Tonnage von 1 682 000 reinen Reg.-Tonnen im Vorjahr auf 1 789 000 Tonnen, also um 6 Proz. gehoben. An diesem Mehr hatte besonders großen Anteil der Verkehr mit Bremen, der von 666 000 Tonnen im Vorjahr auf 721 000 Tonnen stieg, der Verkehr mit Kommern, mit Schledwig-Holstein an der Niederelbe und an der Ostsee. Zurückgegangen ist der hampurbische Seeverkehr mit dem westlichen Hannover einschließlich Wilhelmshavens, sowie mit Oldenburg, Mecklenburg und Ostpreußen.

Eine etwas geringere Steigerung des Verkehrs hat sich in der Schifffahrt zwischen Hamburg und den außerdeutschen europäischen Staaten vollzogen. Hier betrug der ein- und ausgehende Schiffsraum im letzten Jahre 9 973 000 Tonnen gegen 9 650 000 Tonnen im Vorjahre, der Verkehr ist also nur um 3 1/2 Proz. gewachsen. Die Länder, mit denen ein gegen das Vorjahr wesentlich gesteigerter Seeverkehr stattgefunden hat, sind Großbritannien, Belgien, Dänemark, die Niederlande, Norwegen, Schweden, Spanien und Italien.

Am günstigsten hat sich der Verkehr Hamburgs mit den außer-europäischen Ländern entwickelt. Die ein- und ausgehende Tonnage ist von 7 045 000 Tonnen im Jahre 1903 auf 7 480 000 Tonnen im Berichtsjahr gewachsen, hat sich also um 6 Proz. vermehrt. Im einzelnen sind hier jedoch weit größere Schwankungen des Schiffsverkehrs als auf den beiden oben behandelten Gebieten festzustellen. Einen gewaltigen Aufschwung hat das letzte Jahr dem Schiffsverkehr mit den La Plata-Staaten gebracht; es hat den hier beschäftigten Schiffsraum von 532 000 Tonnen auf 722 000 Tonnen, also um 36 Proz. vermehrt. Diese Steigerung ist fast allein auf das Anwachsen des einkommenden Schiffsraumes zurückzuführen; der auskommende Schiffsraum ist dem des Vorjahres gleich geblieben. Erhebliche Zunahme hat außerdem der Schiffsverkehr mit Chile (567 000 Tonnen gegen 463 000 Tonnen im Vorjahre), mit Afrika am Atlantischen Ozean (570 000 Tonnen gegen 454 000 Tonnen) und mit Ostafien und den indischen Inseln (695 000 Tonnen gegen 587 000 Tonnen) erfahren. Diefen Steigerungen stehen auf der anderen Seite beträchtliche Verkehrsbeschränkungen gegenüber. So hat z. B. der Schiffsverkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika am Atlantischen Ozean 138 000 Tonnen weniger als im Vorjahr erfordert (1904: 2 399 000 Tonnen, 1903: 2 536 000 Tonnen).

Soziales.

Protestversammlungen gegen den Fleischwucher fanden wieder statt in Königsberg, Rostock, Jüridau und Speyer.

Der Verbandstag der Verwaltungsbeamten der Ortstrankenfassen beschäftigte sich mit der Regelung der Gehalts- und Ausstattungsverhältnisse in Berücksichtigung der Beschlüsse des Orts-

Infestages. Die Meinung des Verbandstages wurde in folgender Resolution niedergelegt:

Der Verbandstag verurteilt zunächst das Vorgehen der Vorstände der 3 großen sächsischen Kassenanstalten und hält nach wie vor die Durchführung der Münchener Beschlüsse bezüglich der Regelung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse der Kassenangestellten in allen Kassen, ganz besonders in allen größeren Kassen, nicht nur für möglich, sondern auch im Interesse der Angestellten für dringend notwendig und macht es den Vorstandsmitgliedern zur Pflicht, ungeachtet der Vorgänge auf der Jahresversammlung in Dresden für die weitere Einführung dieser Beschlüsse unermüdet zu wirken.

Als Delegierte für die paritätische Kommission wurden alsdann folgende Herren gewählt: Siebel-Düsseldorf, Braun-Königsberg, Kneis-Wurzen, Wendlandt-Magdeburg, Kohn-Berlin.

Eine „Produktionsgenossenschaft für Arbeiter-Fußbekleidung“ hat sich in Ronneburg gebildet. Sie ist entstanden als Widerstandsmittel gegen die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der dortigen Holzschuhfabrik. Ihre Mitglieder sind nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Sie fertigt Holzschuhe, Holzpantoffeln und grobe feste Arbeitsschuhe. Die Genossenschaft wendet sich an Konsumvereine und Händler mit Arbeiterlandwirtschaft mit der Bitte um Unterstützung. Adresse: Genossenschaft für Fabrikation von Arbeiterfußbekleidung, Ronneburg-Friedrichshöhe (Sachsen-Altenburg).

Kolonnenführer und Fahrstuhlunternehmer.

Wenn Streik der Bauarbeiter an Fahrstühlen kam es auch zu Arbeitsniederlegungen bei dem Unternehmer Rietsch. Aus der zehn Mann starken Kolonne des Vorarbeiters D. verließen eines mittags sieben Mann den Bau. Die übrigen drei arbeiteten noch einige Stunden, hörten dann aber auch auf. Der Kolonnenführer D. hielt sich bis zum Abend zur Verfügung und bestellte zwei neue Hilfskräfte, die zehn Minuten vor Feierabend kamen, zum nächsten Morgen, da es sich nicht mehr lohnte, die zehn Minuten zu arbeiten. D. wurde noch am selben Abend entlassen. Er beantragte durch Klage beim Gewerbegericht 32 M. verdienten Lohn und 60 M. Lohnentschädigung wegen unrediger Entlassung. Auf die 92 M. wollte er sich 40 M. Vorkauf anrechnen lassen, so daß noch 52 M. verblieben. — Herr Rietsch sagte indessen auch, und zwar verlangte er von D. eine Kontrollbescheinigung gemäß § 124b der Gewerbe-Ordnung. Er meinte, D. habe den Vertrag gebrochen, erfiend, weil er nicht mit den übrig gebliebenen Helfern bis Feierabend weitergearbeitet habe, und zweitens, weil er die ihm abends geschickten beiden Kräfte nicht noch zehn Minuten vor Feierabend mit der Arbeit habe beginnen lassen. Es sei alles eine abgeladene Sache gewesen, den Streik zu fördern. Drei Mann könnten ganz gut arbeiten, auch wenn es sich wie hier um die vierte Etage handle. D. bestritt das und sein Zeuge behauptete, daß man nach einem mehrstündigen Versuch nicht mehr habe weiter können, weil es zu schwer geworden sei. Auch der Maurerpolier sagte aus, die Arbeit in der vierten Etage hätten die paar Leute nur schlecht bewältigen können. — Nach längerer Verhandlung zog Herr Rietsch seinen Anspruch auf Buße wegen Kontrollbruch zurück und drohte D. eine Schadenersatzklage an, die er auf dieselben Gründe stützen will. Die Lust dazu wird ihm wohl nach dem Urteil in Sachen des bedrohten Kolonnenführers gegen Rietsch bergangen sein. Herr Rietsch wurde nämlich auf 25 M. Klage verurteilt, diesem die 52 M. zu zahlen. Die Kammer III ging von folgenden Erwägungen aus: Wenn auch D. als Kolonnenführer vertraglich verpflichtet gewesen wäre, die Arbeiter zu stellen, so könne doch seine Entlassung nicht deswegen erfolgen, wenn er mal keine Arbeiter hätte. Veranlasser der Arbeitsniederlegung sei ja auch nicht er gewesen, sondern seine Helfer. D. könne dafür nicht ohne weiteres haftbar gemacht werden. Eine beharrliche Verweigerung seiner vertraglichen Verpflichtungen läge auch nicht vor. Er hätte annehmen können, daß die Arbeit von dreien nicht lohne, zumal es sich um die vierte Etage handle. Im übrigen habe er sich bis zum Abend zur Verfügung gehalten. Da ein Entlassungsgrund nicht anzunehmen sei, so habe D. Anspruch auf seinen vollen Akkordverdienst und auf eine vierzehntägige Lohnentschädigung.

Gewerkschaftliches.

Die Zentral-Boikottkommission für Rheinland-Westfalen sendet uns folgende

Erklärung.

Das Organ der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften bringt in Nr. 29 vom 22. Juli 1905 einen Artikel mit der Überschrift: „Warum hat der Boykott in Rheinland und Westfalen so schmächtig geredet?“ In diesem Artikel wird eine Aeußerung des Stellmachers Schneider wiedergegeben, welche derselbe in einer Sitzung des Gewerkschaftsartikels in Düsseldorf gemacht hat.

Damals soll Genosse Schrader, Vorsitzender des Zentralverbandes der Zimmerer, in einem Schreiben an die Zentral-Boikottkommission die sofortige Aufhebung des Boykotts verlangt haben.

Wir erklären hiermit, daß uns von keiner Seite, auch nicht vom Genossen Schrader ein solches Schreiben zugegangen ist, in welchem eine Aufhebung des Boykotts verlangt würde. Die Mehrheit der Kommission trat lediglich aus dem Grunde für Verdringung des Kampfes ein, weil Aussicht nicht vorhanden war, mehr zu erreichen.

Alle diejenigen, welche hierin anderer Meinung sind, kennen die hiesigen Verhältnisse nicht und haben von wirtschaftlichen Kämpfen wenig Verständnis. Unbegreiflich ist es uns, wie man den Genossen Schrader mit dem Boykott in Verbindung bringen kann. Alle Behauptungen, welche darauf hinauslaufen, die Kommission habe sich von irgend einer Seite beeinflussen lassen, sind Unwahrheiten. Die Zentral-Boikottkommission.

J. A.: Fr. Klupsch, Dortmund.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Vergolder und Rahmensticker!

In Zürich (Schweiz) sind sämtliche Leisten-, sowie Rahmenvergolder nebst Rahmensticker in den Ausstand getreten zur Erinnerung des Reinstundentages. Zugang ist darum streng fern zu halten.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder Deutschlands.

Achtung, Arbeiter! Der Bau Kaiser Allee 178 (Unternehmer Thiemann) ist gesperrt, da sich der Unternehmer weigert, die tariflichen Preise einzuhalten.

Die Achtzehner-Kommission.

Von der Lohnbewegung der Möbelposamenten-Arbeiter. Einer stark besuchten Versammlung der Posamentierer, die am Montag im Gewerkschaftshaus tagte, erstattete J. Behms namens des Gesellenausschusses Bericht über die Stellungnahme der Innung zu den Forderungen der Möbelposamentierer. Behms bezeichnete die Zustände der Innung als so minimale, daß man eigentlich von vornherein verzichten müßte, daraufhin noch weiter zu verhandeln. Aber man wolle nicht so schroff vorgehen. Darum werde jedenfalls noch einmal mit der Innung eine Sitzung abgehalten werden, um zu versuchen gütlich etwas mehr herauszuschlagen. — Aus der Gegenüberstellung der Forderungen mit den, was die Innung gewähren will, ist besonders hervorzuheben: Die Innung gesteht eine neunstündige Arbeitszeit zu; 8 1/2 Stunden wurden gefordert. Gefordert ein Minimalstundenlohn von 60 Pf., zugestanden ein solcher von 50 Pf. Junggefelten sollten nach der Forderung im ersten halben Jahr 45 Pf., im zweiten halben Jahr 50 Pf. erhalten; zugestanden wurden für das erste halbe Jahr 40 Pf., für das zweite halbe Jahr 45 Pf. Bei Akkordarbeit wurde ein Zuschlag auf den verdienten Lohn von 20 Prozent gefordert, 5 Prozent will die Innung geben. Die In-

nung billigte für jede Ueberstunde einen Zuschlag von 15 Pf. und für jede Stunde Sonntagsarbeit einen Zuschlag von 30 Pf. Geordert wurde außer dem bewilligten Sonntagszuschlag für Ueberstunden je 20 Pf. Zuschlag bis zu zwei Stunden, darüber hinaus je 30 Pf. — Bewilligt wurde die Freigabe des 1. Mai unter der Bedingung, daß den Kollegen, die nicht feiern wollen, kein Hindernis in den Weg gelegt wird. Die Organisation wurde anerkannt. Dazu kommen noch einige kleine Zugeständnisse, die fast durchweg hinter den Forderungen zurückbleiben.

In geheimer Abstimmung beschloß die Versammlung gegen sieben Stimmen, das Angebot der Unternehmer abzulehnen. Dann verhandelte man über die Frage, was weiter zu tun sei. Behms machte einige Mitteilungen aus den Sitzungen mit der Innung und führte unter Aufmachung einer Rechnung aus, daß bei den Zugeständnissen der Innung eigentlich kein materieller Vorteil herauskäme. Nur 21 Kollegen würden einen solchen haben. Bei dem von der Innung angebotenen Minimalstundenlohn von 50 Pfennig käme auf die Woche zu 54 Arbeitsstunden, wie die Innung wolle, ein Minimallohn von 27 M. 75 Pf. Proz. der Kollegen verdienten aber bereits 27 M. und darüber. Behms schloß seine Ausführung mit einem Bericht über die letzte Vertrauensmänner-Versammlung, die die Forderungen nochmals durchgegangen ist und, mit der Absicht, noch einen Versuch zum friedlichen Ausgleich zu unternehmen, einige Abstriche vorschlägt. Wenn dieser letzte Versuch fehlschläge, dann gäbe es nur eine Konsequenz, den Streik, und zwar den Generalkstreik. — Die Verhandlung mit der Innung findet am Mittwoch statt.

Es entspann sich eine sehr lebhafteste Debatte, an der sich auch einige Juniors mit eifriger Beteiligung. Die Herren betonten, daß es im Willen der Mehrheit der Innung läge, durch Tarifvertrag zu ruhigen Verhältnissen in der Branche zu kommen. Sie halten aber die Forderungen der Arbeiter für zu weitgehend und meinen, eine sprunghafte Veränderung in den Lohn- und Arbeitsbedingungen könne die Branche nicht vertragen. Einer von ihnen, Herr Engel, glaubt nicht, daß die Forderungen geeignet seien, einen Vertrag darauf zu bauen. Er befürchtet, daß es nun wohl zum Kampfe, der besser vermieden wäre, kommen werde. — Alle anderen Redner schlossen sich im wesentlichen Behms Ausführungen an und hoben gleich diesem hervor, daß auch den Arbeitern daran läge, durch Abschluß eines Tarifvertrages ohne Kampf mit den Arbeitgebern auszuweichen zu können. Es läge im beiderseitigen Interesse. Sollte aber ein Tarifvertrag zu stande kommen, dann müßte er auch wirklich Verbesserungen durchführen, was, wie von Behms dargelegt, bei dem Angebot der Innung nicht der Fall wäre.

Schließlich wurde einstimmig beschlossen, daß der Gesellenausschuß in der Verhandlung mit der Innung die folgenden, von der letzten Vertrauensmänner-Versammlung neu festgestellten Forderungen zu vertreten hat:

1. Die Arbeitszeit beträgt vom September 1905 ab 52 1/2 Stunden die Woche bei 58 Pf. Stundenlohn, vom 2. September 1906 ab 51 Stunden die Woche bei 60 Pf. Stundenlohn. Die Arbeitszeit muß im Sommer und Winter um 1/2 Uhr, Sonnabends um 1/2 Uhr beendet sein. Schon gezahlte höhere Löhne bleiben bestehen.

2. Für Junggefelten beträgt der Lohn, wenn in derselben Werkstätte beschäftigt, im ersten Halbjahr 40 Pf., im zweiten Halbjahr 45 Pf. pro Stunde. Nach diesem Zeitraum ist der volle Lohn zu zahlen.

3. Bei Akkordarbeit beträgt der Zuschlag 15 Proz. auf den verdienten Lohn. Es darf für die geleisteten Arbeitsstunden der Verdienst nicht unter den Minimallohn der Lohnarbeiter heruntersinken. Die entstehende Differenz zahlt der Unternehmer. Bei Arbeiten, welche zum erstenmal auf der Werkstatte angefertigt werden, muß der Preis vorher vereinbart werden. Wartezeit, welche sich über eine Stunde ausdehnt, muß zu dem Minimallohn bezahlt werden, und es ist die erste Stunde hierbei mit zu bezahlen.

4. Arbeiten bis einschließlichsieben Meter sind in Lohn auszuführen.

5. Ueberstunden sind bei Lohn und Akkord bis zu 2 Stunden mit 15 Pfennig Zuschlag über 2 Stunden hinaus und Sonntagsarbeit mit 30 Pfennig Zuschlag pro Stunde zu bezahlen. Bei mehr als 2 Stunden ist 1/2 Stunde Pause zu gewähren, welche mitbezahlt werden muß.

6. Freigabe des 1. Mai.

7. Anerkennung der Organisation.

8. Befreiung der familiären Verhältnisse in Bezug auf Reinlichkeit.

9. Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entscheidet eine von beiden Seiten gewählte Kommission, bestehend aus 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern, unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden.

Mit einem begeisterten Hoch auf die Lohnbewegung trennte man sich. Am nächsten Montag findet wieder eine Versammlung im Gewerkschaftshaus statt.

Mit der Lohnbewegung der Berliner Posamentierer hat sich auch der Verbandstag deutscher Posamentiererrinnungen, der am 26. und 27. August in Leipzig tagte, beschäftigt. Der Innungsmeister Engel sagte u. a.: Die Gehältnisse seien sehr korrekt und überlegt vorgegangen, das müßte anerkannt werden; übrigens sei die Tendenz der hohen Löhne nicht zu befechten, das gebe in der Posamentenbranche ebenso wie in jedem anderen Luxusgewerbe, dagegen sei nicht viel zu machen, er sei sogar der Meinung, daß die hohen Löhne den kleinen Meistern, der seine Arbeitskraft mit einbringen könne, einen gewissen Schutz gegen die Großbetriebe gewähren; die Akkordarbeit schädige die Gesundheit des Stuhlarbeiters und durch die Minderwertigkeit ihrer Erzeugnisse das Renommee und das Geschäft des Meisters. Wenn die Gehältnisse in Berlin eine Vorkursivskala verlangen, so entgegnete er darauf, daß in Berlin geradezu eine Lehlingsnot herrsche. Der größere Teil der Delegierten zeigte sich mit diesen Ausführungen wenig einverstanden; man fürchtet, daß die Bewegung, wenn sie den Gehältnissen in Berlin glücke, auf die Provinz übergreifen werde; die Posamentierer könnten aber ihr Lohnkonto nicht mehr erhöhen, ohne selbst ihre Existenz zu gefährden. Es wurde daher beschlossen, falls es in Berlin zum Streik kommt, nirgendwo Berliner Gehältnisse einzuführen.

Ein Werkstattstreik in der Bau- und Maschinenbauindustrie von Pinnow-Brandenburg wurde gestern mit Erfolg für die Arbeiter beendet. Die dort beschäftigten 40 Schlosser, Dreher und Schmiede hatten eine Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden gefordert bei gleichzeitiger Lohnherabsetzung dergestalt, daß unter Festsetzung eines Mindestlohnes bei der neunstündigen Arbeitszeit derselbe Verdienst erzielt werden solle wie bei der bisherigen zehnstündigen. Zunächst lehnte die Firma jedes Zugeständnis ab. Nach fünfzehntägigem Streik aber wurde die Forderung bewilligt unter gleichzeitiger Abschluß eines Vertrages mit dem Metallarbeiter-Verband.

Die Speicherarbeiter derjenigen Getreidespeicher, wo nicht Akkord, sondern Lohnsystem herrscht, haben in ihrer letzten Versammlung den demnächstigen Eintritt in eine Lohnbewegung beschlossen. Es werden auf diesen Speichern noch sehr verschiedene Stundenlöhne gezahlt, die zwischen 35 und 45 Pf. schwanken. Da nun im Frühjahr die Akkordarbeiter durch ihre mit Nachdruck durchgeführte Lohnbewegung eine wesentliche Lohnherabsetzung erzielt haben und auch die Speicherbesitzer sich die Lagerung des Getreides besser bezahlen lassen, so halten die Lohnarbeiter eine entsprechende Erhöhung ihrer Stundenlöhne ebenfalls für gerechtfertigt. Beschlossen wurde deshalb, die noch einzeln gültigen Tarifverträge durch den Transporthändlerverband kündigen zu lassen. Sodann wurde eine Lohnkommission gewählt, die einen neuen Tarif auszuarbeiten hat mit der Forderung eines Einheitslohnes von 60 Pf. pro Stunde für alle in Betracht kommenden Speicher.

Deutsches Reich.

Achtung! Tapezierer. Bei der Firma A. B. Hüllen in Dortmund sind Differenzen ausgebrochen. Sämtliche Gehältnisse sind im Ausstand. Zugang ist streng fernzuhalten!

Achtung, Mühlenarbeiter! In der Walzmühle in Ludwigshafen a. Rh. haben am 21. August 143 Kollegen ihre Kündigung eingereicht, weil ihrem Verlangen, daß drei Berleumder und Schmarozer entlassen werden sollen, seitens der Direktion nicht entsprochen wird. Die Kollegen sind fest entschlossen, lieber in den Streik zu treten, als länger noch mit solchen „Kollegen“ zu arbeiten.

Die Direktion dürfte versuchen, von auswärts Müller und Mühlenarbeiter heranzuziehen, die im Arbeitgeberverband organisierten Firmen dürften einen Teil der eigenen Leute nach Ludwigshafen als Streikbrecher verborgen wollen.

Es wird deshalb ersucht, unter allen Umständen Zugang fernzuhalten.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Aus dem Gewerkschaftsartikell und Sekretariat in Breslau ist die dortige Zehnjährige des Metallarbeiter-Verbandes ausgetreten. Die eigentliche Ursache zu diesem Schritt ist in Grenzstreitigkeiten zwischen dem Metallarbeiter-Verbande und der Organisation der Fabrikarbeiter zu suchen, die schließlich die letztere Organisation veranlaßte, den Ausschluß der Fabrikarbeiter aus dem Kartell zu beantragen. Diesen Antrag lehnte das Kartell ab, weil, wie der Vorstand des Gewerkschaftsartikells erklärt, nach einem seinerzeit veröffentlichten Schreiben der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands es unzulässig sei, eine Gewerkschaft wegen Grenzstreitigkeiten aus dem Kartell auszuschließen.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Die Lohnbewegung der Bauarbeiter in Rheinland-Westfalen ist an einem Wendepunkte angelangt. Die Einigungs-Kommission für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten hat am Sonnabend ihre Arbeiten beendet und legt sie nunmehr den Versammlungen der Arbeitgeber und der Arbeiter vor. Der Arbeitgeberbund wird am Montag, Dienstag und Mittwoch Versammlungen seiner Ortsverbände und am Donnerstag in Dortmund seine Generalversammlung halten, welche über die Annahme beschließen wird. Zur selben Zeit werden auch die beteiligten Arbeiterorganisationen im ganzen Bezirke zu den Einigungs-Vorschlägen Stellung nehmen. Im Falle beiderseitiger Zustimmung soll am 31. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im Rathaus zu Essen die Unterzeichnung des Friedensprotokolls und des Vertrages stattfinden, so daß dann die Arbeit im ganzen Industriegebiete im vollen Umfange am Montag, den 4. September, aufgenommen werden kann. Der Vertrag soll bis 1. Mai 1908 Geltung haben. Als Arbeitszeit ist der neunstündentag vorgesehen, jedoch soll, um den Uebergang zu der kürzeren Arbeitszeit zu erleichtern, dort, wo der Elfstundentag besteht, vom 1. April 1906 ab 10 1/2 Stunden und vom 1. April 1907 ab 10 Stunden gearbeitet werden. Die Löhne sind für die einzelnen Kreise des ganzen Industriebezirks besonders, je nach der wirtschaftlichen Lage geregelt. Für die Maurer und Zimmerer ist vom 1. Oktober d. J. ab eine Stundenloohnerhöhung von 1 Pf. vorgesehen, vom 1. April 1906 ab tritt eine weitere Erhöhung um 1-2 Pf. ein, desgleichen vom 1. April 1907 ab. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 10 Pf. bewilligt, für Sonntagsarbeit von 50 Proz. Die Löhne der Bauhilfsarbeiter erfahren eine Abstufung nach den regulierten Sätzen der Maurerlöhne. Zur Regelung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird in jedem Lohngebiete ein Schiedsgericht eingesetzt (für Maurer und Hilfsarbeiter ein gemeinsames, für die Zimmerer ein besonderes), bestehend aus je vier Arbeitgebern und Arbeitnehmern, dessen Obmann einer der Arbeitgeber ist. Für das ganze Vertragsgebiet wird ein Einigungsamt gebildet, an dessen Spitze ein Unparteiischer steht und das besteht aus je fünf Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es bildet die Berufungsinstanz für das Schiedsgericht. Vausperrten und Arbeiterausperrungen dürfen bei eintretenden Streitigkeiten vor dem gefällten Schiedspruch nicht erfolgen. Falls sich eine der Parteien dem Schiedspruch obiger Kommission oder des Einigungsamtes nicht fügt, kann gegen sie die Sperre verhängt werden.

Ein Holzarbeiterstreik ist in Paris i. W. ausgebrochen. Die Unternehmer haben die von uns schon mitgeteilten Forderungen gütlich abgelehnt. Am Montag früh legten 1500 Holzarbeiter — das Personal der sieben bedeutendsten Fabriken, die dem Industriellenverband angehören — die Arbeit nieder. Im Laufe der Woche wird es sich entscheiden, ob auch die anderen Betriebe in Mitleidenschaft gezogen werden. In diesem Falle würden im ganzen circa 2500 Arbeiter in Betracht kommen.

Der Verbandstag der Krankenkassenbeamten hat mit 26 gegen 4 Stimmen seinen Anschluß an die Generalkommission beschlossen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Frieden.

Portsmouth (New Hampshire), 20. August. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Japan hat in fast allen Fragen, die noch zu erledigen waren, nachgegeben. Es abgelehnte Rußlands Schlußmittelung dahingehend, daß keine Kriegsentschädigung zu zahlen ist, und daß Sachalin zwischen Rußland und Japan zu teilen ist, und zwar ohne Zahlung einer Rückkaufsumme an Japan; auch in den Fragen der Auslieferung der in fremden Häfen internierten russischen Schiffe und der Beschränkung der russischen Seestreitkräfte in Ostasien hat Japan nachgegeben.

Portsmouth (New Hampshire), 20. August. (W. L. W.) Bitte erklärte in einer Unterredung, die er alsbald nach Zustandekommen der Einigung hatte, er sei über den großen, glücklichen Erfolg erstaunt gewesen, den er nicht zu hoffen gewagt habe. In der Vormittags-Sitzung der Konferenz habe er ein schriftliches Ultimatum Rußlands vorgelegt, das die Japaner zu seiner Ueberzeugung annahmen. Dieses Ergebnis sei ein großer Sieg für Rußland.

Bitte hob dann die Punkte hervor, in denen Rußland mit seinen Wünschen abgestimmt hat, und sagte, er habe auf Befehl des Kaisers Nikolaus nur den südlichen Teil von Sachalin abgetreten. Bezüglich des Besuchs, den der Finanzmann Vanderlip gestern dem Minister Bitte gemacht hat, deutete dieser die Möglichkeit an, daß Rußland eine Friedensanleihe abschließt, und gab der Ansicht Ausdruck, daß zur Regelung der Einzelfragen einige Zeit erforderlich sein werde.

Portsmouth (New Hampshire), 20. August. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Die Friedensdelegierten haben beim russischen bzw. beim japanischen Kaiser beantragt, daß sofort ein Waffenstillstand abgeschlossen werde.

Die Friedensnachricht ist hier mit großer Begeisterung aufgenommen worden.

Schnellzugleistung.

Korbenham, 20. August. (W. L. W.) Heute vormittag kurz vor 11 Uhr entgleiste auf der Strecke Blexen-Hude, zwischen den Stationen Rodenkirchen und Kleinenfeld, etwa 4 Kilometer von Kleinenfeld, der Schnellzug. Der Zug lief etwa 20 Meter weiter, ohne daß der Lokomotivführer ihn zum Stehen bringen konnte, und stürzte dann mit Tender und Pöschwagen vom Bahndamm herunter in einen Graben. Auch der nächste Wagen 1. und 2. Klasse kippte zur Seite und blieb über dem Graben liegen. Zwei weitere Personenzüge entgleisten ebenfalls, blieben aber auf dem Bahndamm stehen. Ein Schaffner sowie mehrere Reisende erlitten unerschwerliche Kontusionen. Nach 40 Minuten war ein von hier entsandter Sülzzug an der Unfallstelle.

Der politische Massenstreik.

In Vorkäufungen, die sich mit dem Buch der Genossin Roland-Holtz über den politischen Massenstreik beschäftigten, wurde der Verfasserin zum Vorwurf gemacht, daß sie ihre Aufgabe dadurch unnötig kompliziert und erschwert habe, daß sie, statt nur die Möglichkeit des politischen Massenstreiks zu beweisen, gewissermaßen dessen Notwendigkeit zu beweisen versucht habe. Wir halten diese Auffassung für ein vollständiges Verkennen nicht nur der Aufgabe der Genossin Roland-Holtz, sondern auch des ganzen Standpunktes, von dem aus die Frage des politischen Massenstreiks zu behandeln ist.

Es gäbe wirklich nichts Rühigeres, als eine Diskussion über den politischen Massenstreik, wenn es sich dabei nur um das handelte, was manche Genossen darin sehen: um ein proletarisches Kampfmittel, von dem kein Mensch wissen kann, ob es jemals zur Verwendung gelangen wird, dessen Anwendung ganz vom Zufall abhängt, das aber, wenn es wirklich einmal angewendet werden sollte, gleich gut oder gleich schlecht funktionieren wird, einerlei, ob das Proletariat für diesen Kampf vorbereitet ist oder nicht. Kräfte diese Auffassung zu entzogen sich der politische Massenstreik jeder Berechnung und Vorbereitung, so wäre es in der Tat schade um jede Minute, die mit seiner Erörterung nutzlos vertrieben würde.

Aber so liegt die Sache eben nicht. Das ganze Buch der Genossin Roland-Holtz ist dem Nachweis gewidmet, daß der politische Massenstreik kein von spiritisierenden Theoretikern ausgehecktes Phantom ist, sondern das Ergebnis des proletarischen Klassenkampfes selbst. Genossin Roland-Holtz betont im Gegensatz zu den „Zukunftsoptimisten“, die da wägen, die wirtschaftliche Entwicklung werde schließlich schon die bürgerlichen Klassen zwingen, die sozialistische Gesellschaftsordnung einzuführen, daß dem Proletariat der Sieg unmöglich ohne Kampf zu fallen könne. Und indem sie dann sorgfältig die proletarischen Kampfmittel prüft, gelangt sie zu dem Resultat, daß der politische Massenstreik in den unvermeidlichen Kämpfen eine wichtige Rolle spielen werde. Die Auffassung der Genossin ergibt sich also mit zwingender logischer Notwendigkeit aus ihrer theoretischen Grundanschauung vom Wesen des proletarischen Klassenkampfes. Will man ihre Folgerung — die Notwendigkeit des politischen Massenstreiks — ablehnen, so muß man zuvor die Unrichtigkeit ihrer Voraussetzungen nachweisen, nachweisen also, daß die Bourgeoisie freiwillig abdankt und mit fatalistischer Gelassenheit zusehen wird, wie das Proletariat Stückweise ihre politischen Privilegien ihren milden Händen entzinkt.

Wer aus dem Standpunkte der ökonomischen Ausdöhlungslehre sieht, wie manche Gewerkschaftler und Genossenschaftler, wer wie Naudés glaubt, durch die gefühlige Erörterung der parlamentarischen Macht den Sozialismus zum Siege führen zu können, der hat allerdings ein Recht, die Erörterung des politischen Massenstreiks eine ganz überflüssige Debatte zu nennen. Ja, er hat sogar das Recht, sich solche Diskussionen als sinnlos und die Parteientwicklung schädigend energisch zu verbitten. Das tat z. B. Genosse Kolb, der konsequent und ehrlich genug ist zu erklären, daß die Frage des Massenstreiks eben nichts anderes sei als die Frage der theoretischen Grundanschauung vom Wesen des Klassenkampfes. Er sagt: „Wir verlassen uns auf die organische Entwicklung der Dinge. ... Unsere bewährte Taktik ist die in die Theorie übertragene Evolution. Aus dieser Tatsache gilt es, ohne Furcht die Konsequenzen zu ziehen, damit der Widerspruch beseitigt wird, der heute zwischen unserer Taktik und der Katastrophentheorie besteht. ... Das ist es, worum sich der ganze Streit dreht. Mit der Lösung dieser Frage ist auch die des Generalstreiks entschieden.“ Es gibt nichts Oberflächlicheres, als zu sagen: Wir sind durchaus keine „Evolutionisten“ und Revisionisten, aber der politische Massenstreik ist uns trotzdem völlig schamlos. Daß das Proletariat sich seiner bedienen wird, ist schon möglich, aber bedauerlich kann's doch auch keiner. Kommt er aber, so kommt er eben und wird schon so geführt werden, wie es die Umstände bedingen. Vorbereiten läßt sich der Generalstreik jedoch nicht — also warum darüber so viel Worte machen. Die ganze Diskussion ist nur aufgetaucht, weil wieder einmal ein paar von den allezeit streitlustigen Theoretikern die Frage aufgeworfen haben.

Sehen wir uns doch einmal diese Einwürfe, die wir so oft aus dem Munde von Genossen gehört haben, von denen wir ein verständigeres Urteil erwartet hätten, ein wenig näher an. Da bekommen zunächst die distanzierenden Theoretiker ihr Teil. Sie haben wieder einmal aus langer Weile eine Frage aktuell gemacht. Und obendrein haben sie ihre ganze bisherige Auffassung verleugnet, da doch bisher stets un widersprochen der Generalstreik als Generalanfang galt. Nun, zunächst war unter dem Generalstreik, den man für Generalanfang erklärte, der anarchoistische Generalstreik gemeint, der, wie wir gleich zeigen werden, ganz etwas anderes ist, als der politische Massenstreik, von dem in unseren Debatten die Rede ist. Zweitens ist es total unrichtig, daß die betreffenden Theoretiker ganz unphilosophisch die Entdeckung gemacht hätten, daß der politische Massenstreik in den proletarischen Befreiungskämpfen eine wesentliche Rolle zu spielen geeignet sei. Der eifrigste Gewährworter der Ansichten der Genossin Roland-Holtz, Genosse Kautsky, war dieser Auffassung schon sehr viel früher. So lesen wir in seiner Vorkäufung „Die soziale Revolution“, die 1902 erschien:

„Das dem Proletariat eigentümliche Prestions- und Kampfmittel ist die organisierte Arbeitsverweigerung, der Streik. Je mehr die kapitalistische Produktionsweise sich entwickelt und das Kapital sich konzentriert, desto riesenhafter Dimensionen nehmen die Streiks an. Und je mehr die kapitalistische Produktionsweise die Kleinbürgerliche verdrängt, desto mehr wird die gesamte Gesellschaft abhängig vom ungestörten Fortgang der kapitalistischen Produktion, desto mehr wird jede ersichtliche Störung der letzteren, wie sie ein Streik großer Massen mit sich bringt, eine nationale Katastrophe, ein politisches Ereignis. Auf einer gewissen Höhe der ökonomischen Entwicklung liegt dann der Gedanke nahe, den Streik als politisches Kampfmittel zu benutzen. Es ist als solches bereits in Frankreich und Belgien in die Erscheinung getreten und hin und wieder mit Erfolg angewandt worden. Keines Erachtens wird er in den revolutionären Kämpfen der Zukunft eine große Rolle spielen. In meinen Artikeln über das neue Parteiprogramm von 1891 („Neue Zeit“, 1890/91 Nr. 50, S. 757) wies ich schon auf die Möglichkeit hin, daß unter Umständen, wenn eine große Entscheidung bevorsteht, wenn gewaltige Ereignisse die Arbeitermassen aufs Heftigste aufgewühlt haben, ausgedehnte Arbeitsverweigerungen große politische Wirkungen hervorgerufen können.“

Damit möchte ich natürlich nicht der Idee des Generalstreiks im Sinne der Anarchisten und der französischen Gewerkschaften das Wort reden. Dieser soll die politische und namentlich die parlamentarische Tätigkeit des Proletariats ersetzen und er soll das Mittel werden, die bestehende Gesellschaftsordnung mit einem Ruck über den Haufen zu werfen. Das ist unsinnig.“

Man sieht also, wie töricht der Vorwurf ist, unsere Theoretiker tämten auf einmal ein ganz neues Rezept aus. Ein etwas eifrigeres Studium der Schriften unserer Theoretiker würde aber sowohl dies wie manches andere Mißverständnis von vornherein ausschließen, was für Diskussionen ungemein ersprießlich wäre!

Es war also nicht Sensations- oder theoretische Neugier, was Kautsky und andere die Frage des politischen Massenstreiks erörtern ließ, sondern eine alte, längst begabte, aus der theoretischen Grundanschauung herausgewachsene Überzeugung. Daß die Erörterung aber solche Dimensionen annahm, daß sie auf die Tagesordnung des Jenaer Parteitages gesetzt wurde, das hatte gleichfalls seine sehr natürlichen Ursachen. Man vergesse doch nicht, daß der politische

Massenstreik seit 1902 in Italien und Rußland in gewaltigem Umfang angewendet worden ist, daß also schon hierin Veranlassung genug zur Prüfung dieses Kampfmittels vorlag. Ferner: soll ein Gegenstand, dessen Diskussion auf internationalen Kongressen unvermeidlich ist, nicht auch der gründlichen nationalen Diskussion bedürfen? Die Behandlung der Frage durch den Gewerkschaftskongress in Köln war aber eine so wenig gründliche, daß sie eher zur Trübung als zur Klärung des Problems beigetragen hat. Und schließlich: Sollte denn wirklich nicht das Vorgehen der Reaktion, das dem Proletariat fortgesetzt seine politischen Rechte schmälert — Hamburg, Lübeck! — und ihm dadurch mehr und mehr die Mittel raubt, dem parlamentarischen Einflusse eine Demokratisierung und Sozialisierung des Staates herbeizuführen, die Arbeiterklasse veranlassen, über den voraussetzlichen Verlauf der künftigen Entwicklung und die demgemäß einzuschlagende Taktik so gründlich als möglich nachzudenken?

Man hat gefagt, die Diskussion über den politischen Massenstreik werde die Aufmerksamkeit der Arbeiter von der Organisations- und täglichen Kleinarbeit abziehen und sie mit der Hoffnung auf ein trügerisches Allheilmittel erfüllen. Das Buch der Genossin Roland-Holtz gibt zu solchen Befürchtungen wirklich nicht den geringsten Anlaß. Die Verfasserin erhebt ja gerade gegen die anarchoistische Generalstreikidee den Vorwurf, die organisierten Bedingungen der proletarischen Revolution zu verkennen. „Die Generalstreikidee ist aber deshalb am verderblichsten für die gewerkschaftliche Praxis, weil sie auf das Einzelziehen der Massen zur Organisation und auf die tägliche Kleinarbeit keinen Wert legen kann.“ Der politische Massenstreik im sozialistischen Sinne aber setze gerade die denkbar beste gewerkschaftliche Organisation und Disziplinierung voraus! Ebenso wenig ließe er im Widerspruch mit dem Parlamentarismus. „Der Parlamentarismus bleibt ein äußerst geeignetes, vielleicht unentbehrliches Mittel, die Massen über den kulturwidrigen Charakter des modernen Staates aufzuklären, sie aus dumpfer Teilnahmslosigkeit zu erwecken und dem proletarischen Emanzipationskampfe zuzuführen, den bürgerlichen Parteien Reformen abzurufen, sie vorwärts zu treiben und die Differenzen auszugleichen.“ Ueberhaupt bilde ja der politische Massenstreik keinen Gegensatz sondern eine Ergänzung der bisherigen Mittel und Methoden der Sozialdemokratie. Wie eine Erörterung solcher Anschauungen Verwirrung und Organisationsföderung hervorruft, sollte, ist uns völlig unbegreiflich!

Man hat weiter gemeint: Welcher Unfug, über einen politischen Massenstreik zu diskutieren, den man einstweilen doch gar nicht zu injizieren wagt. Ja, wenn man noch in Hamburg und Lübeck den Generalstreik proklamiert hätte! Genossen, die solche Einwendungen machen, beweisen damit nur, daß sie die Auffassung von Kautsky und Roland-Holtz gar nicht verstanden haben. Sie werfen eben wieder einmal, wie bei der Verweigerung von anarchoistischem „Generalstreik“ und „politischem Massenstreik“ alle Begriffe lunterbunt durcheinander. Kautsky und Roland-Holtz verstehen eben unter dem politischen Massenstreik etwas ganz anderes als etwa die Genossen v. Elm, Bernstein und Kappstein. Genosse v. Elm erklärte ja in Köln, daß er einen Massenstreik zur Abwehr des Hamburger Wahrechtsraubes für gar nicht so unfähig halte, und Genosse Kappstein hatte ja geradezu den Massenstreik gegen die Lübecker Wahlrechtsräuber in Vorschlag gebracht. Auch Bernstein tritt für solch demonstrative Massenstreiks verbunden mit Straßendemonstrationen ein. Die Genossen erwarten also von einem lokalen Demonstrationsstreik Wunderdinge. Sie unterschätzen ebenso sehr die Widerstandskraft der Bourgeoisie, wie sie ihren guten Willen überschätzen. Wenn solche Demonstrationsstreiks in Desterreich, Schweden, Holland u. schon gute Dienste geleistet haben, so braucht das darum nicht auch in Deutschland der Fall zu sein. In Deutschland ist eine so klare und scharfe Ausprägung des Klassenkampfes eingetreten, daß Demonstrationen kaum irgend welchen Eindruck machen würden. Man kennt die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie viel zu gut, als daß man nicht gleichfalls den Kampf gegen sie aufnehmen würde. Für Deutschland läme deshalb nur die Form des politischen Massenstreiks in Betracht, die der Kapitalistenklasse an die Nieren geht, die den ganzen Staat zu desorganisieren droht. Ein Streik von so gewaltigen Dimensionen und solcher Energie läßt sich aber nicht einfach proklamieren, er muß aus der Stimmung der Massen mit elementarer Kraft hervordringen. Genossin Roland-Holtz sagt darüber:

„Es ist bei der Diskussion über den Generalstreik oft davon die Rede, ob der politische Massenstreik in diesem oder jenem Falle, z. B. zur Errettung oder Sicherung des Wahlrechts anzuwenden sei. Wer dies im Voraus bestimmen will, beweist nur, daß er von den psychologischen Bedingungen, die sich zu den wirtschaftlichen und organisatorischen Voraussetzungen der siegreichen Volkserhebung gesellen müßten, keine Ahnung hat. Der politische Massenstreik läßt sich ebenso wenig beschließen oder verbieten, wie irgend ein großer Streik, eine Massenbewegung, eine Volkserhebung, eine Revolution.“

So tief muß die Empörung, so überwälzigend die Sehnsucht der Massen sein, daß es ihnen zu einer Gewißheit wird, in den alten Verhältnissen nicht weiter leben zu können, so erstrebenswert muß ihnen das Kampfesziel sein, daß ein jeder seine ökonomische Existenz, ja sein Leben mit Freude dafür einsetzt. Der politische Massenstreik kann also nur das Ergebnis einer heftigen moralischen Krise im Proletariat sein, eines Ausbruches lang angehaltener revolutionärer Erregung.“

Man sieht, von wie verschiedenen Gesichtspunkten die Genossen Bernstein, Elm u. einerseits und Kautsky, Roland-Holtz andererseits ausgehen. Die ersteren halten die deutsche Bourgeoisie für schwach und nachgiebig genug, sie schon jetzt durch förmlich proklamierte Demonstrationen zu Jugendsünden zwingen zu können, während die letzteren mit der witteren Versärfung der Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat rechnen und der Ansicht sind, daß der politische Massenstreik erst in den entscheidenden Kämpfen eine — dann allerdings um so wichtigere — Rolle spielen wird! Die Ursache auch dieser Meinungsverschiedenheiten besteht also wiederum in der verschiedenartigen Grundanschauung vom Wesen des Klassenkampfes!

Kann man aber erst recht wägen: Wenn der politische Massenstreik sich nicht willkürlich injizieren läßt, wenn er den elementaren Ausbruch der Volksempörung darstellt, so stehen wir ihm auch nachfolgend wie einem Naturereignis gegenüber und brauchen ihn also erst recht nicht diskutieren. Nichts falscher als das! Schon um Auffassungen wie die von Bernstein, v. Elm, Kappstein mit Argumenten entgegenzutreten zu können, ist es nötig, alle Formen des politischen Streiks und alle Voraussetzungen für diese Formen kennen zu lernen, kurz das Problem eingehend zu studieren. Dies Studium führt aber geradezu zurück zu den theoretischen Grundfragen der Partei als den Wurzeln des jeweiligen Standpunktes. Man lerne doch endlich begreifen, daß dergleichen sogenannte „taktische“ Fragen nie und nimmer für sich, sondern stets nur im Zusammenhang mit der Theorie der Partei zu lösen sind.

Eine allgemeine Bemerkung erscheint mir hier sehr am Platze. Die Genossen, die da immer in Abrede stellen, daß dem Massenstreik in der Partei erste und wichtige sachliche Meinungsverschiedenheiten zu Grunde liegen, berufen sich zum Beweise dafür, daß alles nur persönlicher „Kraakel“ sei, gern auf die verschiedenen Wertungen von Kautsky, Elm, Bernstein, v. Elm, Kappstein und Bolmar, die die Vizepräsidentenschaft ausgeprochen hatten, habe man gleich losgeschlagen, während man Parvus sein Eintreten dafür kaum verübeln habe. Die Neutralität der Gewerkschaften erkläre man für revisionistisch, und doch sei auch Bebel dafür eingetreten. Und beweise nicht auch Bernsteins Eintreten für den politischen Massenstreik, daß es lächerlich sei, von Revisionismus und Revisionismus zu sprechen?

Daß Bernsteins Eintreten für den politischen Massenstreik mit seinen sonstigen Anschauungen durchaus im Einklange steht und ganz

und gar keine „radikale“ Entgleisung ist, haben wir ja bereits hinlänglich dargetan. Wie steht es nun mit den anderen Fällen? Ist es wirklich ein Beweis für den persönlichen Charakter der Polemik, wenn man Parvus und Bebel in solchen Fällen bei Seite läßt und sich gegen Bernstein und Bolmar wendet? Ganz und gar nicht! Bei den Bebel und Parvus handelt es sich eben um „Entgleisungen“, um Tragfälligkeiten aus ganz richtigen Voraussetzungen, die bei der politischen Gesamtrichtung dieser Genossen keinerlei Bedenken einzuschließen brauchen. Solch gelegentlichen Irrungen verfällt eben jeder, aber er verfehlt darum den richtigen Weg nicht. Etwas ganz anderes ist es, wenn solch verfehlte Stellungnahmen keine „Entgleisungen“ sind, sondern sich ganz logisch aus den politischen Grundanschauungen ableiten lassen. Dann hat man es nicht mit Zufälligkeiten, sondern mit Symptomen zu tun, deren Ursachen nachzuforschen allerdings Pflicht der Parteigenossen ist. Und wer dann etwa von Bestimmungsmäßigkeit spricht, der verkennt vollständig das Wesen einer aktionskräftigen Partei, die eben nicht jeden nach seiner Faßon selig werden lassen kann.

Der politische Massenstreik läßt sich allerdings nicht organisieren und injizieren wie ein beliebiger wirtschaftlicher Streik, aber er läßt sich dennoch vorbereiten. Vorbereiten durch den Ausbau der Organisation, vorbereiten aber namentlich auch durch den Geist, der dem Proletariat eingeflößt wird. Die Genossin Roland-Holtz sagt von diesen beiden Mitteln:

„Eins ist die Organisation des Proletariats; ein anderes das Bewußtsein, der Geist, der dieses befeelt und auch die unorganisierte Masse beeinflusst. Auch auf diesen Geist stellt der politische Massenstreik die höchsten Ansprüche. Das Proletariat muß von klarem Klassenbewußtsein erfüllt, das heißt sozialdemokratisch erzogen sein. Es muß sich in seinen Anschauungen und Gewohnheiten immer die Möglichkeit eines plötzlichen Umschlages vor Augen halten, den entscheidende Kämpfe heraufbeschworen, und entschlossen sein, in einem solchen Falle seine äußersten Kräfte gegen die Machtmittel des Staates einzusetzen.“

Die Organisations- und Uebungsarbeit des alltäglichen, politisch-parlamentarischen Kampfes ist aber nur eine unter den Aufgaben der Sozialdemokratie, so wie die Praxis der täglichen gewerkschaftlichen Arbeit zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht alle Aufgaben der Gewerkschaften erschöpft. Die Aufklärung und Aufrüttelung der Massen zum revolutionären Bewußtsein, zur Einsicht, daß nur sie selbst wichtige politische und soziale Umwandlungen durchzuführen können, die Verbreitung der sozialistischen Grundgedanken und Ideale in den Massen, diese zweite Hauptaufgabe der Sozialdemokratie bildet zugleich die andere Seite der Vorbereitung des politischen revolutionären Massenstreiks, das heißt: die Vorbereitung der Arbeiterklasse für große geschichtliche Momente, für folgenschwere Wendungen.“

Man sage nun ja nicht, das seien ja „alle Kamellen“, überflüssige Agitationsphrasen, denn alles das, was die Genossin Roland-Holtz hier verlangt, geschähe ja schon hinlänglich durch die übliche Propaganda der Partei. Was die Partei bisher an Disziplinierung und Aufklärung geleistet hat, in allen Ehren; aber ausreichend erscheint uns das noch lange nicht. Die theoretische Durchbildung der Massen, ja sogar mancher organisatorisch tätiger Kreise der Partei läßt noch sehr viel zu wünschen übrig. Das ist aber die größte Gefahr für die Partei, deren Marschrichtung doch nicht von ein paar theoretischen Autoritäten, sondern von der Masse der tätigen Parteimitglieder bestimmt wird. Die richtige Route ist aber ohne den Kompaß der Theorie nicht zu finden. Je größer die Kluft wird zwischen Theoretikern und Praktikern, desto verhängnisvoller für die Partei. Jeder Praktiker sollte den Ehrgeiz haben, auch ein Stück Theoretiker zu werden.

Wie schmerzlich es selbst in der Reichshauptstadt vielen Genossen an dem elementarsten theoretischen Verständnis gebricht, das hat ja so deutlich die Versammlung der Dreitausend bewiesen, die sich aufgerollt saßen, in den verworrenen Ausführungen Freldebergs Richtiges und Unrichtiges zu trennen. Sicher hatten ja manche der Anwesenden das Gefühl, daß es mit den Ausführungen des Referenten vielfach nicht seine Richtigkeit haben könne, aber zu festen Begriffen, zu klaren Einwendungen vermochte sich dies inständige Mißtrauen nicht zu verdrängen. Dieser trübselige Zustand ist aber kein unabänderliches Nuis, es läßt sich wirklich mehr theoretische, prinzipielle Klarheit in die Köpfe auch der großen Masse bringen, wenn nur erst in engeren Kreisen die verhängnisvolle Gleichgültigkeit gegen die Theorie überwunden ist. In dieser Gleichgültigkeit mag ja in der Tat die oft unparteiisch gereichte Form der Polemik ihr Teil beigetragen haben. Nun sollte man jetzt nicht in den noch viel größeren umgekehrten Fehler verfallen, gleich jede theoretische Diskussion, deren Nutzen und Bedeutung man nicht sofort einsieht, für eine persönliche Wichtigkeit empfindung Zungendrescherlei der zur „praktischen“ Arbeit zu bequemem „Herren Theoretiker“ zu halten. Wer das Buch der Genossin Roland-Holtz aufmerksam gelesen hat, wird unbedingt zugeben müssen, daß es sich bei dem politischen Massenstreik um eine Frage handelt, die für die Zukunft des Proletariats von außerordentlicher Bedeutung und für die Gegenwart deshalb höchst „aktuell“ ist, weil es schon heute gilt, die Vorbereitungen für das zukünftige Handeln der Partei zu schaffen. Aber selbst wenn sich Kautsky und Genossin Roland-Holtz in der Beurteilung des Massenstreiks irren, so sollte der Partei eine tiefergehende theoretische Erörterung schon deshalb sehr willkommen sein, weil sie den Massen Gelegenheit gibt, ihre sozialistischen Vorstellungen zu klären, etwas was ihnen not tut wie das tägliche Brot.

Aus der Partei.

„Zur „Vorwärts“-Frage“

lautet der zweite Artikel der „Leipziger Volkszeitung“:

Der „Vorwärts“ behauptet, K. E. habe mit seinen Ausfällen gegen uns nur „auf einen an den Haaren herbeigezogenen Angriff“ geantwortet. Sehen wir zu!

Bolmar wurde wegen seiner Depesche an die „Tägliche Rundschau“ vom „Vorwärts“ verurteilt. Dagegen legten wir in unserem Leitartikel über „guten Ton“ dar, daß mit der Beurteilung Bolmars sehr wenig erreicht sei, wenn nicht mit der üblen Sitte, die in seiner Depesche gipfelt, gründlich aufgeräumt werde. Wir führten als Beispiel an, daß der „Vorwärts“, wenn auch nicht in so kraffer Form, wie Bolmar, eben erst denselben Fehler begangen habe. Diese Bemerkung war gerade so „an den Haaren herbeigezogen“, wie die Kritik des „Vorwärts“ an Bolmar.

Den Fall selbst kennen unsere Leser, aber sie müssen uns gestatten, ihn noch einmal kurz zu rekapitulieren. Ende Mai d. J. veröffentlichten die Berliner Genossen einen Aufruf im „Vorwärts“, worin sie die Absicht kund gaben, eine Klage der Reichsregierung gegen die Berliner Arbeiterbewegung zu erheben und eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung herauszugeben, wozu sie um Einfindung von Material baten. Der Aufruf, der nicht den geringsten Angriff auf gegnerische Parteien enthielt, veranlaßte Herrn Eugen Richter in einem langen Leitartikel, die böhnische Aufforderung an die Berliner Genossen zu richten, in dem von ihnen geplanten Geschichtswerke doch ja auch zu erzählen, daß Bismarck und sein Neptilienfonds die Taupaten der Berliner Arbeiterbewegung gewesen seien. Hierzu schwieg der „Vorwärts“, während wir in einer kurzen Notiz einige besonders lächerliche Lügen Richters zusammenstellten und ihn daraufhin einen „Strolch noch im Sterben“ nannten. Dazu schwieg der „Vorwärts“ abermals. Erst zehn oder zwölf Tage später, als die „Königliche Zeitung“ die Parteipresse aufforderte, unseren auf Richter angewandten Ausdruck zu verleugnen, druckte der „Vorwärts“ — das einzige von allen Parteiblättern — diese Aufforderung nach und

Entscheidung über unsern Ausdruck missbilligte, ohne seinen Lesern auch nur eine Silbe über den Tatbestand mitzuteilen, der uns veranlaßt hatte, Herrn Richter so zu nennen, wie wir ihn genannt haben.

Wir haben uns nun nicht über die Missbilligung des „Vorwärts“ an sich beärgert, denn hätte er sie aus eigener Kraft produziert, so wäre er in seinem Rechte gewesen, das wir ihm nicht beistimmen können und wollen. Wir haben uns nur darüber beärgert, daß der „Vorwärts“ auf Verlangen eines gegnerischen Blattes seine Missbilligung aussprach, wobei es vollständig gleichgültig ist, ob sie an sich berechtigt war oder nicht. Dieses Verfahren des „Vorwärts“ stellen wir auf eine Linie mit Volkmars Depeche an die „Tägliche Rundschau“, wobei wir jedoch nicht verfehlen, zu bemerken, daß Volkmars Fall noch schlimmer liege. Hören wir nun, was K. E. zu unserer Beschwerde zu sagen hat:

Es geht wirklich nicht an und es ist uns unangenehm, daß die „Leipziger Volkszeitung“ diese Entgegnung nicht einfach zugibt, sondern sie noch zu einem Ruhmesstück umzubilden sucht, den Führer der Freisinnigen Volkspartei, ein so unangenehmer und gefährlicher Gegner er ist, in dem Augenblick, wo er schwer erkrankt daniederliegt, einen „Stroh“ noch im Sterben zu nennen. Wir haben uns seinerzeit begnügt damit, einfach festzustellen, daß wir derlei Wendungen nicht billigen, die kein „schlechter Ton“ sind, sondern einen bedauerlichen Empfindungsmangel verraten, anstatt etwa nun aus diesem Anlaß eine grobe Polemik gegen unser Parteiblatt zu führen. Die Ungehörigkeit dieser Phrase wurde dadurch verstärkt, daß sich das Organ Eugen Richters in der Beurteilung des parteigenössischen Arbeiterführers v. Schweiger im wesentlichen auf ein forellt angelegtes Zitat aus einer Rede Bebels berufen hat, ohne daß die „Leipziger Volkszeitung“, als sie diese Wendung über den erkrankten Eugen Richter gebrauchte, es für nötig befunden hätte, diesen Sachverhalt mitzuteilen. Es ist zwar eine gewisse, aber keine genügende Entschuldigung, daß das Organ Eugen Richters die heute noch aufrecht erhaltenen Behauptungen Bebels über Herrn v. Schweiger in bössartiger Weise verallgemeinert hat. Wenn uns die „Leipziger Volkszeitung“ jetzt zum Vorwurf macht, daß wir uns mit der einfachen Missbilligung ihres Ausdruckes begnügt haben, war das eben die gelindeste Form; denn sonst hätten wir nicht unterlassen dürfen, auch darauf hinzuweisen, daß in dem Angriff der „Leipziger Volkszeitung“ zu einem gewissen Teil auch Parteigenossen mitbetroffen worden sind.

Diese Sache sind eine wissenschaftliche Entstellung des Sachverhaltes. Wir hatten dem „Vorwärts“ nicht zum Vorwurf gemacht, sich mit einer einfachen Missbilligung begnügt zu haben; unsere Beschwerde war, daß er auf das Verlangen eines gegnerischen Blattes seine Missbilligung ausgesprochen hat. Diesen Punkt, um den sich der ganze Streit dreht, verschweigt K. E. absichtlich. Dagegen sagt er, wir hätten es nicht für nötig befunden, Richters Verurteilung auf eine Neuerung Bebels mitzuteilen, und er will die „gelindeste Form“ der Missbilligung gewählt haben, weil er sonst nicht hätte unterlassen dürfen, darauf hinzuweisen, daß in unserem Angriff zu einem gewissen Teile auch Parteigenossen mitbetroffen worden seien. Alles das ist entweder entsetzt oder erfunden, um die Leser des „Vorwärts“ über den wahren Zusammenhang der Dinge zu täuschen.

Bekanntlich hat Genosse Bebel vor etwa dreißig Jahren den ehemaligen Parteigenossen Schweiger einen „politischen Lumpen“ und einen „Regierungsagenten“ genannt. Diese Neuerung Bebels hat Herr Eugen Richter seitdem unzählige Male abgedruckt, und so auch in dem Artikel, wie er schamlos genug war, eine pietätvolle Absicht der Berliner Genossen zu verhöhnen. Hätten wir behauptet, daß jeder Satz des Richterischen Artikels eine Verleumdung sei, dann allerdings wären wir verpflichtet gewesen, sein Zitat aus einer Rede Bebels zu erwähnen. Aber davon waren wir so weit entfernt, daß wir selbst in unserer kurzen Notiz nicht weniger als drei falsche Behauptungen Richters berichteten, von denen wir zugaben, daß sie unseres Erachtens keine verleumderischen Absicht zuzuschreiben seien. Also welchen Anlaß hatten wir, uns dabei aufzuhalten, daß Herr Eugen Richter vielleicht zum halbtaufendsten Male die Neuerung Bebels über Schweiger abdruckte?

Dazu kam eine Rücksicht jener Loyalität gegen Parteigenossen, die uns K. E. so eindringlich empfiehlt. Der politische Leiter unseres Blattes hat Bebels Urteil über Schweiger schon zu einer Zeit, wo K. E. noch gar nicht der Partei angehörte, als unrichtig bekämpft, und Bebel hat darauf erklärt, er werde seine Ansicht in seinen Denkwürdigkeiten begründen, an denen er in der Zeit arbeitete, die ihm seine Parteitätigkeit übrig ließe. Sollen wir bis dahin nun jedesmal, wenn Eugen Richter jene Neuerung Bebels zitiert — und das geschieht mindestens alle vier Wochen einmal — gegen Bebel polemisieren? Das hieße ja in jenen „unfruchtbaren Steinfeld“ und jene „de Kauferei“ verfallen, vor denen uns K. E. so ernst warnt. Aus diesen Gründen haben wir die Verurteilung Richters auf Bebel nicht erwähnt und nur solche Behauptungen Richters angegeben, die auch dann nichtswürdige Verleumdungen bleiben, wenn Bebels Urteil über Schweiger vollkommen zutreffen sollte. Mag Schweiger ein „politischer Lump“ gewesen sein, so hat Eugen Richter deshalb kein Recht, in die von Schweiger verfaßten Bismarck-artikel einen Inhalt hineinzulügen, von dem auch nicht eine Silbe darin steht, nur um auf diesen erlogenen Inhalt hin die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung einer schmutzigen Korruption zu bezichtigen, und mag Schweiger ein „Regierungsagent“ gewesen sein, so hat Eugen Richter kein Recht zu behaupten, die erste sozialdemokratische Zeitung in Deutschland sei aus dem Replikensfonds unterhalten worden, wodurch alte Freunde und Kampfgenossen Bebels, wie Tölke, Hofenleber und Braue, noch im Grabe als bestechliche Schutze bekämpft wurden.

Verlangt denn K. E., daß die erste Organisation der deutschen Sozialdemokratie für jeden kapitalistischen Lügner vogelfrei sein solle, weil Bebel eines ihrer hervorragenden Mitglieder, und wäre es auch mit Recht, für einen falschen Bruder hält? Wenden wir uns die Sache an einem Beispiel klar, unter der Voraussetzung, daß Bebels Urteil über Schweiger richtig sei, an einem ideell vollkommen zutreffenden, wenn auch eben deshalb praktisch unmöglichen Beispiele. Gesetzt, der Redakteur X vom „Vorwärts“ wäre durch ein Parteischiedsgericht als Regierungsagent entthüllt worden, gesetzt, der kapitalistische Klopffechter Y druckte dies Urteil zum tausendsten hundertsten Male ab, um die Behauptung hinzuzufügen, der „Vorwärts“ werde aus dem geheimen Fonds der Regierung unterhalten, gesetzt endlich, wir erklärten auf diese Behauptung hin den Y für eine gottverdammte Kanaille, ohne das aller Welt bekannte Urteil über X zu erwähnen, so argumentiert K. E.: „Die „Leipziger Volkszeitung“ hält es nicht für nötig mitzuteilen, daß Y sich im wesentlichen in der Beurteilung des X auf das richtig wiedergegebene Urteil eines Parteischiedsgerichts berufen hat. Es gereicht ihr zwar zu einer gewissen, aber zu keiner genügenden Entschuldigung, daß Y das unanschöne Urteil eines Parteischiedsgerichts in bössartiger Weise verallgemeinert hat. Wir beschränken uns jedoch auf die gelindeste Form der Missbilligung, indem wir nur die Andeutungsweise der „Leipziger Volkszeitung“ rügen, denn sonst müßten wir auch darauf hinweisen, daß in ihrem Angriff zu einem gewissen Teil ein Parteischiedsgericht mit betroffen worden ist.“ Scharlet man die Person Bebels aus, so tritt der Widerspruch in seiner ganzen Nacktheit hervor, aber die Person Bebels wird eben von K. E. „an den Haaren herbeigezogen“, um den Berliner Genossen zu suggerieren, daß wir in einem Falle, wo wir beim Versagen ihres eigenen Organs eine von ihnen beabsichtigte Handlung der Partei gegen verleumderischen Dohn geschützt haben, vielmehr einen hinterhältigen Angriff auf Bebel beabsichtigt hätten.

Wenn uns K. E. dann einen „bedauerlichen Empfindungsmangel“ vorwirft, so nehmen wir diesen aus eigener Kraft produzierten Tadel gern entgegen, bebauern jedoch, daß seine heftige Kraft durch folgenden gleichzeitig im „Vorwärts“ veröffentlichten Satz sofort gelähmt wird:

Der dortige (Dortmunder) Redakteur, Genosse Gänisch, tritt an Stelle des Genossen Jaech in die „Leipziger Volkszeitung“ ein.

bracht worden, nur allein das Zentralorgan der Partei verzieht sie mit dem unwahren Zusatz, den wir durch gesperrten Druck hervorgehoben haben. Dabei wußte der „Vorwärts“, daß eine Lücke in unserer Redaktion bestand, denn er selbst hat — sogar noch vor der „Leipziger Volkszeitung“, wenn auch, wie bei ihm üblich, unter Angabe unrichtiger Einzelheiten — den Lebertreter des Genossen Wagner von unserem Blatt an das Vater Parteiorgan gemeldet. In derselben Nummer des „Vorwärts“ also, wo K. E. dem „erkrankten Eugen Richter“ seine „Empfindungen“ widmet, erhält der erkrankte Parteigenosse Jaech einen Stoß in den Rücken, daß er gleich zur „Leipziger Volkszeitung“ hinausfliehet, wenigstens in den Augen derer, die es für selbstverständlich halten, daß im Zentralorgan der Partei wahrheitsgetreu über Parteivorstände berichtet wird.

Wir stellen übrigens fest, daß wir den „Vorwärts“ sofort auf die Unrichtigkeit seiner Mitteilung über den Genossen Jaech aufmerksam gemacht haben, ohne daß er sie bisher berichtigt hätte, obgleich sie die bürgerliche Presse zu den bössartigsten Angriffen auf einen Genossen veranlaßt, dessen Parteitätigkeit von niemand höher geschätzt wird, als von denen, die sie am genauesten kennen, nämlich von den Leipziger Parteigenossen.

Wir haben zu diesem Artikel nur wenige Bemerkungen zu machen. 1. Der gegen Volkmars allseitig erhobene Vorwurf ipse tunc darin, daß er seine Erklärung in einem gegnerischen Blatte abgegeben hat. Hatte er seine Erklärung in einem Parteiblatt abgegeben, dann hätte ihm niemand einen Vorwurf gemacht. Wir haben nun aber gegen die „Stroh-Notiz“ der „Leipziger Volkszeitung“ im Parteiblatt den parteigenössischen Lesern gegenüber nur gesagt, die nicht erfolgte Ablehnung dürfe nicht als Zustimmung aufgefaßt werden. Es gibt im Leben viele Fälle, die „Leipziger Volkszeitung“ zu sieben Nächten lächerlich. Wie nötig diese „Sieben-achtel-Lächerlichkeit“ war, ergibt sich daraus, daß auch gleich danach Genosse Bebel in der öffentlichen Wählerversammlung in Cherswalde genötigt war, die Wendung der „Leipziger Volkszeitung“ abzulehnen.

2. Die angeblich bei uns übliche Angabe unrichtiger Einzelheiten über Vorgänge in der „Leipziger Volkszeitung“ bestand im Falle Wagner darin, daß wir den Wechsel in der Redaktion um einige Tage zu früh datiert hätten und im Falle Jaech in dem Irrtum waren, es trete an seiner Stelle ein anderer Redakteur in die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ein. Dieser hatte die „Leipziger Volkszeitung“ nicht erklärt, inwiefern unsere Mitteilung und welche Angabe derselben unrichtig wäre. Da aus den heutigen Angaben der „Leipziger Volkszeitung“ wohl entnommen werden darf, daß Genosse Jaech der Redaktion noch angehört, so nehmen wir mit Vergnügen davon Notiz in der Hoffnung, mundeher von der „Leipziger Volkszeitung“ als gebessert angesehen zu werden.

Die Friedbergische Anarcho-sozialistische Konfusion wird selbstverständlich von der gesamten Parteipresse energisch abgelehnt. Ein Teil der Parteipresse übernimmt unsere Ausführungen zur Sache, andere, so das „Hamburger Echo“, widmen ihm eigene Betrachtungen. Nur das „Norddeutsche Volksblatt“ schwänkt die sachliche Ablehnung dadurch ein, daß es meint, Friedberg habe einen Feuerbrand geschleudert; es stehe seinem Gedankengange in der Hauptsache nicht unsympathisch gegenüber. Was lebensfähig sei an seinen Ideen, soll er ohne „Anarcho-Sozialismus“ durchkämpfen.

Und die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund ist zwar auch mit Friedbergs Ansichten „ganz und gar nicht einverstanden“, sieht aber in solchen Vorgängen den „notwendigen Rückschlag gewisser Tendenzen in unserem ganzen Partei- und besonders in unserem Gewerkschaftsleben“.

Von der nachträglich erklärten des Ausschusses des Gewerkschaftsrates konnten erst einzelne Parteimitglieder, soweit sie uns zu Händen gekommen sind, Notiz nehmen. Die „Leipziger Volkszeitung“ macht zu der Erklärung folgende Bemerkung: „Die von der Versammlung angenommene Resolution läßt gar keinen anderen Schluß zu, als den, den der „Vorwärts“ gezogen hat und mit ihm die gesamte Parteipresse. Auf die Erklärung des Ausschusses kann man gespannt sein.“

Wie die belgische Partei ihre Kandidaten aufstellt, ist ersichtlich aus einem Aufruf, den sieben die Parteileitung von Brüssel veröffentlicht. Danach haben die einzelnen Gruppen (Abteilungen, Bezirke) der Brüsseler Parteiföderation die Berechtigung, Kandidaten zu den allgemeinen Wahlen, welche im nächsten Frühjahr stattfinden, in Vorschlag zu bringen. Der Kandidat muß folgende Bedingungen erfüllen: er muß mindestens drei Jahre der sozialdemokratischen Partei angehört; er muß während dieser Zeit auch stets Abonent der Parteizeitung gewesen sein; er muß Mitglied der Parteioorganisation, der Kooperativ-Genossenschaft und Mitglied seiner Gewerkschaft sein. Die Gruppen, welche die Vorschläge machen (mindestens 25 Genossen müssen sich unterschreiben für den Kandidaten verwenden), haben sich zu vergewissern, ob der betreffende Kandidat die obigen Bedingungen erfüllt. Nach einem auf dem letzten Parteitag angenommenen Beschluß müssen die Kandidaten sechs Monate vor den Wahlen nominiert werden.

Totenliste der Partei. In Leipzig starb im Alter von 62 Jahren der Parteigenosse Franz Kammigan. Ueber seinen Lebenslauf entnehmen wir der „Leipziger Volkszeitung“: Als der erste einer schloß sich Kammigan dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein an; er gehörte mit zu dessen Gründern und eifrigsten Agitatoren. Mitte der sechziger Jahre siedelte er als Agitator von Leipzig nach Altona über, und seiner stammenswerten Energie gelang es, hier sowie in ganz Ostpreußen die Bewegung in Fluß zu bringen. In derselben Eigenschaft und mit schier unermüdlichem Eifer hat er in Sachsen-Anhalt etwa fünf Jahre lang gewirkt. Im Wahlkreis Neuh. a. L. war er lange Zeit Kandidat unserer Partei und kam als solcher auch mehrmals in die Stichwahl. Aber auch in einer Anzahl anderer Wahlkreise ist Kammigan als Kandidat aufgetreten. Durch sein agitatorisches und organisatorisches Talent erwarb er sich überall das Vertrauen der Arbeiterschaft. Aus der hiesigen Gegend kehrte er dann nach Altona zurück, wo es ihm auch gelang, sich eine einigermaßen sichere Existenz zu gründen; aber die fortgesetzten Verfolgungen durch Behörden und Polizei trieben den rastlosen Genossen von Altona, wie sie ihn zuvor auch von Weiden vertrieben hatten. So war sein Aufenthalt bald hier, bald dort, ein rastloses, unstillendes Leben, das den Verstorbenen aber nicht im mindesten zu hindern vermochte, der Sache des Proletariats seine ganze Kraft zu widmen. Aber zu einer erheblichen materiellen Schädigung führte jene Verfolgung durch die Behörden doch, es ging Kammigan durchaus nicht gut, und in den Jahren 1903 bis 1901, die er in Hamburg verlebte, ist er weniger öffentlich hervorgetreten. Von 1901 hielt sich Kammigan wieder in Leipzig auf, und auch hier hat er am öffentlichen Leben (scheinbar nur wenig Anteil genommen. Aber umso mehr hat er im Kreise der Genossen gewirkt, und wenn es einem von den Alten gelungen ist, die Jungen zu energischer und rastloser Arbeit anzuspornen, so ist das so recht Kammigan gelungen.

Als Zigarrenarbeiter gehörte der Verstorbene auch von vornherein der gewerkschaftlichen Organisation an und war für diese ebenso eifrig tätig. Bis zuletzt gehörte er auch dem Vorstande des Leipziger Wahlvereins an.

Erklärung. Nach dem gestrigen Bericht über die Generalversammlung des Zentral-Wahlvereins für Teltow-Deetow hat Kollege Beyer über Vorkommnisse innerhalb der Redaktion des „Vorwärts“ Ansichten und Bemerkungen geäußert, die eine Entgegnung leider unmöglich machen. Genosse Hoffmann-Kowames hat bemerkt, daß in den bekannten Fragen der „Vorwärts“ keine einheitliche Stellung genommen habe. Demgegenüber erklärte nun Kollege Beyer, daß ungewissheit durch die Stellungnahme der drei Kollegen gegen die Redaktionsmehrheit das Blatt diskreditiert worden sei. Das hätten ja wohl die drei Kollegen inzwischen selbst eingesehen. Ich kann mich — und ich weiß mich dabei im Einverständnis mit meinen beiden Mitkämpfern — der im ersten Satz aus-

gesprochenen Ansicht durchaus nicht anschließen; geradezu erkaunt aber bin ich über die im zweiten Satz geäußerte Vermutung.

Wenn man darüber fragt, daß eine Meinungsdivergenz diesmal im „S.“ offen zutage getreten ist, so sollte man doch auch die besonderen Umstände des „Vorwärts“ berücksichtigen. Kleineren Parteiblättern mit meist nur zwei Redakteuren fällt es begreiflicherweise nicht schwer, einen einheitlichen Standpunkt einzunehmen. Auch hier ist es allerdings schon vorgekommen, daß jeder der beiden Redakteure eine eigene, von der des anderen abweichende Meinung vertrat, ohne daß deshalb von einem Diskreditieren des betreffenden Blattes gesprochen worden wäre. Nun gibt es allerdings auch große Parteiblätter mit einem zahlreichen Redaktionsstab, die gleichwohl stets eine einheitliche Redaktionsmeinung vertreten. Dann hat aber entweder ein glücklicher Zufall für eine homogene Redaktion gesorgt, oder es wurden von vornherein nur Redakteure einer bestimmten Richtung angestellt.

Der „S.“ nun befindet sich nicht in der angenehmen Lage, die Ansichten der Kollegen stets auf eine Meinung vereinigen zu können. Speziell in theoretischen und taktischen Fragen stellen sich zuweilen nicht zu überbrückende Meinungsverschiedenheiten ein. Nun soll, erklärt Genosse Beyer, ganz einfach der demokratische Abstimmungsmodus entscheiden. Bei geringfügigeren Anlässen wird sich ja selbstverständlich die Minorität ohne weiteres bescheiden. Anders wird aber die Sache, wenn es sich um wichtigeren Parteifragen handelt. Soll sich hier einfach die Minorität, auch wenn sie eine Gruppe von drei oder vier Redakteuren bildet, mundtot machen lassen? Soll ihr also ein geringeres Maß der Meinungsfreiheit zu stehen, als der Redaktion eines Parteiblattes, die vielleicht aus einer einzigen Person besteht? Man sage nicht: das demokratische Prinzip ist es doch gerade, das auch solches Schweben auferlegt. Ein wirklich demokratisches Prinzip resp. etziet die Rechte der Minorität.

Ja, verstehe aber auch nicht, wie ein Blatt dadurch diskreditiert werden soll, daß es erkennen läßt, daß seine Redakteure nicht in allen Punkten gleicher Meinung sind, daß seine Redakteure nicht ja obnein kein Geheimnis. Und die Masse der Leser soll doch nicht blind auf die Autorität des „S.“ schwören, sondern sich nach Prüfung der Ansichten ihr Urteil bilden. Eine homogene Redaktion hat ja unbedingt ihre Vorzüge, nur darf man die Einheitlichkeit nicht dadurch zu erreichen suchen, daß man eine nun einmal vorhandene Minorität mundtot macht.

Eine Redaktion wie die des „Vorwärts“ könnte nur dann geteilte Stellungnahmen vermeiden, wenn sie sich in allen kritischen Fällen außer die Zurückhaltung auferlegte. Die Kollektivmeinung wäre dann ein — nicht immer glückliches — Kompromiß beider Teile. Will man aber eine prägnante Stellungnahme, so heißt das unter den obwaltenden Umständen, entweder der Minorität ebenfalls das Recht der Meinungsäußerung einzuräumen oder sie mundtot machen. H. S.

Die Beerdigung des Schnelbers
Paul Michaelis
findet nicht um 5 Uhr, sondern um
4 Uhr statt.
Witwe Clara Michaelis.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Arbeiter
Hermann Molt
am 27. August gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 30. August, nach-
mittags 4 Uhr, vom Krankenhaus
Krobitz aus nach dem Dantes-
Kirchhof, Blankenburger Str.,
122/4 Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
unvergesslichen Mannes und Vaters,
des Wählers 11686
Alwin Volkman
sagen wir hiermit allen Anwesenden
berühmten Dank.
Witwe **Auguste Volkman**
nebst Kindern.

Dauffagung.
Für die Beweise herzlicher Teil-
nahme bei der Beerdigung meines
Sohnes **Emil Schönrock** sage
ich allen Verwandten, Bekannten,
besonders den Kollegen der Firmen
Gebr. Volkmann und Telschewitz und dem
Vereinsverein „Nordost“ meinen
berühmten Dank.
Witwe **Schönrock.**

Arbeiter-Rancherhund
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß das Mitglied
Karl Klose
am 28. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 30. d. M., nachmittags 4 Uhr,
auf dem Emmaus-Kirchhof in
Niedorf, Hermannstr., statt.
Trau: Krankenhaus im Urban.
293/4 **Der Vorstand.**

Verband der Sattler
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß am Sonnabend, den 26. d. M.,
der Kollege
Karl Klose.
(Berkschl. 3. Bande)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 30. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Kronenbäuses am Urban,
Grimmstr., aus nach dem
Emmaus-Kirchhof, Niedorf (Hermann-
str.) hinter der Ringbahn),
statt. 157/9
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

**Verband der baugewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands.**
Bezirk Roenthaler Vorstadt.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß der Kollege
August Merkmann
am 27. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,
von der Leichenhalle des Friedens-
Kirchhofes in Rordend-Nieder-
Schönhausen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 21/104
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.
Von der Heide zurück 11716
Jahrgang Schendel,
Brennstr. 67.

**Frauen- u. Mädchen-Bildungs-
Verein Lichtenberg.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß die Kassiererin unseres Ver-
eins, Frau
Luise Lange
am Sonntag, den 27. d. M., nach
kurzem, schwerem Leiden im Alter
von 27 Jahren verstorben ist.
Der Verein besteht in der Ver-
storbenen ein reges, eifriges Mit-
glied.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Donner-
stag, nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Gemeinde-Fried-
hofes in Lichtenberg, Krugstr.,
aus statt.
Trauzeitpunkt: 1/4 Uhr am
Schwarzen Adler.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
11676 **Der Vorstand.**

Zurückgekehrt **J. Kallmann,**
Münzstr. 14/15 u. Kaiser Wilhelm-
straße 18. Sprechstunden 8-8.
Zahnoperationen mit örtlicher
Betäubung für Kassamitglieder
auf Verlangen ohne Nachzahlung.

von der Heide zurück 285/6
Dr. Paul Cohnheim,
Dvanenburgstr. 30.
Die Beerdigung gegen
Frau **Tschoope**
nehme ich auf Grund gleichmäÙigen
Beschlusses zurück. 40922
Werner, Rigerstr. 130.

Dresdener Casino.
Empfehle den geachteten **Ver-
einen und Fabriken,** wie zu
Versammlungen meine Herr-
lichen, circa 800 Personen fassenden
Räume. **Sonnabende noch frei.**
A. Muxfeldt,
Am 1. 8668.
Für Dampfer-Ansätze empfehle
mein herrliches „**Zeglerisch-
Zahnduin.**“
86402

Sofastoffe
Auswahl aller Qualitäten.
Wolle, Reste! Mocquettos.
Wisch-, Satteltaschen.
Musterb. näher. Angebefranko.
Emil Lefèvre, Berlin,
Oranienstr. 158.

Berliner Nachrichten.

Eine Berliner Innungssäule.

Die schon seit längerer Zeit nicht mehr ganz fest steht, soll jetzt so arg ins Wackeln geraten sein, daß dieser und jener ihren baldigen Sturz erwartet. Es handelt sich um Herrn Bernard, den bekannten Obermeister der vielgenannten Bäckereinnung „Germania“.

Gegen Bernard wird der Vorwurf erhoben, daß Ueberschüsse aus Sommerfesten der „Germania“ in unzulässiger Weise verwendet worden seien. Die Deutsche Bäckerei, Organ der freien Vereinigung der Bäckereimeister Berlins und Umgebend, hat hierauf zuerst hingewiesen. Es ist dann von anderer Seite Anzeige eingereicht worden; und auch Vernehmungen haben bereits stattgefunden.

Das stiftliche Urteil über dieses Treiben ist natürlich verschieden, je nach den Qualitäten der urteilenden Person. In dem Prehofganz Bernards finden wir den Bericht über das letzte Quartal. Da wird über die Verwendung von Kassengeldern gesagt: „Auch der Vorstand gönne sich und den Frauen der Vorstandsmittglieder hier von eine kleine Erholung; denn es sei nicht mehr wie recht und billig, auch den Frauen, deren Männer so oft im Dienste der Innung zu tun haben, eine Freude zu bereiten.“

Das stiftliche Urteil über dieses Treiben ist natürlich verschieden, je nach den Qualitäten der urteilenden Person. In dem Prehofganz Bernards finden wir den Bericht über das letzte Quartal. Da wird über die Verwendung von Kassengeldern gesagt: „Auch der Vorstand gönne sich und den Frauen der Vorstandsmittglieder hier von eine kleine Erholung; denn es sei nicht mehr wie recht und billig, auch den Frauen, deren Männer so oft im Dienste der Innung zu tun haben, eine Freude zu bereiten.“

Bei der diesjährigen Volkszählung am 1. Dezember sollen neben den Gebredlichen überhaupt, über die schon in früheren Jahren Erhebungen stattfanden, zum erstenmal die Geisteskranken Berücksichtigung finden. Es wird sich dabei um allgemeine Feststellungen handeln, welche die Geisteskranken nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches unterscheiden. Es ist dort (§ 6, Ziffer 1) bekanntlich für Personen, die entmündigt werden können, der Unterschied gemacht: wer infolge von Geisteskrankheit oder von Geisteschwäche seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag.

Folgende Straßennamen werden amtlich bekannt gemacht: Der neuen Verbindungsstraße zwischen der Oranienburgerstraße und der Straße Am Kupfergraben den Namen Ronbjourstraße, der im Zuge dieser Straße angelegten Doppelbrücke über die Spree und den Kupfergraben den Namen Ronbjourbrücke, der 8. Straße 20a der

Abteilung VIII des Bebauungsplans der Umgebungen Berlins den Namen Döberigerstraße, der Straße 7a der Abteilung X des Bebauungsplanes den Namen Sprengelstraße, der Straße 7b derselben Abteilung den Namen Kautschoustraße, der Straße 7c derselben Abteilung der Name Samoastraße, dem Platz A4 derselben Abteilung der Name Peking-Platz, der Straße 36 und derselben Abteilung der Name Ungarnstraße, der Straße 43a derselben Abteilung der Name Altesdterstraße, dem Platz H der Abteilung X des Bebauungsplanes der Name Oskarplatz, der Straße 62b der Abteilung X des Bebauungsplans der Name Wöhrerstraße, der Straße 19a der Abteilung XI des Bebauungsplans der Name Korförsterstraße, der Straße 23a derselben Abteilung der Name Wilsastraße, den Straßen 31 und 31a der Abteilung XII des Bebauungsplanes der Name Wilsastraße, der Straße 2b der Abteilung XIII der Name Wilsastraße, der Straße 16 derselben Abteilung der Name Paul Heysestraße, der Straße 21a derselben Abteilung der Name Schneidmühlstraße, der Straße 31a derselben Abteilung der Name Schönlanterstraße, der Straße 66a der Abteilung XIII der Name Bettendorferstraße, der Straße 67a derselben Abteilung der Name Voigtstraße, dem Platz R 1 derselben Abteilung der Name Schreien-Platz, der Straße 19 der Abteilung XIV der Name Hohentlohestraße, der im Zuge dieser Straße hergestellten Brücke über die Eisenbahnbrücke der Name Hohentlohe-Brücke, der Straße 44a der Abteilung XIV unter Aufhebung des Namens Bennigsenstraße der Name Kochowstraße und endlich der im Zuge der Hensburgerstraße über die Spree führenden neuen Fußgängerbrücke der Name Voigtstraße.

Einige Straßennamen sind recht zartfüßig erdacht. So die an den aus China heimgebrachten Ruchm erinnernden, zu denen sich noch eine Vorhölhornbeerestraße hätte gesellen können. Daß der Heroskrieg noch keine Vereivigung in Strimpfalter gefunden hat, ist unbillig. Der Oskarplatz dürfte dem König von Schweden in seinem Ungemach ein Balsam sein; vielleicht wird dem Jaren zum Troste nächstens eine Zuchtmahstraße eingerichtet. In der Kochowstraße soll vielleicht das Andenken jenes edlen Herrenhäuslers hochgehalten werden, dem der Polizeipräsident Hindeloh einen sauberen Tod zu danken hat.

Zunft und Jahnsichen. Nach einem Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe werden die Aufsichtsbekörden angewiesen, die bestehenden Jahntechniker-Innungen aufzulösen, ihre Auflösung zu beschließen. Kommen sie dieser Anforderung nicht nach, ist die Frage auf Schließung der Innung gemäß § 97 der Gewerbeordnung zu erheben. Gleichzeitig sind die Bezirksausschüsse hiervon in Kenntnis zu setzen und ist darauf hinzuwirken, daß die Genehmigung der Statuten von Jahntechniker-Innungen fernerhin nicht mehr erfolgt. Geht es dennoch, so ist der betreffende Beschluß des Bezirksausschusses im Wege der Klage anzufechten. Der Minister bezieht sich auf die Entscheidungen des Oberverwaltungs- und Kammergerichts, wonach die Auflösung der Jahntechniker als ein Zweig der Heilkunde bezeichnet wird. Die Jahntechniker wiederum berufen sich auf ein Erkenntnis des Kammergerichts, daß die Jahntechniker dem Handwerkerstande zugeordnet hat. Neuerdings ist aus zahnärztlichen Kreisen darauf hingewiesen worden, daß ein Jahntechniker, der vor der Prüfungskommission einer Jahntechniker-Innung die Meisterprüfung bestanden und sich als „geprüfter Jahntechniker“ bezeichnet hatte, von der Anklage aus § 147 Ziff. 3 der Gewerbeordnung freigesprochen ist. Es erscheint geboten, diesem Zustande, der dem Gesetz widerspricht, ein Ende zu bereiten.

Gefindel auf der Stadtbahn. Zu einer großen Plage für die Eisenbahnverwaltungen des Stadt- und Vorortverkehrs ist das gefährliche Treiben räuberischer Wesen geworden. Sie richten während der Fahrt in den Zügen oft das größte Unheil an und scheuen sich auch keineswegs, niederrichtige Handlungen anzuführen, die für das Publikum die größten Folgen nach sich ziehen können. Mutwilligertweise öffnen sie während der Fahrt die Wagentüren, die dann von den kreuzenden Zügen leicht erfaßt werden können. Aus den Wagen werden die auf der Innenseite der Tür angebrachten Rahmen der Klappen- und Nummerkarten abgegraben und gestohlen. Ferner werden die in den Handabteilen angebrachten Kissenbecher zertrümmert. Auch die Gelder in der zweiten Wagenklasse wurden in letzter Zeit wiederholt zerstückelt vorgefunden. Um den nichtwürdigen Tatern auf die Spur zu kommen, haben die Eisenbahnverwaltungen mehrfach Verordnungen ausgeföhrt. In Bekanntmachungen werden denjenigen, der den bezw. die Täter so bezeichnet, daß die gerichtliche Verurteilung erfolgen kann, eine Geldbelohnung zugesichert. An die Fahrgäste richten die Verwaltungen das Ersuchen, bei vorliegenden Fällen die Behörden zu unterstützen.

Doppelt genötigt hält besser. Die der „Nat.-Ztg.“ mitgeteilt wird, hat Direktor Anton v. Werner vom Kunsterwart Lechner den Auftrag erhalten, die Entfaltung des Richard Wagner-Denkmal im Tiergarten zum Gegenstand einer bildlichen Darstellung zu machen. Der Künstler hat diesen Auftrag, wie dasselbe Blatt erzählt, angenommen und beabsichtigt, auf seinem Gemälde von etwa drei Meter Breite eine figurreiche Komposition mit allen den Persönlichkeiten zu schaffen, die bei der Denkmalfeier zugegen waren. Kunsterwart Lechner beabsichtigt, das Gemälde nicht für sich zu behalten, sondern es nach seiner Fertigstellung einem Museum als Geschenk zu überreichen.

Wenn der Ruhm der Reicherschen Bildhauerkunst frühzeitig verblasen sollte, so bleibt immer noch der Ruhm der Reicherschen Malerei. Und sollte beides gar zu früh der Kumpelkammer überantwortet werden, so liegt es nicht am guten Willen und der Lokalität des Herrn Reichers, der auch in diesem Fall für seine Zwecke den approbierten Künstler gefunden hat.

Der Bau der neuen Handelshochschule an der Reuen Friedrich- und Spandauerstraße sowie an der Heiligengeistgasse ist nunmehr soweit vorgeföhrt, daß die 1813 errichtete Heiligengeistgasse bereits bis zum Dachstuhl eingebaut ist. Der in der Heiligengeistgasse zur Aufführung gelangende kleine Turm, der den Uebergang von dem neuen Gebäude zu dem Gottesbanke vermittelt, ist ein wenig in den westlichen Giebel des uralten Kirchleins eingebaut und wird dieses nur um ein Geringes überragen. Der große Turm an der Spandauerstraße ist bis zum ersten Stockwerke hochgeföhrt.

Der Unfall im Metropo-Theater soll daraus zurückzuführen sein, daß ein Person zu viel auf dem Podest waren. Diese Tänzerinnen und Statistinnen, hielten sich nicht allein unruhig und gegen die Vorschrift dort auf, sondern ergülerten zu ihrem Privatergötzen dort auch einen Café-Wahl. Durch diese Extrabelastung sei die Geschichte zusammengebrochen. Die Verletzten sollen alle außer Gefahr sein.

Das Theodor Fontane-Haus, Potsdamerstr. 134c, in dem der Dichter von 1872 bis zu seinem Tode am 30. September 1888 gewohnt hat, wird abgebrochen, um einem modernen Geschäftshause Platz zu machen; das seit einer langen Reihe von Jahren dem Johanniterorden gehörige, etwa 30 Quadratrußen große Grundstück ist für den Preis von 450 000 M. in den Besitz der Vazar-Aktien-gesellschaft übergegangen. Die am Hause befindliche und von der Stadt Berlin gewidmete Gedenktafel wird später den Neubau wieder schmücken.

Ein Betriebsunfall ereignete sich Dienstag nachmittags 2 1/2 Uhr in der Seifenfabrik von Hermann in der Jossenerstraße. Der Arbeiter Karl Dorn war an einer Wähle beschäftigt, in der Seifenpulver gemahlen wird. Die Wähle trägt keine Schutzvorrichtung und so war es kein Wunder, daß endlich das leicht vorauszufliehende Unglück eintrat. Die Wähle des Schwungrads griff in die Kleidung des Arbeiters, und ehe der Mann sich zurückziehen konnte, war ihm der Unterleib ausgerissen. In einem entsetzlichen Zustande wurde

der Unglückliche, der 64 Jahre zählt, in das Krankenhaus am Urban gebracht. Die Seifenfabrik von Hermann ist nicht unbekannt in der Berliner Arbeiterschaft. Sie zeichnet sich aus durch niedrige Löhne und dann durch Nichtbeachtung der notwendigen Schutzvorschriften. Das ist offenbar ein Mangel, der aber reichlich ersetzt wird durch die Gottesfurcht und Frömmigkeit, die man in den Arbeitsräumen an passenden und unpassenden Orten predigt. Sprüche wie „An Gottes Segen ist alles gelegen“ und „Vete und arbeite“ finden sich überall angehängt und trosten mehr noch den Unternehmer als die fester Gefahr ausgeföhrt Arbeiter über die Mängel, die dem Betriebe anhaften. Aus soll verlangen, ob nach dem entsetzlichen Vorfall von gestern die Seifenpulverfabrik endlich an der Zeit findet, sich die Fabrik in der Jossenerstraße einmal bei Nacht zu betrachten und zwar nicht nur auf die frommen Ratsschläge hin, die dort angehängt sind.

Erinnerungen an den Sanden-Krah. Ein Begnadigungsgesuch des Bankdirektors Sanden ist vom Kaiser abfälliger Beschieden worden. Der Beschied, der die Unterschrift des Kaisers trägt, ist jetzt dem inhaftierten Bankdirektor zugestellt worden, der noch drei Jahre Gefängnis zu verbüßen hat. — Sanden hatte, laut „Tag. Ztg.“ eine Million Mark dem Staate angeboten für den Fall, daß er begnadigt würde.

Schwer überfahren wurde unter den Linden der 40 Jahre alte Steinmischer Ludwig Leist aus der Pappelallee. Als er vom Wagen absprang, blieb er an einem Nagel hängen, so daß er nicht auf die Füße kommen konnte. Dann geriet er mit dem linken Fuß unter ein Rad, das ihm das Gelenk zermalnte, und zog sich Querschnitten am rechten Arm zu. Der Verunglückte wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Selbstmordversuch eines Konzeleordinarius. Auf der Eisenbahnstrecke Gesundbrunnen ereignete sich gestern (Dienstag) gegen mittag ein ausföhrender Zwischenfall. Als ein vom Wedding kommender Zug des Nordzugs in den Bahnhof Gesundbrunnen einfuhr, warf sich plötzlich ein älterer Mann auf die Schienen. Obgleich der Lokomotivführer den Vorgang bemerkte hatte und sofortigen Gegenmaßnahme gab, konnte er doch nicht vermeiden, daß der Selbstmordkandidat von der Maschine erfaßt und eine Strecke mitgeschleift wurde. Die sich später herausstellte, war es der vierzigjährige Konzeleordinarius Karl Kupfer Schmidt aus der Kgl. Str. 38, der am Landgericht I angeklagt ist. Die ihm zugefügten Verletzungen sind lebensgefährlich. Der Unterleib samt der Junge ist ihm zerstört; außerdem existiert er einen komplizierten Schädelbruch. Nachdem ihm auf der Unfallstation XVII in der Badstraße der erste Verband angelegt war, wurde er nach dem Lazarus-Krankenhanse gebracht. Sein Zustand ist hoffnungslos. Soweit sich bis jetzt überleben läßt, hatte der Beamte wegen Pflichtwidrigkeiten im Amte eine Verstrafung zu gewärtigen, was ihn jedenfalls zu dem Selbstmordversuche getrieben hat. K. ist verheiratet und Familienvater.

Wie eine Arme verendet. Während fünf Tagen lag die 70jährige Witwe Graßmann, die eine bescheidene Wohnung in dem Hause Albrechtstraße 16 inne hat, hilflos in ihrer Kiste. Dem Fortschritt des Hauses war es gestern aufgefallen, daß sich die alte Frau gar nicht sehen ließ. Er holte die Polizei herbei, die Kiste zur Wohnung wurde gewaltsam geöffnet. In der Kiste auf dem Fußboden fand man die Vermisste bewußtlos liegen. Fünf Tage hindurch hatte sie in dieser entsetzlichen Lage zubringen müssen. Der Zustand, in dem sich die Greisin befand, war geradezu furchtbar. Vollig ausgehungert und entkräftet war sie später laum in der Lage, noch ein Wort hervorzubringen. Sie wurde in die Charité eingeliefert. Ihr Zustand ist fast hoffnungslos.

Ein zweifacher Mordanschlag ereignete sich gestern auf einem Neubau in der Leipzigerstraße. Aus der Höhe der zweiten Etage war ein Maurer herabgestürzt und fiel auf den unten vorübergehenden Steinträger Stanislaus Lewandowski, Holzmarktstraße 39. Er wurde zu Boden gedrückt und zog sich dabei mehrere Rippenbrüche zu. Von der Unfallstation in der Kronenstraße, wo dem Verunglückten die erste Hilfe zuteil ward, wurde er nach dem Lazarus-Krankenhanse gebracht. Der abgestürzte Maurer kam glücklicherweise mit leichten Verletzungen davon.

Wie das Geseh umgangen wird. „Wetter kraft Auftrages“ sind jetzt manche Leute geworden, seitdem man beim Dackmacher nicht mehr Bettlaster frönen kann. Bettlasterige Leute haben sich zu einem „Wett- und Lotterieverein Berlin“ zusammengeschlossen. Technisch wie bei den Lotterievereinen ziehen die Mitglieder hier ihre Einträge zusammen und für den gesamten Betrag werden Wetten am Totalisator abgeschlossen. So wird dem Geseh Genüge getan und der Totalisator nicht umgangen, während die Mitglieder auch keine Beträge verweilen können. Das Wetten am Totalisator besorgt für die Mitglieder ein eigens von dem Verein dazu angestellter und bezahlter Beamter, der „Wetter kraft Auftrages“. Für eigene Rechnung darf er nicht wetten.

Feuerbericht. Gestern früh gegen 3 Uhr kam in der Blankenfeldestraße 11 aus nicht ermittelter Ursache in dem Geschäftsladen einer Meißelwerkfabrik Feuer aus, das leicht größeren Umfang annehmen konnte. Die Gefahr war aber rechtzeitig bemerkt worden und konnte daher bald beseitigt werden. — Rissen und Verpackungsmaterialien gingen dann in der Waldemarstr. 46 in Flammen auf, während in der Vorhagenerstr. 31a ein Posten Spähne in einem Maschinenraum brannte. — In der Zwillingstr. 3 mußte weiter ein Dachstuhlbrand unterdrückt werden. — Alfred Gerlmel und alter Hausrat wurde in der Reuenburgerstr. 22 in einem Keller eingekerkert. — Außerdem hatte die Wehr noch in der Thomaststr. 22, Greifswalderstr. 28 und in der Thierstr. 64 kurze Zeit zu tun. — Auch ein böswilliger Alarm ist wieder zu verzeichnen. Er erfolgte von der Uferstraße aus, doch gelang es leider nicht, den Täter zu ermitteln.

Theater. Im Schiller-Theater O. wird am Mittwoch zum erstenmal in der neuen Spielzeit der Schwank „Die Logenbescher“ gegeben, Donnerstag „Ein Wintermärchen“ wiederholt. — Neues Igl. Opern-Theater (Kroll). Als vorletzte Vorstellung im diesjährigen Spielopern-Jahres geht am Mittwoch Puccini's „Die Bohème“ letztmalig in Szene und am Donnerstag als letzte Vorstellung Ubersinis „Der Wasserträger“ (Zwei gefahrvolle Tage). — Im Trianon-Theater ist das von Adolf Steinert inszenierte vieraktige Lustspiel „Das Ende der Liebe“ von Roberto Bracco wie folgt besetzt: Marquise Anna von Fontanarosa — Else v. Rutterheim, Marquis Artur von Fontanarosa — Hans Jankermann, Dr. Fulbio Salvetti, Arzt — Emil D'ne, Giuliano d'Alma — Artur Roberts, Graf Sandro, Dionigi — Joseph Victoria, Renato Albenga, Bühnendichter — Kay Laurence, Gustavo Rispoli — Julius Sachs, Antonio — Emil Werner, Filippo — Friedrich Waldau. — Im Lessing-Theater gehen Otto Erich Hartleb's Romödien „Die Erziehung zur Ehe“ und „Die stiftliche Forderung“ am Freitag, den 1. September, zum erstenmal in Szene. — Sonnabend ist im Metropo-Theater die 300. Aufführung der „Herren von Maxim“. — Für das Lustspielhaus wurde Ernst Bach vom Residenztheater engagiert, auch treten die Damen Ida Weder, Marie Reichenhofer und Lily Waldegg in den Verband dieser Bühne. — Die zweite Spielzeit wird Freitag, den 1. September, mit der 211. Aufführung von Adelbungs „Familientag“ eröffnet.

Die Treptow-Sternwarte veranstaltet zur Beobachtung der partiellen Sonnenfinsternis am 30. August einen besonderen Beobachtungstag, den 148. des „Bereins von Freunden der Treptow-Sternwarte“. Außer den Mitgliedern ist der Eintritt jedem anderen Besucher auch gestattet. Um 12 Uhr mittags wird Dozent Jens Lüder einen einseitigen Projektionsvortrag über die Sonnen-

Finsternis und die zu ihrer Beobachtung in die Totalitätszone gelaufenen wissenschaftlichen Expeditionen halten. Dabei wird besonders die Ausrichtung der deutschen Expeditionen, der Trepower unter Direktor Rechenhold und der Hamburger beschriebenen und im Wäde gezeigt werden. Zur Beobachtung der Finsternis werden sämtliche verfügbaren Fernrohre derart hergerichtet und aufgestellt, daß gleichzeitig ein größerer Kreis von Beobachtern den Verlauf der Bedeckung der Sonne durch den Mond ohne Gefahr für das Augenlicht verfolgen kann. Für solche, welche die Sonne direkt beobachten wollen, stehen schwarze Gläser zur Verfügung. Da die Sonnenhöhe ungefähr 40 Grad beträgt, ist die Beobachtung sehr bequem. Die Totalität in Vurgos, wo Direktor Wäde beobachtet, tritt um 1 Uhr 32 Minuten ein, und dürfen wir hoffen, noch während der Beobachtung auf der Trepower-Sternwarte telegraphische Nachrichten über die Erfolge der Expedition zu erhalten.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Zu dem Funde einer Kindesleiche im Landwehrkanal in der Nähe der Marabridge wird gemeldet, daß die Mutter des unermordeten Kindes, das 25jährige Dienstmädchen Alwine J., als der Tat verdächtig von der Charlottenburger Kriminalpolizei verhaftet worden ist. Das Mädchen, welches bei einem in der Herderstr. 11 wohnenden Kaufmann bedienstet war, hat eingestanden, daß es am 17. August beim Einholen in einem Hause in der Nähe der Geiselstraße von einem Mädchen entbunden worden ist. Von dem, was dann geschehen, will die J. nichts wissen. Dagegen spricht aber der Umstand, daß auf dem Packpapier, in das die Leiche eingewickelt war, sich die Adresse des Dienstherrn des Mädchens befand und daß die Leiche in ein aus der Wirtschaft des Kaufmanns kommendes Handtuch eingeschält war. Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß die J. Helfershelfer gehabt hat.

Spandau.

Das Opfer eines Messerhändlers wurde am Samstagabend ein Schlosser aus Charlottenburg; auf der Chaussee beim Spandauer Bod geriet er mit einem Manne in Differenzen und wurde von diesem mit einem Messer demnächst tödlich zugerichtet, daß er sofort nach dem Krankenhaus Wesend geschafft werden mußte. Der Messerheld wurde in der Person eines Steinträgers in Spandau ermittelt und Sonntag früh verhaftet.

Nieder-Schöneweide.

Ein schwerer Straßeneinbruch ereignete sich in der Nähe der Kammebrücke unweit der Kuhnheimschen Fabrik. Dort fuhr der in Lichtenberg wohnende Antreiber Starke mit seinem Zweirade gegen die Pferde eines Wagens der Schulstr. Brauerei. Er fiel so unglücklich, daß er schwere innere Verletzungen erlitt und bewußtlos in das Krankenzimmer von Kuhnheim in Co. geschafft wurde, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde. Mittels Krankenwagens der oben genannten Fabrik wurde St., der des Radfahrens wenig kundig war, nach einem Krankenhanse geschafft.

Ober-Schöneweide.

Ein Kaufmann der Gemeinde Ober-Schöneweide mit der Regierung. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß die Baupläne für das neue Gebäude, das die höhere Schule aufnehmen soll, vorher der Regierung zur Genehmigung nicht eingereicht worden sind. Diese Genehmigung ist jetzt nachträglich beantragt worden, weil der Bau nicht vorfristig fertig angeht. Dieser Tage erschien deshalb eine Regierungskommission aus Potsdam in Ober-Schöneweide, um an Ort und Stelle die Mängel des Schulhauses zu prüfen. Hierbei sind Umbauten im Betrage von mehreren tausend Mark für nötig erachtet und die Weiterbringung der Schule hier von abhängig gemacht worden.

Sie wollen einen Helfer tragen. Die Absicht der Gemeindevertretung, einen kollegial zusammenarbeitenden Gemeindevorstand zu bilden, der die Voransetzung schafft, daß zukünftig in wichtigen Gemeindegangelegenheiten die Entscheidung nicht mehr allein in der Hand des Gemeindevorstehers liegt, wird von dem Bürgerverein mißbilligend empfunden. Die Bürgervereinsleiter fürchten, daß die Macht des Gemeindevorstehers gebrochen werden könnte! Diese Leute werden immer einen Herrn haben.

Die Verleichte der beiden Schulärzte sind jetzt erschienen. Besonders der Bericht über die erste Gemeindefunkeln gibt ein wenig erfreuliches Bild vom Gesundheitszustande der Kinder. Er konstatiert eine erhebliche Anzahl von Erkrankungen an Tuberkulose, Streptokokken, Keuchhusten, englischer Krankheit, Keuchhusten usw. Eine Anzahl von Schülern in ersten Schuljahre mußte wegen mangelhafter körperlicher und geistiger Entwicklung längere Zeit vom Schulbesuch befreit werden.

Der zuständige Arzt fordert als sehr notwendig die Errichtung von Klassen für Kinderbegabte, deren Verbleiben in den jetzigen Klassen geeignet sei, den Unterricht ernstlich zu stören. Eine auffallende Erscheinung ist es, daß in einer Klasse, die im Winter des öfteren schlecht heizbar war, 50 Proz. der Kinder an Keuchhusten oder Masern erkrankten. Hier wird dringende Abhilfe gefordert. Der Schulhof wird in einem Maße als zu klein, in dem anderen als schlecht befestigt bezeichnet; durch den letzteren Zustand ist eine Verunreinigung der Klassen herbeigeführt worden. Der Arzt für die Schule in der Wallstraße empfiehlt den im Prinzip beschlossenen Bau der dritten Schule baldmöglichst auszuführen. Es wurden in der Wallstraße im Oktober 1904 1300 Kinder in 22 Zimmern unterrichtet, und zwar in 28 Klassen, unter denen sich noch hier der berüchtigten fliegenden Klassen befinden. Die Gemeindevertretung wird sich den jetzt auch durch Ärzte festgestellten Mängeln nicht länger verschließen können. Der Bau der dritten Gemeindefunkeln muß schleunigst begonnen werden, sollen die Kinder nicht in ihrer geistigen und körperlichen Entwicklung den schwersten Schaden nehmen.

Mowates-Neuendorf.

Ein gewalttätiger Lebensfall wurde Ende voriger Woche gegen einen 18jährigen Hausdiener aus Klein-Glienicke und ein 10jähriges Mädchen unternommen. Beide unterzeichneten ein Liebesverhältnis. Abends traf sich der Hausdiener häufig mit dem Mädchen und beide suchten dann abgelegene Spaziergänge auf. Bei einer solchen Gelegenheit wurden sie nun in der Dunkelheit von mehreren Herren, die es auf das Mädchen abgesehen hatten, überfallen. Der Hausdiener wurde arg durchgeprügelt und seine Geliebte in unästhetischer Weise gewalttätig belästigt. Sie setzte sich zur Wehr und wurde von einem der bisher noch nicht ermittelten Herren mit einem Messer in den Unterleib gestochen, so daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Tegel.

Zugendliche Lebensretter. Beim Aufschmelzen fiel gestern in der Nähe des Kaiserpavillons ein neunjähriger Knabe in den Tegeler See und ging, da das Wasser an jener Stelle ziemlich tief, sofort unter, ohne daß die Angehörigen des Knaben, die im Restaurant saßen, etwas davon gemerkt hätten. Zwei andere Kinder, ein Knabe von 9 Jahren und ein sechsjähriges Mädchen, hatten den Unfall mit angesehen, sie liefen nach dem Landungssteig und sahen von dort aus, als der Verunglückte wieder auftauchte, den Kleinen bei den Haaren. Es gelang ihnen nach vieler Mühe, den Jungen aus dem Wasser zu ziehen. Der kleine Schwabbel hat seine Lebensretter dringend, so lange bei ihm auszuharren, bis die Kleider getrocknet wären, damit "Mutter", deren einziger er sei, nichts von dem Unfall erfahre. Trotzdem merkte Mutter aber an dem nassen Gewände später doch, was sich zugefallen. Leider konnte sie aber nicht die Namen der Kleinen Lebensretter erfahren. Sie waren mit ihren Eltern bereits nach Berlin zurückgekehrt.

Die Schwindelbeuten des Herrn „Ziegelbeißers“ und seiner „reichen Braut“ beschäftigten gestern die Ferienstrassammer des Landgerichts II. Aus der Unterjudungsbau wurden der Kaufmann Heinrich Peter und die geschiedene Frau Martha Scherf geb. Schulte vorgeführt, um sich wegen 11 Fälle des Betruges bezw. versuchten Betruges zu verantworten. Beide sind mehrfach vorbestrafte Personen; Peter ist zuletzt in Breslau wegen Betruges, fernerer Unterschlagung, Diebstahls und Unterschlagung zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die Scherf hat gleichfalls mehrere Vorstrafen erlitten und verließ zurzeit in Sagan eine dreijährige Zuchthausstrafe. Als sie im Jahre 1904 aus dem Gefängnis entlassen worden war, lernte sie am Bahnhof Friedrichstraße den Angeklagten kennen und verband sich mit ihm zu einem umfangreichen Raubzug gegen eine Reihe von Geschäften, Hoteliers und Zimmervermietern. Inzwischen ist die Personengemeinschaft der beiden stark in die Brüche gegangen; auf der Anklagebank stellen sie sich getrennt als die „betrogenen Betrüger“ hin: er behauptete, daß er sich mit ihr nur verbunden habe, weil sie sich als ein reiches Mädchen mit einem disponiblen Vermögen von 45 000 M. aufgeführt habe, sie schilderte ihn dagegen als den größten Schwindler, der ganz genau gewußt, daß sie arm ist wie eine Kirchenmaus und sie dahin beeinflusst habe, Hochstapeleien mitzumachen und die Rolle der „reichen Braut“ bezw. Schwesiger zu übernehmen. Den Hauptcoup, der noch die Gerichte zu beschäftigen haben wird, führte Peter gegen den Lehrer Cors aus. Dieser hatte eine Dampfzelle in Blankenburg bei Berlin erworben, um sie demnächst weiter zu veräußern. Da trat der Angeklagte mit ihm in Verbindung, spielte sich in Vertrauen erweckender Weise als zahlungsfähiger, solider Käufer auf, und es gelang ihm auch, Herrn Cors mit Hilfe von allerlei Märgeln dazu zu bewegen, ihm die Zelle aufzulassen. Der Kaufpreis betrug 180 000 M., der Angeklagte übernahm die darauf lastenden Hypotheken und sollte 20 000 M. bar zahlen. Diese Summe gab der Angeklagte aber in Wechseln, und der Verkäufer erklärte sich auch damit einverstanden, weil Peter den besten Eindruck auf ihn machte und außerdem die Versicherung gab, daß die Angeklagte, die sich als dessen Schwesiger geierte, eine sehr reiche Frau sei und ihm mit ihren Geldern zur Seite stehen werde. Herr C. ließ sich auch zu einer beschleunigten Auflassung bewegen, da der Angeklagte nach Wlad reifen und um die Tochter eines dortigen reichen Stadtrats werden wollte und annahm, daß er schneller Erfolg haben würde, wenn er als Ziegelbeißer auftreten konnte. Mit dieser Praustschaft wurde es aber nichts, dagegen zog die Angeklagte zu ihm nach Blankenburg, und im Dorfe erzählte man sich bald von den enormen Reichtümern, über welche diese „Schwesiger“ verfügte. Lange konnte die Herrlichkeit in Blankenburg nicht dauern, denn Peter konnte die Wechsel nicht einlösen, er zog den Verkäufer durch die raffiniertesten Vorspiegelungen von Woche zu Woche hin und mußte sich schließlich in anderer Weise mit ihm auseinandersetzen. Er stellte eine Vollmacht für Herrn Cors aus, in welcher er sich aller Rechte begab und Herrn C. ermächtigte, die Zelle zu verkaufen. Ehe dies noch bewerkstelligt werden konnte, zog er die Vollmacht wieder zurück, und das Ende vom Liede waren Pfändungen und schließlich die Substituierung der Zelle. Als Peter die letztere verlassen mußte, wandte er sich nach Berlin und hat nun hier sowohl als auch in einigen Vororten, wie Charlottenburg, Schöneberg und Spandau einige Zeit vom Schwindeln gelebt, wobei er von der Scherf kräftig unterstützt worden ist. — Zwei Fälle des versuchten Betruges sind charakteristisch für die Unberufenheit, mit welcher der Herr „Ziegelbeißer“ zu Werke ging. In Spandau trat er mit einem dortigen Eigentümer wegen Ankaufs einer Villa in Finkenkrug in Verbindung. Er prahlte dabei mit seinem eigenen Vermögen, mit seinen Aufwendungen für die Zelle, mit seinem wohlhabenden Bruder und seinem umfangreichen Kredit. „Jede Villa nehme seine Wechsel gern.“ Es ist denn auch schon der Kaufvertrag für die Villa geschlossen worden, zur Auflassung kam es aber nicht, da er nicht einmal die ersten unerläßlichen Kosten bezahlen konnte. In einem zweiten Falle hat er ganz ernstlich mit dem Besitzer des Grundstücks Potsdamerstraße 112a wegen Ankaufs des letzteren unterhandelt. Der Eigentümer ist aber auf Grund von Erkundigungen, die er einzog, vor Schaden bewahrt worden. — Nach den Ergebnissen der angezeigten Weisungsaufnahme verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten Peter zu drei Jahren Gefängnis, die Angeklagte Scherf zusätzlich zu der jetzt von ihr verhängten Zuchthausstrafe noch zu einem Jahr Zuchthaus.

Ein blutige Langboden-Affäre unterlag gestern der Prüfung der Ferienstrassammer des Landgerichts II. Der wegen schwerer Körperverletzung angeklagte Arbeiter Adolf Dumke hatte am 21. Oktober in Königs-Wusterhausen ein Langloaf besetzt und war dort mit einem Anderen in Differenzen geraten. Diese setzten sich auf der Straße fort, als der Angeklagte in Gesellschaft mehrerer Freunde den Heimweg angetreten hatte. Während das Gros vorausgegangen war, entspann sich zwischen ihm und seinem Gegner ein Wortwechsel, der ein blutiges Ende nahm. Die Heimkehrenden hörten plötzlich hinter sich von einer etwas oberhalb gelegenen Stelle marktschreiernde Hilferufe, und als sie hinzueilten, fanden sie den Schlächtergesellen Eugen Niederlag in einer großen Blutlache hilflos am Boden liegen. Er behauptete, daß Dumke während des Wortwechsels, den er mit ihm gehabt, plötzlich ein Messer gezogen und ihm damit einen Stoß gegen den Kopf versetzt habe. Er stellte sich heraus, daß der Verletzte einen Messerhieb unterhalb des rechten Ohres erhalten hatte, der die Schlagader getroffen und den starken Blutverlust zur Folge gehabt hatte. Niederlag, der zeitweise in Lebensgefahr geschwebt, hat drei Monate im Krankenhaus zubringen müssen, ehe er als geheilt entlassen werden konnte. Er ist zurzeit nicht auffindbar und konnte deshalb gestern persönlich nicht vernommen werden. Der Angeklagte bestritt, den Messerhieb ausgeführt zu haben und pochte darauf, daß man unmissbar nach dem Vorfall weder bei ihm, noch in der Nähe des Tatortes ein Messer vorgefunden hätte. Auf Grund der protokollierten Aussagen des Verletzten und der Wahrnehmungen der Jungen kam der Gerichtshof zu der Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten und verurteilte diesen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte nur acht Monate beantragt.

Vermischtes.

„Zivilisierte“ Bestien. In Kanton wurden, so wird dem „Verl. Ztbl.“ geschrieben, am Anfang vorigen Monats sieben Männer durch Strangulation vom Leben zum Tode befördert und einem achten, der den Anfangs-Reiben Waffen geliefert hatte, wurde nach „guter“, alter Sitte der Kopf abgeschlagen, da des letzteren Verbrechen als das schwerere angesehen wurde. Die Verbrecher, die stranguliert wurden, wurden zuerst an ein Kreuz gebunden und dann die Stricke um ihren Nacken fest umgezogen. Von den beiden Operationen war diese jedenfalls die langsamere und barbarischere. Eine große Menschenmenge war erschienen, um dieser neuen Art Hinrichtung beizuwohnen, darunter auch verschiedene Europäer. Kaum war diese vorüber, als einer der Europäer in den Ring trat und mit dem Henker über die Stride zu feilschen begann. Eine Dame machte ein anderes Mal eine Momentaufnahme einer Exekution, und ein anderer Europäer, ein Tourist, beschah den Henker, sein Schwert drei Sekunden über dem Haupte des Hingurichtenden zu halten, um eine gute Aufnahme zu erzielen. Es war ein schrecklicher Anblick. Nach der Exekution kaufte der blutbespritzte Tourist dem Henker das Schwert ab, doch durfte dieser das Blut nicht abwischen. Das sind alles Herrschaften, die zu Hause vielleicht dem Tierkultverein angehören und in Ohnmacht fallen, wenn das Wahnsich mit einer Nadel in die Finger ritzt. Es macht den allerschlechtesten Eindruck, wenn europäische Touristen und „globe trotter“ sich den Eingeborenen von dieser bestialischen Seite zeigen.

Erpressungen gegen Frau Krupp. In Essen ist der stellungslose Diener Pellubal wegen versuchter Erpressung verhaftet worden. Pellubal war früher in vornehmen Häusern in Charlottenburg in Stellung. Er begab sich aber vor kurzem nach Essen, um von der Frau Krupp Geld zu erpressen, unter der Angabe, daß er von ihrem verstorbenen Gatten Briefe besäße, die diesen in gewisser Beziehung schwer belästigten. Pellubal wurde im Hotel Royal in Essen, in dem er abgefrühen war, vermutlich auf Veranlassung der Frau Krupp verhaftet.

Die Cholera in Westpreußen. Gestern wurden aus Kulin vier choleraverdächtige Erkrankungen gemeldet, von denen einer tödlich verlaufen ist, und aus den Dörfern Neugut und Schönje im Kreise Kulin je eine verdächtige Erkrankung. Bei dem im Krankenhaus zu Bromberg gestorbenen Höher und bei den zu Deutsch-Bordon erkrankten beiden Arbeitern ist echte Cholera amtlich festgestellt worden. Einer der Arbeiter ist gestorben; ebenso ist asiatische Cholera bei einem zu Einlage erkrankten russischen Höher nachgewiesen worden. Im ganzen beträgt die Zahl der amtlich festgestellten Cholerafälle in der Reichsgegend bisher sechs, von denen drei tödlich verliefen.

Eine Feuersbrunst ist Montag mittag in Bedelsheim bei Paderborn ausgebrochen, bei der über hundert Gebäude in Asche gelegt wurden, darunter das Posthaus, vier Pächhöfe und ein großes Getreidegeschäft. Lebensmittel mußten aus Brauel beschafft werden.

Ein geistlicher Herr als Ostmörder. Aus Chieti wird dem „L. Z.“ berichtet: Der Kooperator Rafael Natale begte schon seit Jahren einen tiefen Haß gegen den Pfarrer Nikolaus Marusi. Der Hauptgrund lag darin, daß Natale seinerzeit fest geglaubt hatte, er würde Pfarrer werden, während Marusi diese Stelle erhielt. Als nun Marusi am 24. d. M. die Messe las und den dazu gehörigen Wein trank, veripürte er, daß er sonderbar schmeckte. Bald stellten sich auch heftige Leibschmerzen ein. Der Pfarrer ließ einen Arzt holen und dieser erkannte Spuren von Sublimatvergiftung. Sofort begaben sich Genarmen in die Wohnung des Pfarrers und wollten ihn verhaften, weil er als der Täter angesehen wurde. Allein der Pfarrer beteuerte seine Unschuld und behauptete, daß der Wein unmöglich vergiftet sein könne. Um dies zu erörtern, holte er ihn und trank davon. Aber es dauerte nicht lange, so traten auch bei ihm Vergiftungserscheinungen auf. Nun lenkte sich der Verdacht der Täterschaft auf den Kooperator Natale, der verhaftet wurde. Er leugnet zwar, wird aber durch verschiedene Zeugenaussagen so belästet, daß jeder Zweifel an seiner Schuld ausgeschlossen ist.

Lele und Distrikterlab „Süd-Ost“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Tolkendorf, Gölzstraße 55, Vortrag und Diskussion über Roland-Göls „Der Generalstreik“. Gäste willkommen.

Lele und Distrikterlab „Nord-Ost“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Badsteden, Salzweberstraße 16: Vortrag: „Die „Neue Zeit“. Gäste willkommen.

Zentralverband der Handlungsgeschäften und -Geschäftinnen Deutschlands. Mittwoch, den 30. August, abends 9 Uhr: Versammlung in Rummelsburg im Lokale von Tempel, Alt-Borghagen 56. Es spricht Kollege Gattmann über: „Der Kampf geht los“. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Agitationskommission.

Eingegangene Druckschriften.

„Süddeutscher Postillon“ Nr. 18 bringt der Verlag R. Ernst in München eben zur Vererbung. „Worte und Taten“ nennt sich das farbige Titelbild, das den Kriegsmilitär gerückt. — Kein festes Geschäft, ein Bild zweier vorhöflicher Hofmännchen. — „Der heilige Drei“, eine farbige Darstellung des Konzertes europäischer Großmächtigen. Aus dem Texte heben wir hervor: Die Stühlen im Lande (Gedicht), Trotha der Wallige (Gedicht). Im Zeitalter der Studienrollen. — Bäckers Deutschland (Gedicht). — Gasten angel (Gedicht). — Neue sozialdemokratische Gemeinheiten. — Es geht auch ohne König (Gedicht). — Der Gari des Paulers. — Es liegt eine Krone (Gedicht). — Jede Nummer des „Süddeutschen Postillon“ kostet wie bekannt 10 Pf.

Von der „Neuen Gesellschaft“, sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 25, Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.) ist soeben das 22. Heft erschienen.

„Kommunale Praxis“, Wochenschrift für kommunalpolitisch und Gemeindefortschritt. Herausgegeben von Dr. A. Südelum. Probenummern der Wochenschrift sind jederzeit kostenlos vom Verlage der „Kommunale Praxis“, Berlin W. 15, zu haben.

Briefkasten der Redaktion.

Verl. 1. Der „Flegel“, Schönmart in Lippe. 2. „Spielplatz-Industrie“, Wien; ferner „Dreimereit-Zeitung“, Bonn. 3. Röhrens erpicht in „Märkischer Handbuch der Presse“. — V. B. Katalisch Berlin: es hat Platz für wenigstens 10 solcher Städte in einem Weltbild. Neulich das Verhältnis zur Einwohnerzahl. — G. S. 100. Halb Reichs- zur Hälfte Privatinstanz. — Lieberfranz, Rostock. Anstalt durch Herrn Jul. Wegner, Vorf. des Arb.-Sängers, hier, Urbanstr. 131. — G. S. 100. Anzeigen wir nicht ermitteln. Fragen Sie höchstens Unio Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes, Engel-Ufer 15, hier. Ferner „Metallarbeiter-Zeitung“, Stuttgart, Röhrestraße 15b. — V. G. Ausbau im Gedächtnis des Rathauses. Fragen Sie auch auf dem nächsten besten Standesamt deswegen nach. — Handarbeit. Kaufmann vielheit durch die Anzeigen für den Handarbeitsunterricht, Kleinlein Dresden, N. 65, Röhrestraße 35 oder durch die Verwaltung des hiesigen Schulmuseums, Stallhofstr. 54. — Einjährig. Geben Sie unter den Umständen den Plan als unbrauchbar auf. Zu mündlicher Auskunft bereit zwischen 11 und 3 Uhr. — G. M. (100 1-4.) Eruchen Sie mündlich oder schriftlich die Verwaltung der betreffenden Verhältnisse mit bezahlter Rückantwort direkt um Auskunft der für Sie in Betracht kommenden Einzelheiten. Auskunft erhalten Sie wohl auch durch das Bureau der Metallarbeiter, hier, Engel-Ufer 15. — M. J. Senden Sie sich doch schriftlich an die Redaktion des „Flegel“.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Getreide-Büro.) Weizen gute Sorte, 1 Tz. 16,80 (16,74), mittel 16,65 (16,62), geringe 16,55 (16,50). Roggen, gute Sorte 14,80 (14,88), mittel 14,50 (14,81), geringe 14,82 (14,80). 75 Bohn. Futtergerste, gute Sorte 15,40 (15,00), mittel 14,90 (14,60), geringe 14,50 (14,10). Hafer, gute Sorte 16,40 (15,40), mittel 15,30 (14,40), geringe 14,30 (13,40). Drei Wagen und ab Bohn. Nichtwahl 1 Tz. — (—). Ger. neu, — (—). Erden, gelbe, zum Kochen 40,00 (30,00). Speisebohnen, weiße 50,00 (30,00), Erben 60,00 (30,00). Kartoffeln 7,00 (4,00). Rindfleisch, von der Keule, 1 Kilogramm 2,00 (1,40), Rindfleisch, Wandfleisch 1,50 (1,20), Schweinefleisch 2,30 (1,40), Kalbfleisch 2,50 (1,30), Hammelfleisch 2,00 (1,40), Butter 2,80 (2,30), Eier (60 Stück) 4,40 (3,00). Karpfen, 1 Stk. 2,40 (1,40), Kalle 3,00 (1,50), Lander 3,30 (1,40), Dohle 2,80 (1,40), Barsche 2,40 (1,00), Schleie 3,00 (1,40), Elele 1,50 (0,80), Krebse (60 Stück) 30,00 (3,00).

Wasserstand am 28. August. Elbe bei Kufing — 0,43 Meter, bei Dresden — 1,78 Meter, bei Magdeburg + 0,82 Meter. — Havel bei Braunsfurt + 1,05 Meter. — Oder bei Ralibor + 0,98 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,82 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,54 Meter, bei Krenzfurt + 0,97 Meter. — Weichsel bei Braunsünde + 2,18 Meter. — Warthe bei Posen — 0,06 Meter. — R. e. bei Wl. + 0,61 Meter.

Witterungsübersicht vom 29. August 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. R. u. d. F.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. R. u. d. F.
Eutinende	745	SO	6 Regen	14	Daparanda	762	O	2 bedekt	11		
Osnabrück	744	SO	2 Regen	19	Petersburg	759	W	4 halb dd.	14		
Berlin	746	SO	3 wolkig	13	Selby	750	W	4 halb dd.	14		
Konigsberg	748	SO	2 wolkig	14	Abbeben	751	SO	3 Regen	13		
Königsberg	752	SO	5 Regen	10	Paris	749	SO	3 halb dd.	13		
Wien	751	SO	2 bedekt	13							

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 30. August 1905. Wenig bis mäßig, vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend.

Mittwoch, den 30. August, abds. 8 1/2 Uhr, im Etablissement Suggenhausen, Moritzplatz:

General-Versammlung.

1. Fortsetzung der Diskussion von der letzten Versammlung.
 2. Die zurückgestellten Anträge.
 3. Verbandsangelegenheiten.
- Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Eintritt.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Zweigvereins-Vorstand.

Achtung!

Zentralverband der Töpfer.

Mittwoch, den 30. August, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15, großer Saal:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Aufhebung unseres Lokalfonds.
2. Die Aufhebung unseres Arbeitsnachweises.
3. Die Regulierung unseres Tarifes.
4. Wahl einer Lohnkommission.

Kollegen! Erscheint Mann für Mann in dieser Versammlung. Dringende Verhältnisse machen es unbedingt notwendig, daß diese Versammlung schon am Mittwoch stattfindet.
Der Vorstand.

Gewerkschafts-Kartell für Berlin und Umgegend.

Donnerstag, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

der Vorstände und Delegierten aller im Kartell vereinigten Gewerkschaften

bei Patt, Dragonerstraße 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Lohnbewegung der Kürschner.
2. Stellungnahme zur Ansicht des „Corporis“ über den Inhalt der Frempalast-Resolution.

Der Ausschuß. V. u.: Theodor Fischer.

Achtung!

Achtung!

Zentralverband der Töpfer.

Mittwoch, den 30. August, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15, großer Saal:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Aufhebung unseres Lokalfonds.
2. Die Aufhebung unseres Arbeitsnachweises.
3. Die Regulierung unseres Tarifes.
4. Wahl einer Lohnkommission.

Kollegen! Erscheint Mann für Mann in dieser Versammlung. Dringende Verhältnisse machen es unbedingt notwendig, daß diese Versammlung schon am Mittwoch stattfindet.
Der Vorstand.

Spezial-Geschäft für Uhren.



- 1 neue Uhr-Räder Ia 75 Pfg.
 - 1 neue Uhr-Räder Ib 15 Pfg.
 - 1 neues Uhr-Glas 10 Pfg.
 - 1 neuer Uhr-Ring 10 Pfg.
 - 1 neuer Uhr-Reiger 10 Pfg.
 - 1 neuer Uhr-Schlüssel 5 Pfg.
- Neue Uhren in größter Auswahl, genau reguliert.

E. Möbis,
14 Benthstr. 14
(am Spittelmarkt).
Zweites Geschäft: Koppenstr. 82.

Dr. Schünemann,
Spezial-Arzt für 39092*
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten,
Seidelstr. 9, dicht am Spittelmarkt.
Bochentags 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8.

Achtung! Töpfer. Achtung!

Öffentliche Versammlung der Töpfer Berlins und Umgegend

bei Keller, Koppentstraße 29.
Tages-Ordnung:
Stellungnahme der Töpfer Berlins und Umgegend zur Kündigung des Tarifes.
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß alle Kollegen erscheinen.
Nickel, Paul, Pech, Steffen.

Marmor-Arbeiter!

Mittwoch, den 30. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Stand unserer Lohnbewegung. 2. Gewerkschaftliches.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Das erste fettgedruckt
Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Stoppdecken billigt Rodrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Gabelstr. Markt 4, Bahnhof Börse. 251/19*

Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstr. 148 (Eingang Bergstraße). Große Frankfurterstraße 56, Falgerstraße 40. 7098*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andreasstraße 38. 7089*

Decken, Unterbett, Kissen in allen Größen im Anfert. zusammen 10,50, nur (Wandleibe) Andreasstraße 38. *

Korsett-gestelltes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstraße 38. 7082*

Pomerisches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00, Großes Kissen, 1,00, Wandleibe Andreasstraße 38. Kleinfische noch überall. 7038*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Remover, Leinwand, Uhren, Goldschmuck, Kessel, Spottbillig, Lude, Oranienstraße 131.

Reisekoffer, Opernkoffer, Reisezeuge, Regulatoren, Reiseschmücker, Harmonikas, Weigen, Zibbern, Betten, Teppiche, Spottbillig, Lude, Oranienstraße 131. 11306*

Sprechende Graupapageien, Doppelglocken, Klaviernagelbänke, Kanarienvögel, auch Lausch, Grundmann, Galtwitz, Kommandantenstraße 52. *

Wäsche von 60 Pfennige an auf Abzahlung. Otto Liche, Weberstraße 23. Auf Wunsch durch Karte komme ins Haus. +141*

Hochbornene Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 6578*

Möbelfabrik. Ganze Wohnungs-einrichtungen auf Teilzahlung bei geringer Anzahlung liefert die Möbelfabrik, Schützenstraße 79/74. 7245*

Schlepper, Turmstraße 85, ist ein reelles Herren- und Knabenkonfektionsgeschäft, wo nicht vorgelegene, gehobelt oder abgelassen wird. Jeder Gegenstand ist den darauf bezehnten Preis auch wert.

Baumaterialien, neue und gebrauchte wie: Kantholz, Bretter, Latzen, Leisten, Lärchen, Kiefer, Dachpappe, Linoleum, in größter Auswahl billigst Kottbuserdamm 22. 15425*

Berandierung halber sofort zwei Ruhebetten, zwei Tischstühle billig Baldemarstraße 33, parterre, Durchgehende. 10556

Tambourier, Maschinen, Nodermeyer, alleinst. Fabrikant & Verkäufer, Goltzstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 9678*

Herrenanzüge, Ueberzieher, wenig getragene Monatsgarderobe von 5 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgeholte Sachen, kaufst man am billigsten aus erster Quelle direkt nur beim Schneidermeister Hartung, Rosenhagenstraße 15, III. kein Laden! Fernsprecher III, 2993. *

Nähmaschine ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00; gebraucht 12,00, Reparaturen billig. Fernstraße 44. *

2 dunkle Bettstellen mit Matrize billig zu verkaufen Daldorferstraße 15, Hof 4 Treppen. +114

Blüchportieren, elegante Stoppdecken, Brautbetten, Gasföner, Teppiche, Stores, einige Gardinen, billig, Dorfmann, Rannunstraße 52. 11755

Gärtner, Straßenhändler, Schnittblumen verkauft räumungs halber, Spottbillig, Langenberger, Neue Jakobstraße 14. 11606

Achtung! Kleines Schmeißer billig zu verkaufen. Zu erfragen Weihenhe, Heinersdorfer Weg 8, im Lokal. +124*

Zigarren-Laden-Einrichtung, sah neu, billig zu verkaufen, Weihenhe, König-Charlotten 95, Zigarrengeschäft. *

Wäschepfand, Spottbillig, Bergstraße 77, parterre. 11476

Vertikale, Küchenschrank, Eingemachte, gutmachend, Spottbillig, Langestraße 25, vorn III. 686. 11465

Gangbares Obst und Gemüse geschäft, 16 Jahre bestehend, ohne Nummern, wegen Geschäftsveränderung sofort zu verkaufen Poststraße 52. 11225*

Betten, zwei gute Stand, zwei Rückenbetten, gut erhalten, verkauft unzugänglich, Heinersdorferstraße 10, I rechts, am Großwälder 1. 11407

Bett 17,00, Michel, Dresdenerstraße 38. 11625*

Uhr als Zugabe erhält diese Woche Käufer einer Nähmaschine, ohne Anzahlung Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Brenzlauerstraße 43.

Kanarienvögel, 6,00; Vorkäufer Seifertstr. 11, Schloßplatz 2. 29/9*

Möbelverkauf in meiner Möbel-fabrik Waldstraße 60/61, nahe Spittelmarkt. Anfolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgelehnte und verbleibende gemessene Möbel, die wie neu sind. Kleiderplaid, Betttücher 27,00, Ausziehtisch 15, Tischel-stühle mit Federmatratze und Stuhlissen 36, Tischstühle 50, Pannell-tisch 70, Badstühle 20, Kleider-plaid, 25, ganze Einrichtungen billig, Transport frei. 29/6

Pianos, fast neu, sofort billig veräußert Paderstraße 33, I links.

Nähmaschinen, alle Modelle, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünf Jahre Garantie, Adlerstraße 113, Brennerstraße 6. 11618

Fräulein verkauft Salongarnitur 65,00, Blüchföner, Truhen 45,00, Säulenstühle, Säulenverfils 50,00, Stühle, Stores 4,00, Stoppdecken, Bilder 6,00, Schreibstisch 12,00, Beschriebenes, Köpenickerstraße 39 a I.

Kücheneinrichtung billig zu verkaufen bei Riffenmacher, Ruppinerstraße 49. 11696

Kanarienhöhle billig Lehmann, Brunnstraße 29. 11705

Defikation, Kottgehend, ver- lässlich Demminstraße 12, An-nahmestelle. 11726

Parrellsofa mit Beize und Zylinderfüßen so schnell wie möglich zu verkaufen. Näheres bei Köthe, Treibenstraße 58, vorn III. 11735

Parallele in Biedorf mit Obli-schen Umständen halber billig ver-läulich. Schmidt, Volkshausstraße 49.

Der Zimmer Möbel verkauft Dame Schillingstraße 1, Eingang Holzmarktstraße, drei Treppen. 11636

Restoration im Osten krant-heitshalber zu verkaufen. Zu er-fragen Robert Weber, Fruchtstraße Nummer 42, vorn eine Treppe links.

Material, Granit, Kalkstein, Kalk- geschäft mit Kasse krantheitshalber preiswert zu verkaufen Stettiner-straße 14. +100

Vermietungen.

Wohnungen.

Germaunstraße 62, Bisdorf, zwei Zimmer mit Balkon und Ein-Zimmer-Wohnungen billig im neubauten Hause. 7038*

Einwohnungen, gesunde, aller- billigt, sofort, später, Bisdorf, Kopp-straße 15, Banglitzstraße 12 (Ger-mann-Platz). 29/1*

Cudenarderstraße 36, 37, 38, eine und zwei Stuben, Küche, Balkon billig, Näheres dort 37. 11406*

Zwei Stuben und Küche zu 33,30 Mark, Goldinerstraße 8 und 10. 1079*

Baumfäulenweg! Zweizimmerige Balkonwohnungen äußerst billig, Klein, Wohlgenutstraße 26. 9965*

625,00 dreizimmerige Balkon-wohnung Urbanstraße 65. 29/7

Hofwohnungen, einzimmerige, zweizimmerige, sofort, später, Urban-straße 65. 29/5

Zimmer.

Teilnehmer oder zwei Herzen zu möbliertem Zimmer gesucht, Vogt, Ludowikstraße 3. +129

Zimmer, Herrn, Hübnerstraße 13, Hermannplatz. 11766

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle bei Hecht, Graunstraße Nr. 1, vorn I. +128

Schlafstelle für Herrn, separat, vermietet Lade, Schillerstraße Nr. 9.

Freundliche Schlafstelle für Herrn Rantewitzstraße 96, vorn IV. +1174b

Schlafstelle für Herrn, Friede-bergerstraße 2, vorn IV. Obst. +108

Möblierte Schlafstelle, Walden-straße 64 I. +149

Mietsgesuche.

Einfaches Zimmerchen, auch zu Zeichen drei, von älteren Dauermieter. Offerten 100, Expedition Lan-ger Platz 14/15. +129

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Schmelzer, Volkshumorist, auch mit Gesellschaft, Seifertstraße 57. *

Volkshumorist Herr Balz, auch mit Gesellschaft, Rannunstraße 4. *

Komiker, Soubretten, Duettisten stets zu haben bei Palm, Brangel-straße 109 I. +129

Klavierstimmer, Kaiser, Weiden-weg 39. 1137b

Wunder Stahlstecher bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Gläzer, Kulan-straße 27. 1468b

Hilfschneider, Spottbillig, gut- findend, schnell geübt, Reparaturen, Garderobenreinigung, sucht Kunstst. Ebert, Frucht-straße 46. +108

Stellenangebote.

Saunenschlager verlangt zu Tarif-zeiten Schlosser A. Blume, Char-lottenburg, Schillerstraße 97. 7768*

Werkführer in einer Bauhütte wird verlangt, der eventuell praktisch mitarbeitet. Gefällige Offerten unter G. 1 Haupt-Expedition dieses Blattes, Lindenstraße 69. 1153b

Schlossergesellen auf Konstruktion und Gitterbau verlangt A. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. *

10 tüchtige Spanner für Draht-männe werden sofort verlangt. Schmidt u. Weimar, Charlottenburg, Saganplatz 4. 1151b

Schlossergesellen auf Baubehlag verlangt A. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 1159b

Blattenscher werden verlangt Robert Hennig u. Co., Bismarckstr. 10 II. 1148b

Hilfsarbeiter, geübte, verlangt Platenstr. 2, Gleditschstraße 29. +105

Bergolder verlangt Waldstraße 21.

Selbständige Schlossergesellen, nur solche werden verlangt Charlotten-burg, Schillerstraße 83. 7798*

Junges Mädchen, feiner Haus-halt, auch im Haushalt tätig, gute Behandlung, Weimann, Köpenickerstr. 51. +129*

Geübte Kartonnarbeiterinnen ver-langt sofort Georg Heise, Waldemar-straße 51. +129*

Mädchen verlangt Metallwaren-fabrik, Dordstraße 25. 1155b

Tüchtige Schürzenmädchen, welche größere Porten heften, bei hohen Arbeitslöhnen sofort verlangt. Alfred Joseph, Weidenstraße 39. 1154b

Küchengerät und Vorgesängerin für Steinbrücker, Reichenbach, Riffstr. u. Co., Schöneberg, Hauptstraße 8. *

Wamsfeld auf Kostümrede ver-langt Ruchenseder, Weinmänn-erstraße 49. +100

Damen, welche Reisetische inne-haben, das heißt Rundstift bejahen oder hantieren, finden gutes Angebot mit hoher Provision und laufender Rente. Offerten unter „F. 1“ an die Expedition des „Corporis“. 1150b

Lebensversicherung! Praktisches Ver-leihen: Kostümrede, Blumenmädchen, naher Vertreter, Blumenstraße 9. *

Kartonnarbeiterin, geübte, für Wand- und Raschenscheiberei verlangt Dresdenstraße 15. 982b

Fantasievolle Arbeiterinnen, geübte, dauernde, lohnende Beschäftigung, Weidenstr., Kommandantenstraße 18.

Blumenfabrik, Arbeiterinnen, Ver- seherinnen, dauernd verlangt Weiden-str., Kommandantenstraße 18. 11286*

100 Ramiellen auf Mädchen-jaden verlangt Bahr, Hohenstr. 20. +102*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. des Zeils.

5 Färber u. Wäscher gesucht **Altenbergs Färberel.** Weihenhe, Langhandstraße 4.

Junger Parteigenosse

Wurzelt, Redner, sucht zum Oktober oder November Anfangstellung in Redaktion oder Expedition einer sozialdemokratischen Zeitung. Offerten erbeten unter H. P. 3882 Parteipostfach Postfach 14/15.

Achtung, Kürschner!

Wir geben gegenseitig nur die- jenigen geschnittenen Hosen be-liefert, die Werkstätten im Hause haben. Damit sind gleichmäßig täus- liche Werkstätten derjenigen Haus- industriellen gesperrt, die für diese Fabrikannten arbeiten. Gebr. Brexler, Riederwallstr. 21. B. Engel u. Co., Spittelmarkt 8/10. Köber, Kommandantenstr. 38. H. Wolf, Köpenick 7. G. Wolf, Burgstr. 29. Jacob u. Weidmann, Postgrafenstr. 58.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Linden-strasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

B. Manheimer, Oberwallstraße 7, Bar u. Salomon, Hausvogelplatz 12. D. Lewin, Hausvogelplatz 13. Ber- halt: Niedermüllstr. 15.

Günther u. Meißl, Kurstr. 15, Josa u. Co., Kurstr. 32.

H. Waack, Ecke Oranienplatz, Rager u. Co., Kommandantenstraße Nr. 76/78.

Gertrud Engel, Landsbergerstr. 67, Weiler u. Kramer, Grünstr. 16.

W. Reimold, Neue Friederichstr. 9/10, Krellstr. u. Co., Oranienburgerstr. 2.

Goldstein u. Sohn, Alexanderstr. 22, Wagner u. Co., Riffstr. 11.

A. Landsberger, Riederwallstr. 10, Schöck, Unter den Linden 67.

Stiller, Kronenstr. 58, Gertrud Reiche, Raumann, Geru- lenerstraße 26.

Hofenthal u. Jacobsohn, Taubenstr. 23, Leinhardt, Pappel-Allee 3/4.

Alle Anfragen betreffs des Streits sind an unser gemein- sames Streikbureau, Weiden- stoffstraße 9, zu richten. 102/17*

Der Vorstand des Deutschen Kürschner-Vereins (Zahlstelle Berlin).

Der Vorstand des Verbandes der Kürschner Berlins und Umgegend.

Achtung, Hutmacher!

Die Damenhutfabriken von **Hoffmann & Rosenber,** Blumenstraße 30, sowie 294/4* **Gebr. Stahl, Grüner Weg 96,** sind gesperrt.

Achtung, Klavierarbeiter!

Die Kollegen der Piano-Fabrik **Bretschneider in Leipzig** befinden sich im Streik. 89/4* Zugang ist fernzuhalten.

Die Preisermäßigung.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

- Osten:**
Wengel, Frankfurter Allee 79.
Gustav Vogel, Köpenick 83.
G. Ramm, Gr. Frankfurterstr. 91.
- Nordosten:**
L. Jucht, Reibelstr. 42.
J. Reul, Barnimstr. 42.
- Norden:**
G. Rasche, Ragenstr. 21.
Carl Wars, Kollmann-Allee 95/96.
Carl Weike, Weidenstr. 41/42.
L. Dehrend, Rucheplatz 21.
G. Vogel, Demminstr. 32.
H. Ties, Invalidenstr. 124.
- Nordwesten:**
Carl Auer, Ostpreußenstr. 8.
- Südwesten:**
G. Werner, Wittmannstr. 30.
G. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
- Süden:**
St. Frick, Prignitzstr. 31.
J. Gutschmidt, Rothfussstr. 6.
- Südosten:**
Paul Böhm, Langstr. 14/15.
V. Gorch, Engel-Ufer 15.
- Charlottenberg:**
G. Schornberg, Seifenmeisterstr. 1.
Friedrichsberg:
C. Zeifel, Kronprinzenstr. 50.
- Rixdorf:**
W. Heinrich, Prinz Handbergstr. 7.
Conrad, Demminstr. 10.
- Schöneberg:**
W. Bäumer, Martin Lutherstr. 51.
- Weißensee:**
W. Reule, Schönstr. 53.
Jul. Schiller, König-Charlotten 39a.
- Reinickendorf:**
P. Gurich, Probingstr. 108.